

Stenografischer Bericht

51. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 30. April 2019

Beginn: 10.02 Uhr

Entschuldigungen: LTAAbg. Hafner und LTAAbg. Mag. Pichler-Jessenko.

A. Einl.Zahl 3276/1

Aktuelle Stunde betreffend *Ernste Krise der medizinischen Versorgung in der Steiermark*

Begründung: LTAAbg. Klimt-Weithaler (9184)

Wortmeldungen: Landesrat Mag. Drexler (9188), LTAAbg. Meißl (9191), LTAAbg. Krautwaschl (9193), LTAAbg. Petinger (9195), LTAAbg. Riener (9196), Landesrat Mag. Drexler (9198)

B1. Einl.Zahl 3289/1

Anfrage der LTAAbg. Krautwaschl an Landesrat Mag. Drexler
betreffend Aktionsplan zur Klima- und Energiestrategie

Anfrage: LTAAbg. Krautwaschl (9201)

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Anton Lang (9201)

Zusatzfrage: LTAAbg. Krautwaschl (9202)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Anton Lang (9202)

B2. Einl.Zahl 3290/1

Anfrage der LTAAbg. Mag. Hermann an Landeshauptmann Schützenhöfer
betreffend Wann wird das Land Steiermark endlich die Transparenzdatenbank mit Daten befüllen?

Anfrage: LTAAbg. Mag. Hermann (9203)

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Schützenhöfer (9204)

B3. Einl.Zahl 3291/1

Anfrage der LTAbg. Dr. Murgg an Landesrat Anton Lang

betreffend Landesausgaben für Olympia-Träume 2026

Anfrage: LTAbg. Dr. Murgg (9206)

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Anton Lang (9206)

D1. Einl.Zahl 3277/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Anton Lang

betreffend Erster Stresstest für neuen Ärzte-Bereitschaftsdienst offenbart umgehenden Handlungsbedarf

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Hermann (9261)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (9266)

Wortmeldungen: LTAbg. Krautwaschl (9275), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (9276)

Beschlussfassung: (9278)

D2. Einl.Zahl 3286/1

Dringliche Anfrage der KPÖ an Landesrätin Mag. Kampus

betreffend Abschaffung der Unterstützung bei Wohnkosten für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung durch die Bundesregierung

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Klimt-Weithaler (9279)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (9285)

Wortmeldungen: LTAbg. Krautwaschl (9290), LTAbg. Mag. Hermann (9293), LTAbg. Zenz (9296), LTAbg. Klimt-Weithaler (9297), Landesrat Mag. Drexler (9301), LTAbg. Dr. Murgg (9304)

Beschlussfassung: (9305)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT) (9208)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

1. Einl.Zahl 3012/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Umwelt

Betreff: *Schwindende Biodiversität und Insektenpopulationen*

Wortmeldungen: LTAAbg. Krautwaschl (9208), LTAAbg. Kolar (9211), LTAAbg. Huber Lang (9213), LTAAbg. Klimt-Weithaler (9216), LTAAbg. Reisinger (9218), LTAAbg. Krautwaschl (9219), LTAAbg. Hubert Lang (9221), LTAAbg. Schönleitner (9223), Landesrat Anton Lang (9226)

Beschlussfassung: (9229)

2. Einl.Zahl 3076/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu KFZ-Landesprüfstelle*

Wortmeldungen: LTAAbg. Fartek (9230), LTAAbg. Dr. Murgg (9231)

Beschlussfassung: (9232)

3. Einl.Zahl 3182/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Ergebnisneutrale Budgetänderung für die Jahre 2019 und 2020; Anpassung des Landesfinanzrahmens und der Angaben zur Wirkungsorientierung*

Wortmeldung: LTAAbg. Reisinger (9232)

Beschlussfassung: (9233)

4. Einl.Zahl 3214/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Steiermärkische Landesbahnen Darlehensübergang auf die Steiermarkbahn und Bus GmbH Haftungsübernahme*

Wortmeldung: LTAAbg. Forstner, MBA (9234)

Beschlussfassung: (9234)

5. Einl.Zahl 3213/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Gesetz, mit dem das Gesetz über den Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Steiermärkisches Vergaberechtsschutzgesetz 2018 - StVergRG 2018) geändert wird (StVergRG-Novelle 2019)*

Wortmeldung: LTAbg. Schnitzer (9235)

Beschlussfassung: (9235)

6. Einl.Zahl 2948/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft

Betreff: *Neuaufgabe des steirischen Brauchtumskalenders*

Wortmeldungen: Dritter Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann (9236), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (9237), LTAbg. Reisinger (9240)

Beschlussfassung: (9241)

7. Einl.Zahl 3217/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Digitalisierung des Warn- und Alarmdienstes in der Steiermark; Errichtungskosten von 23,5 Millionen Euro und Betriebskosten von jährlich 1,5 Millionen Euro*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. (FH) Hofer (9242), LTAbg. Mag. Kerschler (9243), LTAbg. Kober (9244), LTAbg. Forstner, MBA (9245), Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (9247)

Beschlussfassung: (9249)

8. Einl.Zahl 2953/7

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit

Betreff: *Ärztliche Versorgung in den Regionen bewahren: Keine Kündigung von Kassenstellen aufgrund des Alters und Rahmenbedingungen für die Nachfolge bzw. Übernahme schaffen*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Dr. Holasek (9249), LTAbg. Kolar (9250), LTAbg. Krautwaschl (9253), Landesrat Mag. Drexler (9254)

Beschlussfassung: (9257)

9. Einl.Zahl 3218/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend „Prüfung für Aufwendungen der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m.b.H. für in Auftrag gegebene externe Beratungsleistungen“ (Einl.Zahl 2619/2, Beschluss Nr. 940)*

Beschlussfassung: (9258)

10. Einl.Zahl 3193/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Jahresbericht 2018 – Gesamtkostenverfolgung*

Wortmeldungen: Siehe Tagesordnungspunkt 11

Beschlussfassung: (9261)

11. Einl.Zahl 3212/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Tätigkeitsbericht 2018*

Wortmeldungen: LTAbsg. Mag. Kerschler (9258), LTAbsg. Triller, BA (9260), LTAbsg.

Schnitzer (9260)

Beschlussfassung: (9261)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus! Es findet heute die 51. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und auch jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die anwesenden Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Mit liegen zwei Entschuldigungen vor: LTAbsg. Erich Hafner und LTAbsg. Mag. Alexandra Pichler-Jessenko.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Tagesordnung ist allen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht festzustellen.

Wir beginnen mit der **Aktuellen Stunde** um 10.03 Uhr:

Vom Landtagsklub der KPÖ wurde am Mittwoch, dem 24. April 2019 ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde betreffend „**Ernste Krise der medizinischen Versorgung in der Steiermark**“ eingebracht.

Gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich Frau Klubobfrau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler das Wort.

Deine Redezeit beträgt zehn Minuten.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (10.04 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Einen schönen guten Morgen. Ich darf, wie Frau Präsidentin bereits angekündigt hat, jetzt eine Aktuelle Stunde begründen. Wir haben bereits im Februar mittels einer Dringlichen Anfrage den neuen ärztlichen Bereitschaftsdienst und das neue Gesundheitstelefon hier in diesem Hohen Haus thematisiert. Unsere Hauptkritikpunkte damals waren einerseits die Sprengelerweiterung im Bereitschaftsdienst – Sie wissen ja, dass wie bisher statt 92 Sprengel nur mehr 24 Sprengel in der Steiermark sind. Das bedeutet in der Praxis, dass der Bereitschaftsdienst ein viel größeres Gebiet und dementsprechend auch mehr Patientinnen und Patienten umfasst. Und das bedeutet natürlich auch, das ist ganz logisch, längere Anfahrtswege für den diensthabenden Arzt bzw. die diensthabende Ärztin. Zusätzlich zu dieser Neuerung wurde eben das neue Gesundheitstelefon installiert, und Sie, Herr Landesrat, haben uns damals bei der Dringlichen Anfrage gesagt, ich darf das aus dem stenografischen Bericht zitieren: „Ich darf Ihnen gleich sagen, es droht den Steirerinnen und Steirern kein medizinischer Engpass. Ganz im Gegenteil, ich glaube, dass wir insgesamt mit dem Paket, das wir am 01. April starten, neuerlich eine Verbesserung der Versorgung für die Steirerinnen und Steirer zusammenbringen werden. Wir werden es uns aber auch noch ganz genau anschauen, denn es ist vereinbart, dass dieses Bereitschaftsdienstmodell nach drei Jahren

einer Evaluierung unterzogen wird.“ Und weiter, zum Gesundheitstelefon haben Sie gesagt: „Da kommt die zweite große Neuerung mit dem Bereitschaftsdienstmodell herein. Dort über die Ersteinlaufstelle Gesundheitstelefon werden nämlich wirklich die notwendigen Visiten koordiniert oder es wird dem Anrufer oder der Anruferin nach Schilderung ihrer Probleme gesagt, gehen Sie bitte morgen früh zu ihrem Hausarzt oder bitte rufen Sie den Notarzt oder die Rettung oder das übernimmt schon das Gesundheitstelefon.“ Seit 01. April sind diese beiden neuen Systeme also in Kraft und, ich darf eine Tageszeitung, eine steirische, zitieren: „Der Start war holprig.“ Vermutlich haben Sie alle die Geschichte von der Fohnsdorfer Mutter gehört, deren vierjähriger Sohn mit Fieber und starken Ohrenscherzen letztendlich dann erst wieder im Krankenhaus Leoben gelandet ist, weil sich das Gesundheitstelefon in diesem Fall nicht als Helfer in der Not, sondern eher als Kummernummer entpuppt hat. Aber nicht als Kummernummer, wo man Sorgen und Probleme loswird, sondern wo sie sich leider vergrößern. Es gab da einen ausführlichen Bericht auch, wo die Mutter schildert, wie es ihr beim Anruf bei diesem Gesundheitstelefon gegangen ist und ich darf auch das hier zitieren: „Der vierjährige Sohn bekam Fieber und klagte über starke Ohrenscherzen, also habe ich das Gesundheitstelefon angerufen. Nach ewigem Läuten meldete sich ein Mitarbeiter des Roten Kreuzes und sagt, dass die Wartezeit aktuell mindestens zwei Stunden beträgt, bis sich am Gesundheitstelefon jemand meldet.“ Sie verweist am Telefon auf die starken Ohrenscherzen des Kindes – also die Mutter – und sagte der Mann, er habe keine Zeit, es könne ein akuter Notfall hereinkommen, während wir hier telefonieren. Die Mutter bekommt die Telefonnummer der nächsten diensthabenden Ärztin, sieben Kilometer entfernt. Dort läuft allerdings nur der Anrufbeantworter mit der Ansage, dass die Ordination am 01. April am Wochenende nicht mehr besetzt ist. Verzweifelt wendet sich die Frau schließlich ans LKH Leoben. Das Positive ist, dem Kind geht es inzwischen wieder gut. Es ging aber einem Mann aus St. Martin ähnlich. Der hat seinen Unmut über die Situation, die ihm passiert ist, in Form eines Leserbriefes zu Papier gebracht und ich darf auch hier einen Teil davon vorlesen: „Meine Mutter brauchte Freitagnachmittag, 05. April, ärztliche Hilfe. Also wurde die Telefonnummer 1450 angerufen. Hier wurden u. a. auch nicht relevante Fragen gestellt. Außerdem werden diese beantworteten Fragen nach kurzer Zeit nochmals gestellt. Dieses Gespräch dauerte etwa 30 Minuten, danach wurde festgestellt, es handelt sich um einen Notfall. Die Frage war dann, wollen Sie einen Arzt oder die Rettung. Als ob ein Laie das beurteilen kann. Es wurde dann beschlossen die Rettung kommen zu lassen, da kein Arzt erreichbar war. Man sieht hier wieder einmal, dass jene Leute, die dieses System ins Leben

gerufen haben, von der Praxis keine Ahnung haben“. Also auch das ist ein Zitat von einem Leserbrief. Jetzt mag es sein, dass es sich bei diesen zwei Fällen um Einzelfälle handelt und dass ansonsten alles reibungslos funktioniert seit 01. April. Andreas Martischinig vom Gesundheitsfonds Steiermark wird ebenfalls in der Kleinen Zeitung zitiert damit, dass er sagt: „Jeder Anruf wird binnen nur 40 Sekunden entgegengenommen.“ Aber auch er gesteht ein, dass es zu Wartezeiten kommt, weil am Wochenende fast 200 Personen pro Stunde unter der Nummer 1450 anrufen und es auch vereinzelt technische Probleme mit Netzanbietern gibt. Am Ende der Leitung des Gesundheitstelefon, das wissen Sie inzwischen alle, sitzen Rot-Kreuz-Mitarbeiter und Rot-Kreuz-Mitarbeiterinnen, die sich anhand eines Fragebogens ein Bild über den Zustand der Anrufenden machen. Die Durchführung dieses Fragebogens, also, wenn man dort anruft und jede Frage beantwortet, dauert zwischen zehn und 15 Minuten. Was uns inzwischen auch zugetragen wurde, ist folgende Situation: Auch, wenn eine Pflegedienstleiterin, also eine Fachkraft, für einen Kunden anruft, muss sie alle Fragen des Fragebogens für diese Kundschaft beantworten, auch wenn das jetzt für ihre Frage, die sie hat, nicht relevant ist. Also wir finden, dass es nicht notwendig ist. Diese zehn bis 15 Minuten könnte man sich sparen, indem man sich überlegt, ob es künftig eine Direktleitung sozusagen für medizinisches Personal und deren Fragen gibt. Was uns noch aufgefallen ist, es hat sich seit 01. April leider auch die Situation des Ärztenotdienstes in Graz verändert, denn durch die neue Regelung kommt es auch dort verstärkt zur Nichtbesetzung von Diensten durch den Wegfall der vertraglichen Verpflichtung der niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen daran teilzunehmen. Also auch das hat sich verändert. Einen anderen Punkt, den ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte, ist Folgendes: Wir haben immer wieder gehört, wir sind ja hier in der Steiermark nicht die Ersten, die dieses Gesundheitstelefon installiert haben. Es gibt in anderen Bundesländern gleiche oder ähnliche Modelle. Und da ist mir auch aufgefallen, dass die Gesundheitshotline in Niederösterreich rund 16.000 Anrufe im ersten Jahr verzeichnet hat und im Schnitt dort eine Beratung 14 Minuten dauert. Da stelle ich mir die Frage, wenn bei uns schon der Fragebogen oder die Beantwortung der Fragen des Fragebogens zwischen zehn und 15 Minuten dauert, wieso geht das dann in Niederösterreich. (*Landesrat Mag. Drexler: „Frau Kollegin, ...“*) Sie antworten mir dann eh. Ich stelle die Frage ... (*Landesrat Mag. Drexler: „Das ist wider besseren Wissens!“*) Nein, das ist nicht wider besseren Wissens, ich entnehme das einem Zeitungsartikel, dort steht, die Beratung dauert 14 Minuten.

Wenn das nicht so ist, können Sie mich gerne aufklären. Wir haben also in der Steiermark folgende Situation: Durch die neue Sprengelteilung des Bereitschaftsdienstes – wir haben da ja noch eine Dringliche Anfrage dazu – ist ein Arzt bzw. eine Ärztin für die Versorgung von rund 60.000 Menschen zuständig. Für 900.000 Steirerinnen und Steirer gibt es zwischen 24:00 und 07:00 Uhr Früh keinen ärztlichen Bereitschaftsdienst mehr. Sie müssen sich die Hilfe über das Gesundheitstelefon holen. Und seit Installierung dieser beiden Neuerungen ist es zu mehreren Seiten zu Beschwerden gekommen. Das sind die Fakten, die ich hier heute festhalten möchte. Sie wissen, dass wir auch mit anderen Strukturänderungen in diesem Regionalen Gesundheitsplan unsere Schwierigkeiten und Probleme haben, aber das würde jetzt zu weit führen auf alle einzugehen. Was wir uns wünschen, und ich unterstelle niemandem, dass er das nicht auch will, ist, dass es eine bestmögliche medizinische Versorgung für alle Steirerinnen und Steirer gibt.

Herr Landesrat Drexler, ich möchte Ihren Worten gerne Glauben schenken, dass es eben zu keinen medizinischen Engpässen kommt. Wenn nun ein neues System installiert wird, dann müssen die Probleme, die auftreten, sofort behoben werden. Das erwarten wir uns auch von Ihnen als politisch Verantwortlichem. Eine Evaluierung des Bereitschaftsdienstes erst nach drei Jahren erscheint uns zu weit gefasst. Ich habe heute mit Freude festgestellt, dass es einen Artikel in der Kleinen Zeitung gibt, wo uns mitgeteilt wird, dass es eine Aufstockung beim Personal des Gesundheitstelefon auf sieben MitarbeiterInnen geben soll. Wenn das jetzt aber wirklich so ist, dass am ersten Wochenende rund 2.500 Personen angerufen haben, dann erscheinen mir sieben Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen auch noch zu wenig. Das heißt, was wir gerne hätten, ist, dass das neue Gesundheitstelefon, das ja u. a. damit beworben wird, dass man sagt, wenn es weh tut 1450 anrufen, dass sich das in der Praxis dann so gestaltet, dass es eben möglichst schnell und rasch für die Steirerinnen nicht mehr weh tut, wenn sie dort anrufen und dass diese schnelle Hilfe am Telefon, mit der auch geworben wird, sich wirklich auch umsetzen lässt. Also wir hoffen, dass es sich hierbei wirklich um Startschwierigkeiten handelt, die man inzwischen in den Griff bekommen hat oder wo man – *(Präsidentin Dr. Vollath: „Die Redezeit ist abgelaufen!“)* danke – guter Dinge ist, dies in den Griff zu bekommen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 10.14 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Landesrat Christopher Drexler.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (10.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, vor allem aber Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler!

Ich bedanke mich dafür, dass Sie diese Aktuelle Stunde einberufen haben und auch für Ihre penible und aufmerksame Beobachtung aller Dinge, die sich rund um die Neuerungen seit 01. April tun. Diese Neuerungen sind zum einen, dass wir ein neues Bereitschaftsdienstmodell habe und zum Zweiten damit einhergehend ja ineinandergreifend dieses Gesundheitstelefon 1450. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines vorweg, nachdem ich auch all diese Zuschriften bekommen habe, die Sie wahrscheinlich bekommen haben, die die Zeitungen bekommen haben, nachdem ich auch jeden Tag soziale Kontakte habe, wo ich mit Leuten rede und mir von Erfahrungen berichtet wird, kann ich Ihnen eines bestätigen: Es gibt in der Anfangsphase des Bereitschaftsdienstmodells und des Gesundheitstelefons gewisse Probleme, zweifelsohne. Das ist im Übrigen, wie Sie ganz korrekt vorgelesen haben, auch bereits bei Ihrer Beantwortung der Dringlichen Anfrage im Februar von mir antizipiert worden, indem ich gesagt habe, natürlich werden wir uns sehr genau anschauen, wie die Dinge funktionieren und wir werden nicht erst nach drei Jahren eine Evaluierung machen, sondern begleitend schauen, wo weichen wir von der Planung ab, wo ist an Schrauben zu drehen, dass diese Geschichte besser funktioniert. Die Grundkonzeption dessen, was wir vorhaben, ist meines Erachtens weiterhin gut. Was wollen wir nämlich tun? Das neue Bereitschaftsdienstmodell führt dazu, dass zu dem Patienten oder der Patientin, die tatsächlich einen Arzt braucht, der Arzt hinfährt und man nicht irgendwo herumfahren muss. Das Grundkonzept, das Rückgrat des neuen Bereitschaftsdienstes ist ein Visitendienst, also der Arzt besucht den Patienten und die Patientin. Die Steuerung soll eben hauptsächlich über dieses Gesundheitstelefon funktionieren. Aber mir ist es wichtig einmal darzustellen, dass der Visitendienst das Rückgrat ist. Über 1450 soll festgestellt werden, ob der Patient/die Patientin derzeit überhaupt etwas braucht oder einfach am nächsten Tag zum Arzt gehen kann, ob es ein Notfall ist, wo dann automatisch der Notarzt oder die Rettung zu diesem Patienten/dieser Patientin geschickt wird oder ob es zu einem Besuch durch einen Arzt, der in Bereitschaftsdienst ist, kommen soll. Das ist das Grundkonzept und dieses Grundkonzept halte ich, ehrlich gesagt, auch für sehr gut.

Ich komme nun zu einigen Problemen und dann zu einigen Geschichten, die wir uns bereits überlegt haben oder die bereits in Umsetzung sind, was Verbesserungen betrifft. Ich glaube, wir haben ja am Nachmittag noch einmal die Gelegenheit uns über dieses Thema zu unterhalten. Also heute rege ich mich ja überhaupt nicht über die Redezeitbestimmungen auf, weil jetzt haben wir am Vormittag das Thema, wir haben am Nachmittag das Thema. Mir geht es darum, dass wir wirklich auch zu guten Lösungen kommen. Ich würde Sie wirklich einladen an konstruktiven Lösungen mitzuarbeiten. Weil dieses Thema ist zu heikel, als dass wir jetzt dorthin gehen, dass man in irgendeinem Reflex Opposition, Regierung oder sonst irgendetwas verfallen und dann sagen: „Das ist aber schlecht“, und wir sagen: „Nein, das ist alles ganz super.“ Wir müssen gemeinsam schauen, dass wir an der Optimierung dieses Systems arbeiten. Das erste Faktum, das ist ein bisschen durchgeklungen bei der Frau Klubobfrau, welches ich Ihnen nennen möchte, ist schon einmal bemerkenswert. Das ist die Anzahl der Anrufe bei 1450. Und das ist der große Unterschied mit den anderen Bundesländern, der uns auch ein wenig verwundert. Wenn wir in diesem ersten Monat April, vom 01. April bis zum heutigen Tag – genau genommen bis zum gestrigen Tag knapp 9.000 Anrufe gehabt haben auf 1450 und ein durchschnittlicher Monat in Niederösterreich, wo es aber bekanntlich einige Hunderttausende Einwohner mehr gibt, 1.600 bis 1.700 Anrufe pro Monat – $1.700 / 9.000$. Jetzt kann das zum einen mit einer Neugier zu tun haben, mit der Werbung dieser Nummer zu tun haben, aber auch damit zu tun haben, dass wir natürlich ja von uns aus auch wollen, dass diese Nummer eine steuernde Funktion hat. Aber es ist ein gehöriger Unterschied zwischen 9.000 und 1.700. Wir haben auch mehr als in Wien. Und obwohl wir unsere Kapazitäten von Haus aus stärker gemacht haben als die genannten Bundesländer, hat das in den Spitzen bei 300 Anrufen pro Stunde natürlich zu Verzögerungen geführt. Was Sie meinen mit den sieben Mitarbeitern – nicht sieben Mitarbeiter, das sind sieben Lizenzen für diesen 1450 Notruf. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gibt es natürlich viel mehr, weil ja 24 Stunden das Ganze rennen muss und auch dort natürlich normale Arbeitszeiten gelten, was nur gut ist. Das Zweite, weil Sie sagen, es werden nicht relevante Fragen gestellt. Die Fragen sind exakt dieselben, wie in Niederösterreich, wie in Wien und wie überall auf der Welt, wo derartige Systeme umgesetzt worden sind. Das ist ein Abfrageschema, das eben am Ende auch zur Qualität bei dieser telefonischen Dienstleistung führt. Und dass der Einzelne vielleicht glaubt, diese Frage sei irrelevant für das, was er will, das ist bei einem standardisierten qualitätsgesicherten Abfrageschema leider nicht möglich, und das ist gut so. Stellen Sie sich vor, irgendwie würde eine Frage vergessen, würde etwas

übersehen werden und es käme dadurch zu einer falschen Maßnahme. Na, dann würden Sie mir aber zu Recht hier von diesem Pult sagen: „Um Himmels Willen, das ist da unverantwortlich.“ Also, das ist ein weltweit standardisiertes, natürlich auch in Niederösterreich, Wien und Vorarlberg angewandtes Frageschema, das hier angewandt wird. Derzeit, und wir sind im ersten Monat, ist die durchschnittliche Beratungsdauer in der Steiermark 15 Minuten und in Niederösterreich und Wien 14 Minuten. Also ich bitte Sie, wir sind im ersten Monat. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind sozusagen in dem ersten Monat im Einsatz und wir sind nur um eine Minute in der durchschnittlichen Beratungsdauer über den Vergleichsbundesländern Wien und Niederösterreich. Dann haben wir natürlich noch Geschichten. Wir haben uns wirklich bemüht nachzuverfolgen, dieses angeblich so lange und ewig in der Warteschleife sein. Es ist eines klar, wir sind auch draufgekommen, auch in direkten Gesprächen mit Leuten, die sich bei uns gemeldet haben. Wenn man natürlich nach einer halben Minute oder Minute auflegt und nach fünf Minuten wieder anruft, ist man „überraschenderweise“ wieder hinten in der Schleife. Das heißt, man muss wirklich auch dranbleiben. Da haben wir auch schon Verbesserungen in der Kommunikation sozusagen über das Band hergestellt, dass wir wirklich darauf hinweisen „bitte dranbleiben, weil wenn man auflegt und wieder probiert, ist man weg“. Die durchschnittliche Dauer beim Anrufen ist aber tatsächlich ... – ich kann Ihnen sagen, 75 % der Anrufe werden innerhalb von 70 Sekunden in den Spitzenzeiten entgegengenommen. Spitzenzeiten sind am Wochenende, am frühen Abend, in der Früh. Wir haben eine durchschnittliche Beantwortungsdauer von 40 Sekunden. Was Ihnen passieren kann, dass nach der Abklärung „handelt es sich um einen akuten Notfall – ja oder nein“ der Rückruf mit einer detailreichen Beratung dann eine Zeitlang dauern kann. Auch daran wird natürlich gearbeitet diese Zeiten zu reduzieren, aber es ist wichtig, dass man weiß, es wird kein Notfall übersehen. Das ist ganz wichtig.

Nachdem jetzt meine Redezeit bald aus ist, glaube ich, dass wir in der Debatte hier sicher noch ein wenig weiterkommen werden. Eines kann ich Ihnen sagen, wir werden die Probleme, die es gibt, sowohl im Bereitschaftsdienst als auch im Gesundheitstelefon sind wir bereits dabei mit den Partnern. Das ist, was den Betrieb des Gesundheitstelefon betrifft, das Rote Kreuz. Alle drei Nummern 141, 144 und 1450 werden von ein und derselben Einheit – Rotes Kreuz – beantwortet. Deswegen ist ja auch die Vernetzung unter diesen Nummern an sich so gut. Zweitens, wir sind natürlich mit der Sozialversicherung und der Ärztekammer – das sind unsere Partner beim Bereitschaftsdienst, das ist ja alles nicht der alleinige „Spaß“

(unter Anführungszeichen) des Landes Steiermark, sondern das ist ja ein Gemeinschaftsprojekt mit Gebietskrankenkasse/Sozialversicherung und Ärztekammer – auch hier sind die Gespräche am Laufen, dass wir einzelne Verbesserungen machen werden. Ich hätte übrigens die ganze Statistik auch da, wie viele Visiten gefahren worden sind, wie viele Notarzteinsätze über 1450 gekommen sind – das sind beachtliche Zahlen. Das sind nämlich die Fälle, wo alles super funktioniert hat, sozusagen, das sind ganz beachtliche Zahlen. Die Sprengelgröße führt nicht zu denen von Ihnen befürchteten Problemen, bis auf, ich glaube, eine Ausnahme, wo man jetzt an einer Sprengelveränderung in Abstimmung mit den Betroffenen arbeitet (*Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte dich zum Schluss zu kommen.“*) Und damit komme ich zum Schluss. Ich sage Ihnen nur eines, Anlaufschwierigkeiten ja, in jedem einzelnen Fall ärgerlich, wir arbeiten an der Behebung und ich glaube, das Grundsatzsystem wird gut funktionieren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.26 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Die Redezeit der weiteren Rednerinnen und Redner in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Die Redezeit von weiteren Mitgliedern der Landesregierung ist auf die Redezeit jenes Klubs anzurechnen, dem sie angehören.

Zu Wort gemeldet ist Arnd Meißl von der FPÖ.

LTAbg. Meißl – FPÖ (10.26 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Der Titel der Aktuellen Stunde „Ernste Krise in der medizinischen Versorgung in der Steiermark“ ist wohl überlegt, wenn man sich die vielen Baustellen anschaut, die ÖVP und SPÖ in der Gesundheitspolitik in der Steiermark zu verantworten haben. Da steht einmal das Zentralspital mit dem nicht durchgeplanten Facharztzentrum in Liezen, die Ausdünnung des ländlichen Raums durch die Schließung von Krankenhäusern und Abteilungen schreitet voran, es gibt ein Chaos bei den Distrikt- und Gemeindeärzten, was die Totenschau betrifft. Da kommt es leider dazu, dass Tote bis zu 48 Stunden liegen bleiben und nicht abgeholt werden, weil es da keine Klärung gibt. Die § 8 Einweisungen sind nur mehr erschwert möglich, das sind Probleme. Es gibt immer mehr Wahlärzte, die mehr Klassenmedizin feiern dank ihrer Arbeit fröhlichen Urstand. Es gibt einen Notstand in der Kinderpsychiatrie, die monatelangen Wartezeiten für Patienten in verschiedenen medizinischen Bereichen sind zu erwähnen. Der Ärztemangel ist zu erwähnen, weil einfach das Arbeitsumfeld für Ärzte nicht angepasst wurde. Nicht zuletzt noch das Chaos um die Herzchirurgie, das nur allen bekannt ist, ist

beispielhaft. Und jetzt kommen noch die eklatanten Lücken im Bereitschaftsdienst und die massiven Probleme mit dem Gesundheitstelefon dazu. Und wenn ich dann den Folder hernehme und da steht dann drinnen: „Die schnellste medizinische Beratung Österreichs“, dann ist das angesichts der Wartezeiten nicht nur jetzt am Telefon, sondern auch in der medizinischen Versorgung durch eine Visite mehr als ein Hohn für die Patienten. Denn es kommt jetzt nicht nur dazu, das haben Sie jetzt vorher angesprochen, dass Personen aus der Leitung geschmissen werden. Ja, das mag vorkommen. Das ist natürlich problematisch, wenn ich jetzt ein krankes Kind daheim habe, vielleicht alleine daheim bin und nach fünf Minuten auflege, weil das Kind schreit und Probleme macht. Na klar werde ich dann auflegen und nicht neben bleiben können. Dann ist auch dazugekommen, dass Leute aus der Leitung geschmissen worden sind. Also, da muss man mit Sicherheit nachbessern. Erschwerend kommt aus meiner Sicht dazu, dass man ein bisheriges System, das in vielen Regionen schon gut funktioniert hat, einfach abgeschafft hat und das neue System über die gesamte Steiermark darübergestülpt hat. Es wäre aus unserer Sicht durchaus gescheit gewesen, wenn man hergegangen wäre, und einmal jene Bereiche, wo es Probleme mit der Besetzung gegeben hätte, hergenommen hätte und dort das neue Gesundheitstelefon und da die neue Visitenform installiert hätte. Das Rote Kreuz hat das ja übrigens auch mit der Landesleitstelle so gehalten. Da ist ja auch nicht gleich alles über die gesamte Steiermark darübergestülpt worden, sondern da hat man begonnen einzelne Bezirke in das System zu implementieren und die Probleme, die dort anfangs aufgetreten sind, hat man erkannt und zum guten und großen Teil ausgeschaltet. Was für mich schon durchaus interessant ist, ist, dass viele Ärzte diese Probleme genau vorausgesagt haben, die da auf uns zukommen. Nämlich, dass viele Dienst unbesetzt sein werden. Mein Hausarzt z. B. hat im Vorfeld gesagt, es ist unvorstellbar für ihn, wie man das System jetzt einfach so mir nichts/dir nichts über die gesamte Steiermark „d‘rüberzirkelt“, weil er hat irgendwie so das Gefühl, dass in Graz manche die Meinung haben, dass die praktischen Ärzte am Wochenende nichts „hakeln“. Und er hat die Probleme für die Menschen, die durch das neue System auf sie zukommen werden, schon vorausgesagt. Ich habe auch keinen Allgemeinmediziner in meiner Region gefunden, der dieses neue System per se als gut empfindet. Im Unterschied zu jetzt ist es ja so, dass viele Hausärzte ihre Ordinationen auch am Sonntag offengehalten haben und dadurch schon einen großen Patientenanteil mehr oder weniger abgefangen haben. So z. B. hat ein Arzt aus Wartberg darauf hingewiesen, dass er seinen ersten Dienst im April im neuen System gemacht hat und nur drei Patienten gehabt hat, ansonsten hat er am Sonntagdienst 70 Patienten versorgt und

damit hat er mehr abgefangen. Ihm ist aufgefallen, dass das Rote Kreuz an ihm nur vorbeigefahren ist. Er hat den ganzen Tag Blaulicht gehört und nach Gesprächen mit dem LKH Hochsteiermark in Bruck ist ihm dann auch gesagt worden, dass dort bis 02.30 Uhr Hochbetrieb war und viele Dinge auf den neuen Bereitschaftsdienst zurückzuführen sind. Im Bereitschaftsdienst, und der ist jetzt noch nicht so angesprochen worden, gibt es natürlich auch noch viele Dinge nachzubessern, weil eines ist auch ganz klar, diese Sprengel sind viel zu groß und wer die Topografie der Steiermark kennt, der weiß ganz genau, wie weit viele Wege sind. Das mag auf dem Atlas oder auf der Geografiekarte durchaus manchmal gut ausschauen, aber in Wirklichkeit gibt es da massive Unterschiede. Es gilt aus unserer Sicht hier nachzubessern ... (*Präsidentin Dr. Vollath: „Die Redezeit ist erschöpft, Herr Kollege.“*) Einen Satz noch: Es gibt einige Dinge zu verbessern, das sind die Sprengel zu verkleinern, das Personal am Gesundheitstelefon zu verstärken und es braucht, meines Erachtens, auch ein Dienstfahrzeug, das eine Art mobile Hausapotheke ausgestattet ist, damit die Patienten im ländlichen Raum nicht wieder die Opfer Ihrer Gesundheitspolitik werden und es ist in größeren Sprengeln auch die Zuteilung eines Fahrers anzudenken. Das würde den Ärzten ermöglichen während der Fahrt neue Daten zu sichten und auch das Sicherheitsgefühl der Ärzte und vor allem der Ärztinnen zu steigern. Danke sehr fürs Erste. (*Beifall bei der FPÖ – 10.32 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Sandra Krautwaschl von den Grünen.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.32 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werter Herr Landesrat, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und im Livestream!

Es ist unbestritten, dass im Gesundheitssystem viele Veränderungen und Verbesserungen notwendig sind. Ich war selbst bei der Präsentation des neuen Bereitschaftsdienstmodells in der Stadthalle damals dabei und es hat vieles für mich damals auch sehr gut geklungen, weil ja im alten System auch erwiesenermaßen viele Dienste nicht oder viele Regionen nicht mehr ausreichend versorgt werden konnten und auf die Idee hier ein Modell, in dem Fall war es aus Niederösterreich, einmal einzuführen und zu schauen, wie sich da Dinge verbessern lassen, hat mir prinzipiell gut gefallen. Ich habe aber auch dort schon angemerkt, dass es sehr stark darum gehen wird, dass bei der Einführung dann wirklich auch das Vertrauen der Bevölkerung in diese Maßnahme sozusagen gestärkt wird, nämlich, dass hier bei diesem

Gesundheitstelefon dann auch relativ schnell und rasch die richtige Ansprechperson gefunden wird. An diesem Vertrauen mangelt es offenkundig jetzt im Moment noch. Es ist wirklich auch für mich sehr erstaunlich, dass 9.000 Menschen im ersten Monat angerufen haben, aber auch das muss uns natürlich schon ein bisschen zu denken geben, wie sozusagen die Menschen die Versorgungslage aktuell wahrnehmen. Mir geht es da weniger um die konkreten Beispiele, die jetzt geschildert worden sind, wo einmal was schiefgeht, denn das kann tatsächlich bei der Einführung eines neuen Systems sicher passieren.

Aber wo ich prinzipiell Bedenken habe und glaube, dass wir das nicht schaffen werden, das Vertrauen wirklich zu stärken in dieses neue System, ist, dass wir ja von Anfang an wussten, und ich habe schon zweimal darauf hingewiesen, dass es gewisse Faktoren geben wird, die möglicherweise diese wirklich gute Versorgung so nicht gewährleisten. Ich habe das zweimal schon erwähnt, das eine sind offene Ordinationen, die aus meiner Sicht zusätzlich nötig sein werden. Da gibt es in Oberösterreich ganz klar ein Modell, das das vorzeigt und wo es auch funktioniert. Also, ich habe mich nochmals jetzt erkundigt. Dort ist es tatsächlich so, dass in den Ordinationen, die offen haben, diese banaleren Fälle, wo die Leute auch hinkommen können, effizient weiterhin abgefangen werden und die Ärztinnen und Ärzte mit einem Fahrdienst den Rest sozusagen in relativ großen Sprengel abdecken können. Dadurch entsteht dann wirklich eine Entlastung auch des stationären Bereichs und nicht so, wie es jetzt ein bisschen aussieht, in der Anfangsphase, zumindest teilweise, zusätzliche Belastung der Ambulanzen und dadurch natürlich auch ein bisschen Verunsicherung in der Bevölkerung. Weil, wenn sie dann sozusagen eigentlich, an dem Beispiel mit den Ohrenschmerzen, eh nur einen schnellen Arztbesuch bräuchten und dann aber längere Zeit vertröstet erst in die Ambulanz fahren, hat niemand etwas gewonnen. Im Gegenteil, wir wissen, das ist eigentlich die schlechteste Lösung für alle und für alles, weil es am meisten Geld kostet und die Menschen am wenigsten gut aufgehoben sind, wenn sie mit banalen Dingen in die Ambulanzen kommen. Wir werden ja, wie der Herr Landesrat richtig gesagt hat, heute noch einmal die Gelegenheit haben über dieses Thema zu sprechen. Ich glaube das muss uns eben auch zu denken geben, wenn genau diese Bereiche der Gesundheitsversorgung, wo es um die Basis geht, wo es darum geht, wenn das gut aufgestellt ist, können wir das System längerfristig entlasten und auch finanziell im Rahmen halten, wenn es da nicht funktioniert. Ich glaube, und ich sehe das auch ein bisschen so wie meine VorrednerInnen, es wäre gut jetzt an dieser Stelle die Expertinnen und Experten, die in der Primärversorgung arbeiten und wo Systeme gut funktionieren haben, noch einmal einzubeziehen und speziell den Bereich offene

Ordinationen und Fahrdienst sich nochmals anzuschauen. Wie kann man da nachbessern, damit das Gesamte dann anfängt zu funktionieren und die Menschen dann wirklich ein Vertrauen auch aufbauen können in dieses System? Ich glaube, Sie haben es ohnehin ein bisschen getan, aber ich finde es auch wichtig wirklich die Fehler sich anzuschauen, einzugestehen und, wenn schon die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass es so nicht funktioniert, dann wirklich rasch nachzubessern, damit die Menschen das Vertrauen haben. Ich habe das in der letzten Gesundheitsdebatte beim Sonderlandtag auch ganz klar gesagt: Es geht in der Gesundheitspolitik und in der Versorgung ganz stark um das Vertrauen der Menschen, dass etwas funktioniert. Und wenn wir das nicht herstellen können und wenn wie in diesem Fall offensichtlich in manchen Bereichen auch die Ärztinnen und Ärzte nicht genug Vertrauen haben, sich zu beteiligen, dann wird es einfach nicht funktionieren. Ich werde dann am Nachmittag in unserem Entschließungsantrag ohnehin noch einmal diese Punkte einfordern und hoffe da auf Unterstützung. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 10.38 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Karl Petinger.

LTabg. Petinger – SPÖ (10.38 Uhr): Frau Präsidentin, sehr verehrter Landesrat, sehr geehrte Landesrätinnen!

Ganz kurz zu dieser Aktuellen Stunde. Ich danke dir Sandra für diese Wortmeldung. Ich glaube du hast angesprochen, was wichtig ist, dass wir Veränderungen und Verbesserungen in allen Systemen, speziell auch im Gesundheitssystem brauchen. Es hat sich die Gesellschaft im Gesamten ja wesentlich verändert und die Systeme können nicht ewig die starren Systeme sein, wie wir sie haben. Vielleicht waren es auch gute Systeme. Dass wir Vertrauen brauchen, wenn wir Systeme verändern, ich glaube, dass ist ein wesentlicher Bestandteil. Besonders in der Gesundheitspolitik brauchen wir das Vertrauen. Was ich nicht möchte, lieber Kollege Meißl, dass man das gesamte System als schlecht darstellt, weil dann werden wir kein Vertrauen schaffen können. Was ganz wichtig ist, und da bin ich bei euch, dass wir Probleme, die bestehen und die will ich gar nicht wegdiskutieren, dass wir diese natürlich aufzeigen müssen. Und dann aber auch konkret an diesen Problemen an der Umsetzung der Verbesserung dieser Probleme arbeiten müssen. Ich glaube, der Herr Landesrat hat das ganz eindeutig gesagt, das passiert ja und diese Systeme gehören evaluiert und verbessert. Aber eine Gesamtdarstellung, dass man sagt: „Unser Gesundheitssystem ist in vielen, vielen Bereichen schlecht“, damit werden wir nie das schaffen, was wir brauchen, nämlich

Vertrauen. Ich glaube, insgesamt ist es wichtig, dieses neue System zu unterstützen, zu verbessern, denn es geht um ein Leitsystem und dieses Leitsystem eigentlich, wenn ich mich an langjährige Gesundheitsdebatten erinnere, war immer ein Thema, indem wir gesagt haben, wir müssen Patientenströme leiten, damit die Menschen sofort und möglichst schnell dort hinkommen, wo sie die beste Versorgung haben. Und das verstehe ich auch so. Im Zusammenhang mit dem Bereitschaftsdienst, der ja auch ein Visitedienst sein sollte, ist das im Gesamten eine Verbesserung des bestehenden Systems. Es mag Regionen gegeben haben, wo das gut funktioniert hat. Ich komme auch aus so einer solchen Region. Ich habe am Wochenende große Debatten im Bekanntenkreis gehabt über dieses neue und das alte System. Und selbstverständlich müssen wir dort und da anheben, um dieses System, das jetzt seit 01. April eingeführt wurde, dort und da zu verbessern, damit wir das erreichen, was wir wollen, dass der Patient die höchste Qualität der Gesundheitsversorgung in einer möglichst raschen Abfolge bekommt und dass er beim richtigen niedergelassenen Arzt oder beim Notarzt oder in der Ambulanz landet. Aber dann muss man auch daran glauben, da müssen wir auch arbeiten daran, dass es dorthin kommt. Ich glaube, wir sind auf dem guten Weg. Also grundsätzlich ja zu diesem System. Dieses System wird nie ein starres System sein. Dieses System wird immer wieder angepasst werden müssen, weil sich auch die Gegebenheiten insgesamt in der Lebensart verändern. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.41 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Barbara Riener von der ÖVP.

LTAbsg. Riener – ÖVP (10.41 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Diese Aktuelle Stunde ist meines Erachtens eine durchaus wichtige Sicht auf die Dinge aus der Politikseite her, weil in den Medien jetzt sukzessive immer wieder Fälle aufgepoppt sind, die natürlich bearbeitet werden. Ich möchte am Beginn meiner kurzen Darstellung auch jenen Leuten danken, die im Hintergrund beim Gesundheitstelefon 1450 ihren Mann/ihre Frau stehen, organisiert vom Gesundheitsfonds bzw. von Dr. – wo habe ich ihn – ja, er sitzt da, er ist derjenige, der das ganze bei uns aufgebaut hat, Dr. Andreas Maritschnig, der auch in Niederösterreich war, sich das angeschaut hat. Ich möchte auch hinzusetzen zu dem Dank an die, die im Hintergrund arbeiten, akribisch arbeiten, dass sie diese Schwierigkeiten mit der Erreichbarkeit usw. in den Griff bekommen werden, wenn alle Nummern zusammengeleitet

sind auf eine Leitung oder auf mehrere Leitungen und wir Anrufe haben, wie der Herr Landesrat es schon gesagt hat, die wirklich nicht zu erwarten waren. Wenn Niederösterreich 1.700 im Monat hat und wir haben 9.000 Anrufe jetzt in diesen vier Wochen, dann bedeutet das etwas, und das war in dieser Form nicht vorhersehbar. Also recht herzlichen Dank an alle, die da wirklich intensiv arbeiten und gearbeitet haben im Hintergrund. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Kurz zu den standardisierten Fragen – wie läuft das Verfahren ab. Alle, die hier Gesundheitspolitik betreiben, waren bei der Gesundheitskonferenz dabei, wie das vorgestellt worden ist voriges Jahr. Ich glaube, es war niemand dabei, der prinzipiell, und Sandra Krautwaschl hat es schon angesprochen, einmal gesagt hat: „Das ist ein schlechtes System.“, sondern durchaus positiv dem entgegengetreten ist und gesagt hat: „Ja, und wenn das in Niederösterreich, das noch einmal größer ist als die Steiermark, funktioniert, dann werden wir auch mit den Erfahrungen, die die am Anfang gemacht haben, ja nicht so eine Schwierigkeit haben.“ Nur die Schlagzahl, d. h. wie viele Anrufe kommen herein, das wurde unterschätzt. Und jetzt wurde mir auch eine Unterlage zur Verfügung gestellt, weil auch schon im Hintergrund Zahlen erhoben wurden, damit wir uns verbessern können. So, wie der Herr Landesrat es angesprochen hat, nicht nach drei Jahren, sondern ein permanentes Monitoring betreiben und das ist wichtig auch in diesem Fall. Wenn jetzt die Anrufe hereinkommen und zwei Drittel der Anrufe am Wochenende sind und davon 50 % zwischen 08.00 und 11.00 Uhr, ich glaube, dann können wir uns schon einiges denken. Was läuft da ab? Auch wenn viele der Anrufer fragen, welcher Arzt hat denn offen, jeder Anrufer, der hier anruft auf Grund vielleicht auch Unsicherheit, weil ich mir jetzt einfach nicht mehr anschau – ich habe ein klassisches Telefon, da rufe ich an – in der Zeitung, welcher Arzt hat theoretisch auch noch offen, und wenn der gemeldet ist, hat er, wie der Herr Landesrat gesagt hat, auch nicht immer die Erreichbarkeit. Auch das mussten wir leider feststellen. Das heißt, wir haben diese Voraussetzung, die nicht in dieser Form erkennbar war, in den Griff zu bekommen. Das werden wir schleunigst machen und ich bin guter Dinge, dass daran schon sehr gut gearbeitet wird.

Eine Sache noch einmal, weil wir das schon angesprochen haben, Bereitschaftsdienst und Ordinationszeiten offen. Es wurde schon von Herrn Landesrat ausgeführt, dass der Bereitschaftsdienst nicht mehr dieser Bereitschaftsdienst ist, wie er vorher war. Nämlich, dass in einem bestimmten Bereich, ich als Patient, dann dort anrufe und alles dort frage, was soll ich tun? Ich habe mich in den Fingern geschnitten, soll ich kommen oder soll ich gleich ins

Krankenhaus fahren; oder mein Kind hat Fieber usw., bis hin zum Ordinationsbesuch bzw. bis hin zur Visite. Wenn wir uns ehrlich sind, die wenigsten Ärzte haben Visite gemacht. Die meisten haben Bestellordinationen im Rahmen des Bereitschaftsdienstes gemacht. Das ist jetzt nicht mehr in dieser Form möglich, weil bei 1450 gibt es dahinter dieses Triage-System, d.h. es wird einfach sehr genau geschaut, wer braucht wirklich eine Visite. Und genau das ist dann der Bereitschaftsdienst neu. Das heißt, ich muss ja sicherstellen, dass der Arzt, der Bereitschaft hat, jederzeit auch seine Visite antreten kann und nicht durch andere Dinge aufgehalten ist. Und das Allerwichtigste, was Sandra gesagt hat – (*Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte dich zum Schluss zu kommen!“*) ja, mein Schlusssatz, Frau Präsidentin –, ist das Vertrauen. Das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken bedeutet auch, dass wir durchaus kritisch, aber sehr sachlich, inhaltlich sachlich an die Dinge herangehen und gemeinsam an Lösungen arbeiten – nicht nur kritisieren, sondern gemeinsam an Lösungen arbeiten. Danke sehr. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.47 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Nachdem seitens der anderen Fraktionen keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erteile ich dem zu Wort gemeldeten Landesrat Christopher Drexler das Wort.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (10.47 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Ich bedanke mich für die bisherigen Wortmeldungen und darf eines sagen, ich freue mich über den konstruktiven Zugang, den etwa Frau Abgeordnete Krautwaschl in die Debatte gebracht hat, der letztlich auch von Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler hereingebracht worden ist, denn sie benennen einzelne Probleme. Mir sind einzelne Probleme auch bekannt und wir gehen daran diese Probleme gemeinsam zu lösen. Das ist ein wohltuender Unterschied zum Beitrag des Abgeordneten Meißl, der ein Zerrbild der österreichischen Gesundheitsversorgung darstellt und alles hier eigentlich in einem schlechten Licht erscheinen lässt. Im Übrigen dabei übersieht, dass eine Reihe der von ihm beschriebenen Phänomene logischerweise in der Verantwortung des Bundes sind, wo seine Fraktionskollegin die Hauptverantwortung trägt. Aber solche Genauigkeit wollen wir gar nicht hier einziehen lassen in die Beiträge des Abgeordneten Meißl, sondern das ist halt auch ein Zugang, um Politik zu betreiben und darüber wird man sich sein Bild machen können. Ganz was Wichtiges, was angesprochen ist, glaube ich, von Frau Abgeordneter Krautwaschl, das ist immer diese Frage oder die Behauptung, es wäre nicht mehr möglich eine Ordination

am Wochenende offen zu halten. Das ist schlicht nicht richtig. An einem der Wochenenden, das jetzt im vergangenen Monat war, also in dem Beobachtungszeitraum, hätten, ich denke, 96 Ordinationen offen haben sollen, laut eigenen Angaben, laut Internetseite auch der Ärztekammer, laut den Informationen, die das Rote Kreuz über offene Ordinationen bekommt – im Übrigen angeblich stündlich aktualisiert. Und wenn man dann in 32 Fällen draufkommt, dass die Ordination aber nicht offen war, obwohl sie als offen angegeben worden ist, dann müssen wir auch mit diesen Partnern im System schon Gespräche führen. Weil das ist eine Regelordination im Rahmen der kassenärztlichen Tätigkeit. Das heißt, hauptsächlich muss es sich die Gebietskrankenkasse anschauen, weil wenn mein Vertragspartner mir sagt: „Ich habe Samstagvormittag offen“, aber dann nicht dort vor Ort ist, dann habe ich ein Problem mit dem Vertragspartner. Und das sind Dinge, auf die wir sozusagen en passe draufkommen. Was nur nicht mehr möglich ist, ist, dass jemand seine Ordination offenhält und gleichzeitig am Bereitschaftsdienst teilnimmt. Das halte ich aber für durchaus vernünftig, weil wenn wir den Bereitschaftsdienst hauptsächlich als Visitedienst darstellen wollen, will ich ja, dass der ausfährt, wenn er den Hinweis bekommt: Fahren Sie bitte zum Patienten X oder zur Patientin Y. Und das Einzige, was einzeln erregt, ist, dass ich nicht gleichzeitig in der Ordination sitzen kann und mit der Gebietskrankenkasse meine Patienten abrechnen kann und gleichzeitig die Pauschale bekomme für den Bereitschaftsdienst, weil ich eigentlich rausfahren sollte. Also ich bitte diese Dinge auseinanderzuhalten, weil wir hier schon genau schauen müssen, wie die Dinge ausschauen. Und genau das ist ja auch die Frage des Vertrauens. Wir müssen durch Verbesserungen oder Optimierungen in diesem System natürlich am Vertrauen arbeiten. Und ich freue mich über jeden, der auch sozusagen bereit ist mit an diesem Vertrauen zu arbeiten. Einzelne und einzelne Oppositionsparteien werden nie Interesse an diesem Vertrauen haben, sondern werden am Gegenteil Interesse haben – muss man auch zur Kenntnis nehmen, ist Teil der demokratischen Möglichkeiten. Ob es Teil der politischen Kultur ist, ist eine zweite Frage, aber man kann ja durchaus einen weiteren kulturellen Begriff insgesamt haben. Also, wir sind „drum und dran“ Dinge zu verbessern. Ich werde Ihnen im Rahmen der Dringlichen Anfrage sicher noch das eine oder andere dieser Dinge nennen. Eines kann ich Ihnen sagen, wir sind in Verhandlungen mit unseren Partnern die erkannten Probleme zu beseitigen, ich habe es bereits angedeutet, auch über einen Sprengel laufen Gespräche, und auch über andere Themen werden diese Verhandlungen geführt. Wenn wir am Ende des Tages draufkommen, weil Oberösterreich angesprochen worden ist, in Oberösterreich funktioniert alles besser als bei uns oder in Niederösterreich – ich bin natürlich auch bereit mich dem oberösterreichischen

Modell zu nähern. Ich glaube aber, dass es zu 80 % ohnehin das gleiche Modell ist oder zu 90 % und dass wir einfach mit den Optimierungen, die für unsere Versorgungsstruktur in der Steiermark passen, in den nächsten Wochen und Monaten dazukommen werden, das so zu optimieren, dass wir über den Weg der Zufriedenheit auch das Vertrauen generieren können. Das wäre eigentlich mein Ziel. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.53 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erkläre die Aktuelle Stunde damit für beendet.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass drei Anfragen gemäß § 69 unserer Geschäftsordnung vorliegen.

Am Donnerstag, dem 25. April wurde von der LTAbsg. Sandra Krautwaschl namens des Klubs der Grünen eine Anfrage mit der Einl.Zahl 3289/1 an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend **„Aktionsplan zur Klima- und Energiestrategie“** eingebracht.

Außerdem wurde am Freitag, dem 26. April 2019 um 07.53 Uhr von Klubobmann Mag. Stefan Hermann namens des Klubs der FPÖ eine Anfrage mit der Einl.Zahl 3290/1 an Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betreffend **„Wann wird das Land Steiermark endlich die Transparenzdatenbank mit Daten befüllen?“** eingebracht.

Zuletzt wurde am Freitag, dem 26. April 2019 um 11.27 Uhr von LTAbsg. Dr. Werner Murgg namens des Klubs der KPÖ eine Anfrage mit der Einl.Zahl 3291/1 an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend **„Landesausgaben für Olympia-Träume 2026“** eingebracht.

Gemäß § 69 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung ist beim Aufruf des gegenständlichen Tagesordnungspunktes die Frage mündlich zu wiederholen.

Gemäß § 69 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt. Nach Beantwortung der Frage kann jeweils die Fragestellerin bzw. der Fragesteller eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Über die Beantwortung der Anfragen finden keine Wechselreden statt. Soweit zu unserer Geschäftsordnung.

Ich komme nun zur Behandlung der **ersten Befragung** mit der Einl.Zahl 3289/1 und ersuche die Fragestellerin, LTAbg. Sandra Krautwaschl, die Frage mündlich am Redepult zu wiederholen.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.55 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werter Herr Landesrat, werte Zuhörende!

Es wurde ja, wie Sie alle wissen, im Landtag im Jänner 2019 die Klima- und Energiestrategie mit den Zielen beschlossen, die festgelegt wurden mit Treibhausgasemission minus 36 %, Steigerung der Energieeffizienz um 30 % und Anhebung des Anteils der erneuerbaren Energieträger auf 40 %. Und um dies zu erreichen wurde von Herrn Landesrat Lang angekündigt, einen konkreten Aktionsplan bis spätestens Jänner 2019 vorzulegen. Angesichts der dringlichen Lage in diesem Bereich warten wir eben schon sehr hart auf diesen Aktionsplan und ich stelle daher die Frage:

„Bis wann werden Sie den Aktionsplan zur Klima- und Energiestrategie vorlegen?“ *(Beifall bei den Grünen – 10.56 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile nun Landesrat Anton Lang das Wort, um die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (10.57 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Beim Thema Klimaschutz und der Bedeutung dieses Themas für unser Land sind wir uns ja hier im Hohen Haus alle einige oder fast einig und immer einer Meinung. Da komme ich auch gleich direkt zur Beantwortung dieser Frage:

Wir, und da darf ich hier wirklich für meine Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung sprechen, nehmen unsere Verantwortung, was den Klimaschutz in der Steiermark betrifft, sehr ernst. Und dabei geht es nicht nur um die Entwicklung von Strategien und Programmen, sondern vor allem um gezielte Maßnahmen, die auch dann ihre Wirkung zeigen. Es ist mir bewusst, dass wir uns trotz der positiven Entwicklung der letzten Jahre nicht zurücklehnen dürfen und dass es auf Bundes- und auch auf Landesebene noch viel zu tun gibt, um die Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen. Der Aktionsplan zur Klima- und Energiestrategie wurde dazu in einem breiten Beteiligungsprozess, und ich betone wirklich,

einem sehr breiten Beteiligungsprozess mit zahlreichen Expertinnen und Experten und Stakeholdern, entwickelt. Und ein solcher Prozess nimmt naturgemäß, und wenn man da also die Beteiligung auch wirklich ernst nimmt, einige Zeit in Anspruch – Zeit für die Entwicklung, für die Bewertung der Maßnahmen, aber auch Zeit für die Endabstimmung und Begutachtung. Ich gebe hier zu, ich war da ein bisschen zu optimistisch mit Jänner d.J., aber für mich ist es ganz besonders wichtig und entscheidend, nämlich wie wird diese Umsetzung dann in der Steiermark funktionieren? Ich kann Ihnen aber heute berichten, dass die Begutachtung des Aktionsplans der Klima- und Energiestrategie nunmehr abgeschlossen ist und damit mit allen Beteiligten und den steirischen Sozialpartnern auch abgestimmt ist. Geschätzte Damen und Herren, derzeit laufen noch die oder einige Abstimmungsgespräche mit unserem Regierungspartner und ich als zuständiges Regierungsmitglied möchte den Aktionsplan und werde den Aktionsplan noch im Mai in eine Regierungssitzung einbringen und im Anschluss nach erfolgtem Beschluss durch die Landesregierung dem Landtag hier zur Kenntnis bringen und da können wir über dieses große Werk auch hier entsprechend diskutieren. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.59 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Gibt es eine Zusatzfrage? Ja, bitte.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (11:00 Uhr): Danke, Herr Landesrat!

Ich teile nur nicht die Ansicht, dass jetzt angesichts der Tatsachen alles schon im Klimaschutz paletti ist. Wir wissen ja, die Emissionen steigen seit Jahren wieder an, aber ich bin natürlich total froh, wenn wir im Mai dann diesen Aktionsplan bekommen.

Aktuell hätte ich noch die Frage: Welche Forschungseinrichtungen und ExpertInnen sind jetzt in diesen Prozess noch aktuell eingebunden, um sozusagen das Ding wirklich zum Abschluss zu bringen bzw. waren eingebunden seit der Begutachtung? *(11.00 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich bitte dich auch diese Zusatzfrage zu beantworten.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (11.00 Uhr): Geschätzte Frau Kollegin!

Eine taxative Auflistung aller Expertinnen und Experten, die da dabei waren, kann ich jetzt in dieser Form hier nicht beantworten. Ich kann nur sagen, dass wir wirklich alle, die für uns aus unserer Sicht relevant waren, eingeladen haben. Es hat unzählige Gespräche gegeben, Vorbereitungen. Es ist, und ich habe das schon vorher gesagt, ein Werk, was aus meiner Sicht

dann beispielgebend sein wird. Wir werden es in der Diskussion sehen. Es ist nicht nur beispielgebend für uns in der Steiermark, sondern ich bin mir sicher, dass weit über unsere Landesgrenzen hinaus entsprechende, sage ich jetzt einmal, nicht nur Zustimmung bekommt, sondern vor allem wird man also hier sicher mit viel Achtung in Richtung Steiermark schauen, was wir hier in diesem Aktionsplan dann alles verpackt haben. Aber eine taxative Aufzählung, wenn es gewünscht wird, kann ich sicher nachbringen. (11.01 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich komme damit zur Behandlung der **zweiten Befragung** mit der Einl.Zahl 3290/1 und ersuche den Fragesteller, Klubobmann Mag. Stefan Hermann, ans Redepult zu kommen.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (11.01 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Im Herbst 2010 wurde eine einheitliche Transparenzdatenbank auf Bundesebene eingeführt. Die Ziele waren klar: Mehr Budgettransparenz, mehr Kostenwahrheit, Doppelgleisigkeiten im Subventionsbereich sollten abgestellt werden. Bedauerlicherweise erfährt diese Transparenzdatenbank keine konsequente Befüllung durch die Bundesländer, was der Rechnungshof auch im Jahr 2017 zu Recht kritisierte. Lediglich Niederösterreich und Oberösterreich haben die Datenbank bisher vollständig befüllt. Die Bundesregierung verfolgt dieses wichtige Projekt weiter und die Übermittlung der Daten wäre auch seitens der Steiermark wichtig. Der in der Steiermark vorhandene Förderungsbericht ist zwar gut, zeigt aber Doppel- und Mehrfachförderungen von verschiedenen Fördergebern nicht auf.

Meine Frage daher an Sie, geschätzter Herr Landeshauptmann: „Wann wird die Steiermark endlich wirksame Schritte zur Durchforstung des Förderdschungels setzen, indem sämtliche relevante Daten im Bereich der Landesförderungen in die Transparenzdatenbank eingespeist werden?“ (Beifall bei der FPÖ – 11.03 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landeshauptmann, ich bitte dich um Beantwortung der Frage.

Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (11.03 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben Ende 2018 mit sämtlichen 22 ... – das war die Unterlage vom Gespräch mit dem Minister Faßmann. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum gegenständlichen Verlangen von Herrn LTAbg. Mag. Stefan Hermann zur Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung betreffend „Wann wird die Steiermark endlich die Transparenzdatenbank mit Daten befüllen“ ist Folgendes zu sagen:

Ich möchte vorausschicken, Transparenz in der Politik ist mir nicht nur bei Förderungen, sondern generell ein großes Anliegen. In vielen Bereichen sind uns schon Verbesserungen gelungen, denken Sie an den Förderungsbericht. Wahrscheinlich war die Politik noch nie so transparent wie heute. Ich unterstütze noch mehr Transparenz, sofern diese den rechtlichen Standards, insbesondere beim Datenschutz, gerecht wird. Das ist ja ein springender Punkt, der uns auch in der Landeshauptleutekonferenz schon des Öfteren beschäftigt hat. Bereits seit 2014 kann man auf www.transparenzportal.gv.at alle der Bund-Ländervereinbarung entsprechenden Förderungsprogramme, auch jene der Steiermark, abrufen. Seit 2017 werden von der Steiermark, wie auch von den übrigen Bundesländern zusätzlich zu den Leistungsangeboten auch Leistungsmitteilungen, also einzelne Förderfälle, im Pilotbereich Umwelt und Energie, darauf haben wir uns ja mit den Bundesländern und im Zusammenarbeit mit dem Ministerium geeinigt, in die Transparenzdatenbank eingemeldet. Dies geschieht auf Basis einer gemeinsamen Absichtserklärung des Bundesministeriums für Finanzen mit den Ländern. Eine umfassende Übermittlung aller Förderungsfälle, d. h. sämtlicher personenbezogener Daten, also auch zu hoheitlich vergebenen Förderungen oder solchen in sensiblen Bereichen, kann jedoch nicht auf einer derartigen Absichtserklärung fußen. Hierfür muss jedenfalls eine gesetzliche Grundlage bestehen. Das hat uns ja auch der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes in der LH-Konferenz und vorher in der Konferenz der LandesamtsdirektorInnen so mitgeteilt. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage scheidet nach wie vor an kompetenzrechtlichen Schwierigkeiten, die auch seitens des Bundesministeriums für Finanzen noch nicht beseitigt werden konnten. Ein einfaches Bundesgesetz wie das Transparenzdatenbankgesetz reicht nicht aus, um auf Landesebene die vielen verschiedenen Förderungsbereiche hoheitlicher und privatwirtschaftlicher Natur samt besonderer Kategorien von Daten in die Transparenzdatenbank einzumelden. Dies wurde bereits im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zur Novellierung des

Transparenzdatenbankgesetzes im Jänner 2019 seitens des Landes Steiermark und auch anderer Bundesländer thematisiert. Auch der Rechnungshof sprach sich in dem von Ihnen angesprochen Rechnungshofbericht dafür aus, dass sich das Bundesministerium für Finanzen für eine kompetenzrechtliche Absicherung der Transparenzdatenbank durch eine Verfassungsbestimmung einsetzen sollte, um für klare, datenschutzrechtlich abgesicherte und gesetzlich festgelegte Verarbeitungs- und Analysenbefugnisse zu sorgen. Ebenso empfahl der Rechnungshof dem Bundesministerium für Finanzen in einer Expertenrunde die Leistungen, die zu erfassen sind, zu definieren. Derzeit herrscht darüber mangels einheitlicher Definitionen Unklarheit. Diese Expertenrunde, in der auch die Steiermark vertreten ist, wurde seitens des Bundesministeriums für Finanzen zwar eingesetzt, jedoch wurde der sechste und finale Termin im Herbst 2018 abgesagt bzw. verschoben und für 2019 in Aussicht gestellt, aber noch nicht anberaumt. Aus diesem Grund gibt es auch noch kein entsprechendes Endergebnis dieses Gremiums. Eine sinnvolle weitere Umsetzung der Transparenzdatenbank wird nur zu erreichen sein, wenn sich das Finanzministerium mit allen Ländern auf eine einheitlich abgestimmte Vorgehensweise einigt. In den diesbezüglichen Gesprächen wirkt die Steiermark sehr konstruktiv mit, würde ich sagen. Abschließend wird nochmals darauf hingewiesen, dass in der Steiermark schon seit vielen Jahren ein besonderes Augenmerk auf Transparenz im Förderungswesen gelegt wird. Jedes Jahr legt die Landesregierung dem Landtag einen umfassenden Förderungsbericht vor, indem, sofern im Einzelfall nicht datenschutzrechtliche Schranken bestehen, jeder einzelne Förderungsfall ausgewiesen wird. Die Transparenzdatenbank könnte entgegen ihrer Bezeichnung gar nicht für so viel Transparenz, wie diese Förderungsberichte sorgen, weil die dort eingespeisten Daten nicht öffentlich sind und zudem verschlüsselt werden müssen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.09 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Danke für die Beantwortung. Gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Damit komme ich zur Behandlung der **dritten und letzten Befragung** mit der Einl.Zahl 3291/1 und ersuche den Fragesteller, Dr. Werner Murgg seitens der KPÖ, die Frage am Redepult zu stellen.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (11.10 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, lieber Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es geht um die Landesausgaben für Olympiaträume 2026. Wir oder Sie wissen alle, dass vor nicht allzu langer Zeit in einer Sitzung des Grazer Gemeinderates die Grazer Winterspiele 2026 GmbH aufgelöst wurde und bei dieser Gemeinderatsitzung wurde bekannt, dass diese Olympiabewerbung 409.000 Euro gekostet habe. Davon soll das Land Steiermark angeblich 120.000 Euro bezahlt haben. Jetzt haben Sie, Herr Landesrat, im Juli 2018 war es, im Landtag hier gesagt, ich will das jetzt nicht alles zitieren, Sie werden das wahrscheinlich ohnehin noch im Kopf haben, dass Sie im Landesbudget keinen Spielraum sehen, Olympische Winterspiele seitens des Landes Steiermark in irgendeiner Form finanziell zu unterstützen.

Deswegen möchte ich an Sie, Herr Landesrat, folgende Frage stellen:

„Hat das Land Steiermark tatsächlich Kosten übernommen, die mit der geplanten Bewerbung von Graz und Schladming für die Olympischen Winterspiele 2026 in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen bzw. standen?“ *(Beifall bei der KPÖ – 11.12 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landesrat, ich bitte dich die Frage zu beantworten.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (11.12 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf auf Grund der Befragung von Dr. Murgg noch einmal die Gelegenheit nutzen, er hat einige Punkte jetzt in der Frage noch einmal angeschnitten, noch einmal einige Klarstellungen zu diesem Thema treffen. Wie schon auch von Ihnen heute hier gesagt, ich habe von Anfang an immer klargestellt, dass in den kommenden Landesbudgets – und es waren nicht nur die Budgets 19/20 gemeint, sondern auch die folgenden Jahre – aus meiner Sicht kein Spielraum ist, Olympische Winterspiele also mittelbar oder unmittelbar finanziell zu unterstützen. Wir haben uns als Landesregierung für die Jahre 2019 und 2020 das ehrgeizige Ziel gesetzt ein Doppelbudget zu beschließen, das eine vollständige Einhaltung der Vorgaben des Strategieberichts und in weiter Folge auch die Vorgaben des österreichischen Stabilitätspaktes einhält. Und ab dem Jahr 2021, ich habe es da herinnen schon öfter sagen dürfen, soll erstmals oder 2021, muss ich sagen, soll spätestens erstmals ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Und wie mein Kollege Christopher Drexler und ich stets angekündigt haben, war hier wirklich eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen notwendig. Ich möchte nicht

wieder alle aufzählen, aber wir haben hier am 11. Dezember 2018 dieses Doppelbudget beschlossen und es wurden also diese ehrgeizigen Pläne der Landesregierung in eine Form gegossen. Und, wir haben auch Lob bekommen, das darf ich hier noch einmal erwähnen, nämlich auf Grund dieses Doppelbudgets. Aber dieses Doppelbudget war also sehr ausschlaggebend, dass uns die renommierte Ratingagentur Standard and Poor's im Februar d.h. wieder mit einem Toprating belohnt hat. Und als Sportreferent dieser Landesregierung, und das erlaube ich mir schon noch einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen, als Sportreferent und als sehr sportbegeisterter Mensch und langjähriger Sportfunktionär ist mir also die Bedeutung von Olympischen Spielen grundsätzlich wirklich sehr bewusst, das können Sie mir glauben. Aber eine Umsetzung der notwendigen Konsolidierung unseres Landeshaushaltes mit direkten oder indirekten Kosten, welche dem Land Steiermark für mögliche Olympische Spiele 2026 entstanden wären, ist schlichtweg nicht möglich gewesen.

Ich komme jetzt direkt zur Beantwortung der Frage: Nach meinem Wissensstand handelt es sich bei den erwähnten 120.000 Euro um Gemeindebedarfszuweisungsmittel, welche die Stadt Graz erhalten hat. Gemeindebedarfszuweisungen sind gemäß § 12 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz aus dem Jahr 2017 Vorweganteile von den Gemeindeertragsanteilen und sind als solche Eigenmittel der Gemeinden. Folglich hat es keine Unterstützung der Olympiabewerbung mit Mitteln des Landes Steiermark gegeben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.15 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Kollege Murgg, gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Damit sind die Befragungen beendet und ich fahre mit den Mitteilungen fort.

Am Mittwoch, dem 24. April 2019 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine **Dringliche Anfrage** mit der Einl.Zahl 3277/1 an Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „**Erster Stresstest für neuen Ärzte-Bereitschaftsdienst offenbart umgehenden Handlungsbedarf**“ eingebracht.

Am Donnerstag, dem 25. April 2019 wurde von Abgeordneten der KPÖ eine weitere **Dringliche Anfrage** mit der Einl.Zahl 3286/1 an Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend „**Abschaffung der Unterstützung bei Wohnkosten für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung durch die Bundesregierung**“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 1 GeoLT je eine Wechselrede statt.

Ich teile mit, dass außerdem 22 Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung eingebracht wurden. Außerdem wurden 13 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 der GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 der GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht und nachzulesen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Umwelt, Einl.Zahl 3012/5, betreffend „Schwindende Biodiversität und Insektenpopulationen“ zum Antrag von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 3012/1.

Zu Wort gemeldet ist Sandra Krautwaschl von den Grünen.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.15 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ging in unserem ursprünglichen Antrag, den wir zum Thema „Insektensterben und schwindende Biodiversität stoppen“ gestellt haben, um ein Thema, das uns alle in Zukunft noch sehr stark bewegen wird. Um ein Thema, wo ein Faktum ganz klar ist, dass Insekten- und Artensterben in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zurzeit passiert – ich würde sagen, vor unseren Augen passiert, in vielen Bereichen leider sehr leise und unsichtbar passiert. Das Ausmaß ist beträchtlich, das wissen wir. Ich habe gerade gestern noch einmal wieder einen aktuellen Artikel des Naturschutzbundes dazu gelesen, der z. B. besagt, dass in Mitteleuropa – und ich bitte Sie, das wirklich jetzt auf sich wirken zu lassen – in den letzten 27 Jahren 80 % Rückgang der Insektenpopulation zu verzeichnen war und Tagfalter auf einen Prozentanteil von 1 % geschrumpft sind. Das muss man sich einmal vorstellen, was das bedeutet in den

letzten hundert Jahren bei den Tagfaltern. Es gibt viele Leute, die so tun, als würde das für uns keine Rolle spielen und manche finden Insekten ja sogar noch lästig. Das Problem ist nur, und auch das kann man in diesem Artikel sehr empfehlenswert nachlesen, die lästigen Insekten werden wir deswegen nicht los, aber es fehlt uns eine wichtige Lebensgrundlage und eine Grundlage für ganz viele andere weitere Arten in der Ernährungskette dieser Arten. Das betrifft sowohl, und darüber haben wir in letzter Zeit schon mehrfach geredet, bei den Landinsekten wären die nächsten vor allem die Vögel, aber auch die Wasserinsekten werden zunehmend durch bekannte Ursachen reduziert und auch hier sind dann die nächsten die Fische, die betroffen sind in der Ernährungskette. Die Ursachen sind ebenfalls sehr lange und klar und deutlich bekannt. Es ist massiver Dünger- und Pestizideinsatz. Die „Lautstärke“ in Zahlen spricht auch dafür, dass uns allen oder vielleicht vielen von Ihnen nicht bewusst ist, dass wir dann als eine Art auf diesem Planeten in Ökosystemen nicht überleben können, wo wir andere Arten vernichten. Unser Leben, unser Wohlstand, von dem auch hier so viel die Rede ist, wird davon abhängen, ob wir unsere Ökosysteme erhalten. Und da ist das Sterben der Arten und vieler Insektenarten aktuell ein ganz, ganz wichtiger Teil. Ich bitte Sie da wirklich diesem Thema auch eine gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. In der Antwort auf unseren Antrag hat die Landesregierung ein Sonderprogramm abgelehnt, weil es nicht budgetiert ist. Ein Sonderprogramm nämlich zum Artenschutz, um wirklich auch konkret in der Steiermark hier noch mehr Bedeutung diesem Thema zu geben und ein landesweites Monitoring, damit wir einmal Zahlen und Fakten, wirklich Steiermark weite, zu diesem Thema haben, ebenfalls wegen eines zu geringen Naturschutzbudgets abgelehnt.

Daraus resultiert nun unser Vorschlag für den ersten Entschließungsantrag. Wir halten das eben für so ein extrem notwendiges und wichtiges Unterfangen hier Aufmerksamkeit hinzulenken, die Daten zu erheben und dann mit Sonderprogrammen dahingehend zu wirken, dass wir dem Artenschutz in der Steiermark zu einer hohen Priorität verhelfen und das Bewusstsein der Bevölkerung dafür noch schärfen. Und deswegen wollen wir eben, weil mangels Naturschutzbudget jetzt offensichtlich nicht ermöglicht wird, um den strategischen Naturschutz zu stärken, eine Naturnutzungsabgabe, die zweckgebunden für diesen Bereich dann angewandt wird, einfordern und hier auf Unterstützung hoffen, damit wir diesen wichtigen Bereich stärken können. Diese Naturnutzungsabgabe gibt es im Übrigen in allen anderen Bundesländern bis auf, relativ logischerweise, Wien.

Auf einen zweiten Aspekt im Arten- und Insektenschutz möchte ich noch eingehen und auf den bezieht sich dann auch unser zweiter Entschließungsantrag. Es geht, wie Sie wenig

verwundert sein werden, um Pestizide und ganz speziell um eines, das Glyphosat, über das wir hier schon unzählige Male diskutiert haben. Ich habe mir gestern wieder angeschaut, 2017 wurden insgesamt 329 Tonnen dieses Giftes in unsere Natur gebracht. Da ist natürlich jeder Schritt das zu reduzieren, jeder Schritt das Bewusstsein der Bevölkerung zu stärken für dieses Thema einfach unglaublich wichtig. Ich wende mich mit diesem Entschließungsantrag ganz speziell noch einmal an alle, und ich erlebe das bei den Schuldiskussionen ja jetzt ständig im EU-Wahlkampf befindlicher Menschen, auch hier in diesem Raum, die ganz stark gegen Glyphosat ins Feld ziehen. Auch unsere Präsidentin, Bettina Vollath, hat das in mehreren Aussendungen, und ich habe es erst gestern wieder gelesen, sehr stark gefordert, auch auf EU-Ebene ein Verbot von Glyphosat. Wir haben das schon in der letzten Landtagssitzung anlässlich des Kärntner Verbots für die private Anwendung von Glyphosat. Das ist in Kärnten nämlich gelungen, dem Landeshauptmann Kaiser, das umzusetzen, einstimmig am 28. März in Kärnten beschlossen, haben wir das schon beim letzten Mal gefordert, das auch in der Steiermark zu tun. Ich nehme diesen Antrag und dieses wichtige Thema zum Anlass, das heute erneut zu versuchen. Wie gesagt, am 28. März einstimmig in Kärnten beschlossen. Am selben Tag hat auch Bettina Vollath sich ganz klar dafür ausgesprochen – „Gesundheit der Menschen vor Profitinteressen von Konzernen zu stellen, die mit ihren Umweltgiften“, und genau das ist Glyphosat, „Milliardengewinne machen und eben nicht nur die Gesundheit von uns Menschen, sondern vor allem auch den Erhalt unserer Ökosysteme massiv gefährden“. Und, ja natürlich, weil ich mir denke, das wird bestimmt wiederkommen, es braucht da letztlich, damit die Neuzulassung dieses Giftes längerfristig auf EU-Ebene verhindert wird, natürlich die EU-Ebene. Da bin ich ganz bei Ihnen, aber es braucht jetzt vor allem den ersten wichtigen Schritt dazu, das zu tun, was wir hier in der Steiermark möglich machen könnten. Und da ist es für mich ein ganz, ganz wichtiges Signal und ein wichtiger erster Schritt zu sagen: „Wir wollen, so wie in Kärnten, dieses Gift in der privaten Anwendung nicht mehr haben. Wir wollen die Menschen ganz klar davon abbringen, das in ihren Gärten zu versprühen. Wir wollen ihnen ein klares Zeichen setzen. Hier in der Steiermark wollen wir dieses Glyphosat und“, das ist nämlich in Kärnten ja auch so beschlossen worden, „andere Gifte nicht mehr haben.“ Und liebe Leute, es gibt immer noch 150 andere Mittel, die auch im Biolandbau verwendet werden dürfen, die ihr anwendet könnt, wo man natürlich ganz genau auch hinschauen muss, wie sich das dann entwickelt. Es geht also darum, die Menschen zu schützen, unsere Lebensräume zu schützen, unseren Wohlstand im besten Sinne des Wortes für unsere Kinder zu erhalten und deswegen reicht es einfach

nicht, sich in Wahlkampfzeiten ein grünes Mäntelchen umzuhängen, sondern wirklich, Sie müssen ins Handeln kommen. Wir müssen das umsetzen, was hier in der Steiermark möglich ist und darum bitte ich dann auch um Ihre Unterstützung für unsere beiden Entschließungsanträge, die ich hiermit noch einbringen möchte.

Der erste lautet: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Regierungsvorlage über eine Naturnutzungsabgabe vorzulegen und diese für den Naturschutz Zweck zu widmen.

Und der zweite Entschließungsantrag lautet: Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle im Landtag einzubringen, mit der sogenannte „Pflanzenschutzmittel“ mit dem Wirkstoff Glyphosat und anderen risikoreichen Pestiziden nach Kärntner Vorbild für private Anwendungen verboten werden sollen.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 11.27 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Gabi Kolar von der SPÖ.

LTAbg. Kolar – SPÖ (11.27 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wie Sie wissen, sind wir ja beim Tagesordnungspunkt eines Antrages der Grünen, „schwindende Biodiversität und Insektenpopulationen“ angelangt und Frau Kollegin Krautwaschl hat ja schon ihren Zugang uns hier sehr eindringlich dargestellt. Ich bin bei vielen Aussagen bei dir, das weißt du, liebe Sandra Krautwaschl. Es gibt hier zu eurem Antrag der Grünen auch eine Stellungnahme des Landes, die euch zugegangen ist, die brauche ich hier nicht wiederholen. Aber ich möchte trotzdem zu einigen eurer Antragspunkte noch ergänzend ein paar Projekte aufzählen, wo das Land Steiermark bzw. auch der Bund zusätzlich hier gegen diese schwindende Biodiversität und Insektenpopulationen versucht durch diese Projekte das einzudämmen.

Beim ersten Punkt „Ein Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt in der Steiermark aufzuerlegen“ ist vielleicht ergänzend noch dazu zu sagen, dass es viele Projekte gibt, noch zusätzlich zu denen, die schon in der Stellungnahme dargestellt sind, vorwiegend im Förderprogramm zur ländlichen Entwicklung. Ihr kennt diese Förderprogramme alle, kurz genannt ELER-Programme. Sie haben eine Stärkung der biologischen Vielfalt zum Ziel und diese gibt es wirklich auch viel in den Regionen. Die Projekte werden im Wesentlichen nach

ihrem Nutzen für die biologische Vielfalt angeregt, ausgewählt und bewertet. Die Projektarbeit soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Zu eurem zweiten Punkt „Die Erhebung zur einschlägigen Daten in der Steiermark voranzutreiben“ gibt es hier drei Unterordnungspunkte, die auch bestens ausgeführt sind in der Stellungnahme. Noch ein paar Ergänzungen von meiner Seite zu dem ersten Unterpunkt 1: „Mehrere gefährdete Tierarten bzw. Artengruppen werden regelmäßig untersucht, um eine Zu- oder Abnahme der Bestände feststellen zu können, wie z. B. die Blauracke, der Wachtelkönig“ – da fällt mir der Herr Landesrat Wegscheider ein – „Fledermäuse, Frösche und Kröten.“ Ja, die schon lange herinnen sitzen, wissen jetzt was ich meine. Zusätzlich gibt es eine eigene österreichweite Erhebung, um den Zustand der Schutzgüter zu schützender Tiere und Pflanzen nach der EU-Naturschutzrichtlinie bewerten und Änderungen feststellen zu können. Über das Projekt, und das kennen Sie, die sich dafür interessieren alle, „Naturbeobachtung.at“ werden Beobachtung interessierter Naturliebhaber zentral gesammelt. Das Projekt wird von der Steiermark gefördert. Zum Zweiten Unterpunkt der Forderung 2 ist zu sagen: Das Projekt BINATS 2 ist ein Projekt des Bundes und wird von der Universität für Bodenkultur durchgeführt – auch ein sehr bekanntes Projekt. Es hat das Ziel die Artenvielfalt in den österreichischen Agrargebieten zu erfassen und soll bis 30.06.2019 abgeschlossen sein. Die weitere Vorgangsweise für die Steiermark soll nach der Vorlage des Abschlussberichts festgelegt werden. Zum dritten Unterpunkt der Forderung 2 ist noch zu sagen: Für die Abschätzung möglicher Auswirkungen des Insektensterbens auf die Landwirtschaft ist die Abteilung 13 nicht zuständig. Daten liegen für die Folgen auf die übrige Tierwelt vor. Für mehrere Insekten fressende Vogelarten ist ein Rückgang der Bestände in direktem Zusammenhang mit dem Rückgang der Insekten belegt. Wofür? Für die übrigen Insekten fressenden Arten ist ein vergleichbarer Zusammenhang natürlich sehr wahrscheinlich. Wichtige Datengrundlagen sind Langzeituntersuchungen, die Untersuchungen zur Erstellung des Farmland Bird Index, das sind Aufzeichnungen von Bestandsveränderungen bei Vogelarten der Kulturlandschaft – durchgeführt von Birdlife, einer internationalen Organisation, die sich mit dem Thema Vogelschutz auseinandersetzt. Oder die regelmäßige Bestandserhebung der Fledermäuse.

Zum dritten Punkt kommend „Maßnahmen zu ergreifen, die dem Insektensterben in der Steiermark begegnen“: Die meisten Projekte, die zur Stärkung der biologischen Vielfalt durchgeführt werden, sind schon in der Frage eins beantwortet, denn sie kommen natürlich auch den Insekten zugute. Die Steiermark fördert außerdem das Projekt „Carnica“,

Schutzregion Palten-Liesingtal, das den langfristigen Erhalt der heimischen Honigbiene zum Ziel hat. Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Sicherung der Insektenlebensräume ist die Erhaltung blumenreicher Wiesen ohne Einsatz von Spritzmitteln, die durch Vertragsnaturschutz gesichert werden, wie ÖPUL-WF mit 6.581,10 Hektar, dann weitere Landesprogramme wie das Biotoperhaltungsprogramm mit 800,93 Hektar und Natura 2000, Vertragsnaturschutz mit 896,25 Hektar.

Und jetzt noch ganz kurz zum Glyphosat noch einmal: Natürlich steht die Sozialdemokratie zum Verbot von Glyphosat. Ich denke, dass es hier mehrheitlich im Landtag Steiermark der Großteil der Abgeordneten tut und selbstverständlich unterstützen wir und sind der Meinung unserer Kandidatin oder Frau Präsidentin Bettina Vollath, (*LTAbg. Schönleitner: „Was ist denn das jetzt? Das ist ja unglaublich!“*) dass das hier auf EU-Ebene in der Hand der EU liegt. Lieber Lambert Schönleitner, ich muss auch noch dazusagen, wir Österreicher müssen uns da nicht verstecken, denn Österreich hat bei der letzten Abstimmung gegen das Glyphosat gestimmt, Frau Minister Köstinger. Also, bitte schön, nicht ungerecht sein. (*LTAbg. Schönleitner: „Die steirischen Sozialdemokraten tun etwas Anderes als Schieder und Vollath sagen!“*) Wir haben auf Bundeslandebene alles gemacht, um dort, wo es hingehört, nämlich zur EU, hier dieses Verbot zu erwirken, ist hier alles gemacht worden. Natürlich werden wir weitere Schritte setzen, aber bitte schön dort, wo es hingehört, kann es auch ordentlich beschlossen werden. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.35 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist LTAbg. Hubert Lang von der ÖVP.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (11.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Zu diesem Tagesordnungspunkt, der zweifelsohne ein sehr wichtiger Tagesordnungspunkt ist, geht es doch auch in der Priorität – schwindende Diversität bei den Insekten – um unsere Zukunft. Dass das ein sehr wichtiges Thema ist, ist auch klar, weil wir ja zur Stunde eine Konferenz in Paris abhalten oder abgehalten wird, wo 150 Fachexperten aus der ganzen Welt derzeit über die Biodiversität und mögliche Auswirkungen konferieren, auf Fachebene die weltweite Entwicklung analysieren und auf Fachexpertenebene auch Maßnahmen, die eingeleitet werden müssen, hier nicht nur diskutiert, sondern auch behandelt werden. Sandra

Krautwaschl hat in ihrer Stellungnahme auch in der Einleitung angefragt, in der Begründung darauf hingewiesen, dass das ein weltweites, insbesondere ein europäisches Problem ist, aber auch natürlich die Maßnahmen, die wir hier in der Steiermark treffen, angesprochen und in der Begründung auch eingeleitet. Liebe Frau Kollegin Krautwaschl, du weißt, ich schätze dich ja sehr, wenn es um den Umweltschutz geht, wir sind oft gleicher Meinung. Aber heute hast du etwas gemacht, ich darf das mit diesem Glas Wasser hier vergleichen: Aus einem Glas Wasser einen Tropfen herausnehmen und dann uns erklären, mit diesem Tropfen können wir diese Herausforderungen lösen. Das ist zu einseitig und ich darf schon darauf hinweisen, (*LTAbg. Klimt-Weithaler: „Da tun wir lieber gar nichts?“*), dass man in deiner Begründung, dass es nur die Landwirtschaft ist, dass es Düngemittel, Pestizideinsatz ist, das Thema Glyphosat ist, das ist tatsächlich im Gesamten ein Tropfen, um die möglichen Ursachen und Auswirkungen zu betrachten. Und du weißt es ganz genau und Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist uns bewusst, dass die Klimaveränderung auch Auswirkungen auf die Biodiversität hat, ist überhaupt nicht angesprochen worden. Es ändert sich das Klima und damit ändern sich auch die Lebensumfelder für die Insekten. Es ist nicht angesprochen worden, dass es die Welt alleine weltweit in der Bevölkerungsentwicklung ändert und damit natürlich auch Lebensgrundlagen für die Insektenpopulationen weltweit. Und wenn wir hier auch Maßnahmen ansprechen auf europäischer Ebene, auf österreichischer Ebene, und was die Steiermark hier tatsächlich auch tut, dann müssen wir es uns schon etwas genauer anschauen. Die Europäische Union hat die Biodiversitätsstrategie 2020 nicht nur beschlossen, sondern sie dient als Grundlage für alle Mitgliedsländer, insbesondere auch für Österreich, die Strategie für Österreich, Österreichstrategie 2020, die der Nationalrat auch dementsprechend verabschiedet/beschlossen hat, in den Bundesländern umzusetzen. Und wenn man auf europäischer Ebene sich die Sachlage genau anschaut, ist es ja nicht nur diese Biodiversitätsstrategie, sondern sind es auch sehr viele Richtlinien oder Verordnungen, die hier in diese Richtung zielen, diese Biodiversität langfristig sicherzustellen. Ich darf Sie, liebe Frau Kollegin, daran erinnern die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie in diesen Auswirkungen in Betracht zu ziehen, die Vogelschutzrichtlinie in diesen Ausführungen auch dementsprechend in Betracht zu ziehen, aber auch die Prävention und das Management über die Ausbreitung invasiver, gebietsfremder Arten, diese sogenannten Neophyten, hier in Betracht zu ziehen und deren Auswirkungen auch mit herein zu nehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus gibt es sehr viele internationale Abkommen. Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, ein internationales Abkommen zum Schutz der Alpen, die Alpenkonvention. Ich darf Sie daran

erinnern, dass es ein internationales Übereinkommen über die Feuchtgebiete gibt, die sogenannte Ramsar-Konvention, ein internationales Übereinkommen über die Biodiversitätskonvention zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, ein internationales Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, das sogenannte Washingtoner-Artenschutzabkommen. Es gibt noch zahlreiche internationale Abkommen wie die Berner Konvention zum Schutz der natürlichen Lebensräume. Das sind die internationalen Aktivitäten, es sind die nationalen Aktivitäten – Frau Kollegin Gabi Kolar hat diese ja schon angesprochen – auf Österreich-Ebene. Meine Damen und Herren, wenn Frau Kollegin Krautwaschl die Landwirtschaft als natürlich vom Gebiet her anspricht, die von der Nutzung der Grundflächen her am meisten betroffen ist, dann darf ich schon daran erinnern, dass wir mit dem Österreichischen Umweltprogramm ÖPUL eines der vorbildlichsten Umweltschutzprogramme in Europa/in Österreich haben, und das auch dementsprechend anwenden. Hier gibt es mit dem Programm ÖPUL die umweltgerechte und Biodiversitätsbewirtschaftungsmöglichkeiten UPP und die biologische Wirkungsweise. Zwei Möglichkeiten für uns im Bereich der Landwirtschaft dementsprechend auch mit Umweltschutzmaßnahmen eine Bewirtschaftung sicherzustellen, die auch die Population der Insekten nicht nur schützt, sondern auch deren Aufkommen absichert. Liebe Frau Kollegin Krautwaschl, du hast auch die Steiermark angesprochen und ich darf schon daran erinnern, dass wir in der Steiermark, was den Umwelt- und Naturschutz betrifft, ein Vorbildland sind. Und das haben wir schon des Öfteren besprochen und es wird in Erinnerung bleiben, welchem du auch sehr oft hier zustimmen darfst und kannst und auch schon die Zustimmung gegeben hast. Es ist nicht nur die Anwendung, die die österreichische Regelung mit ÖPUL betrifft, wir haben 2017 ein neues Naturschutzgesetz beschlossen und mit der Rechtsgrundlage des Naturschutzes auch dementsprechend steirische Schutzgebiete ausgewiesen und ich darf daran erinnern, dass wir Naturschutzgebiete, Moore ausgewiesen haben, Flächen ausgewiesen haben nach dem § 7 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes. Ich darf daran erinnern, dass wir Landschaftsschutzgebiete nach dem § 8 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes ausgewiesen haben, dass wir geschützte Landschaftsteile nach dem § 12 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes ausgewiesen haben. Die Naturhöhen hast du angesprochen, was die Fledermauspopulationen betrifft, hier ist die Steiermark auch in vorbildlicher Weise unterwegs. Ich darf daran erinnern, dass wir einen Nationalpark Gesäuse in der Steiermark als Naturschutzgebiet hier als Vorzeigeregion ausweisen oder hier präsentieren können. Ich darf daran erinnern, dass die Steiermark

Europaschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete ausgewiesen hat nach dem Steiermärkischen Naturschutzgesetz § 9, und voller Stolz können wir auch unsere Naturparke, die sieben Naturparke der Steiermark hier anführen, wenn es darum geht, Vorbild für den Naturschutz zu sein, wenn es darum geht, langfristig auch Aktivitäten zu setzen, um die Biodiversität und die Zukunft unserer Insekten, die nachweislich, und das ist ja uns allen bewusst, für die Bestäubung der Blüten von entscheidender Bedeutung ist, die nachweislich natürlich auch als Nahrungsquelle für die Vögel von entscheidender Bedeutung ist. Hier ist die Steiermark aber im nationalen, internationalen Vergleich ein Vorbildbundesland. Wir sind allerdings alle gefordert, auch dementsprechend Maßnahmen zu setzen, wenn es um die weitere Entwicklung geht. In diesem Sinne bitte ich, die Stellungnahme auch zur Kenntnis zu nehmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.45 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ.

LTAbg. Klimt – Weithaler – KPÖ (11.46 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream und liebe Schüler und Schülerinnen, die ihr euch jeden Freitag auf die Straße bewegt, und für eine bessere Umwelt und für Klimaschutz kämpft!

Genau diese Debatte hier zeigt, wie wichtig das ist, dass ihr auf die Straße geht. Ich möchte mich hier wirklich in aller Form für euer Engagement bedanken. Und es platzt mir fast der Kragen, wenn ich die Argumentationslinien jetzt von Kollegin Kolar und auch vom Kollegen Lang verfolge.

Du hast das Beispiel mit dem Wasserglas gebracht, und hast gesagt, naja, die Sandra pickt sich da einen Tropfen heraus und eigentlich müsste man ja das ganze Große betrachten. Ich bringe dir jetzt auch einen Vergleich mit dem Wasserglas. Deine Argumentation ist gleich, wie wenn ich jemandem, der mir sagt: „Du, ich bin fast am Verdursten“, sage „naja, aber das wird deinen Durst nicht löschen, darum gebe ich dir nicht einmal einen Tropfen oder einen Schluck davon.“ Das ist doch eine scheinheilige Debatte, die hier geführt wird, dass man hergeht und sagt, das ist alles so schlimm und tragisch und furchtbar, aber das können wir da nicht lösen. Das stimmt einfach nicht. Der Antrag, der von den Grünen jetzt schon zum zweiten Mal hier am Tisch liegt, ist einer, für den das Land Steiermark zuständig ist. Und deswegen haben wir uns das letzte Mal ja auch schon so geärgert, warum da so getan wird, als

könnte die EU hier einiges lösen, aber uns sind die Hände gebunden. Ja selbstverständlich wünsche ich mir auch eine große Lösung, aber darum ist es ja auch von Seiten der SPÖ eine scheinheilige Debatte, hier so zu tun, wie, „wir fordern jetzt auf EU-Ebene, allen voran unsere geschätzte Präsidentin, dass es hier zu einem Verbot kommt“, aber dort, wo wir etwas tun könnten, tun wir nichts. Warum ist denn das so? Weil da ganz andere Lobbies dahinterstehen und da bin ich jetzt auch schon bei der Landwirtschaft und beim Naturschutzgesetz.

Wir werden hier ja auch von der KPÖ auch ein bisschen belächelt, wenn wir über Landwirtschaft reden, aber ich darf dir jetzt etwas erzählen. Franz Titschenbacher, der dir ja sicher ein Begriff sein wird, habe ich erst vorigen Freitag getroffen, weil er nämlich bei uns im KPÖ-Bildungsverein war. Er hat sich nicht gescheut, zu einer Diskussion zu kommen, wo wir über die Nahrungsmittelindustrie und die steirische Landwirtschaft diskutiert haben. Wir haben es vielleicht ein bisschen provokant „Veggy-Day und Bauernsterben“ genannt, und es ging uns wirklich über die steirische Landwirtschaft, um die steirischen Bauern und Bäuerinnen, die sich sozusagen zwischen EU-Richtlinien und Nahrungsmittelindustrie bewegen müssen. Die weiteren DiskutantInnen waren die von mir beide sehr geschätzten – ich schätze auch den Herrn Titschenbacher sehr – Kathi Dialath, eine Biobäuerin aus der Obersteiermark, u.a. die Obfrau der ARGE Streuobst, und Peter Kerschbaumer, seines Zeichens Biobauer in Markt Hartmannsdorf, der Ursteirerhof ist dir vielleicht auch ein Begriff. Und es war eine äußerst interessante Diskussion und ich kann jetzt nicht alles wiedergeben, aber was mich sehr beeindruckt hat, war, dass Franz Titschenbacher ..., wir waren nicht immer alle einer Meinung, es war eine angeregte Diskussion auch im Publikum, aber auch Franz Titschenbacher hat gesagt, ja, es gibt viel zu tun und manches ist ein bisschen schwierig, weil man eben sozusagen, also so hat er es wortwörtlich nicht gesagt, man aber viele Seiten bedienen muss.

Und jetzt bin ich beim Naturschutzgesetz. Du hast das da noch einmal aufgelistet. Ich bin auch in diesem Unterausschuss gesessen und du hast jetzt diese positiven Veränderungen herausgestrichen. Was du aber nicht dazu sagst, ist, dass der Entwurf – und Gabi Kolar wird mir das bestätigen können, den wir hier am Tisch hatten, ja weitaus weitreichender war. Sehr viele Dinge hätten wir da gehabt. Ich kann mich an heiße Debatten erinnern, gell Lambert Schönleitner, wo wir gesagt haben, nein, entweder steht jetzt der Naturschutz im Mittelpunkt – und bei einem Naturschutzgesetz sollte ja eigentlich der Naturschutz im Mittelpunkt stehen – oder wir nehmen da überall Rücksicht. Letztendlich, sage ich jetzt einmal, war auch dieses Naturschutzgesetz, darum haben wir dem dann auch nicht unsere Zustimmung gegeben, ein

sehr, sehr großer Kompromiss und jetzt haben wir wieder dieses Problem mit diesem Glyphosatverbot, wo man sagt: „Naja, das muss da oben gelöst werden, da machen wir große Werbung dafür, und da fahren wir raus.“ Und dort, wo wir etwas tun können und handlungsfähig sind, da ziehen wir uns zurück und sagen: „Naja, das ist ja nur ein kleiner Tropfen.“ Wenn jemand einen Durst hat, dann muss man ihm was zu trinken geben und das würde ich gerne tun und deswegen werden wir sehr gerne den beiden Entschließungsanträgen der Grünen unsere Zustimmung geben. Dankeschön. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 11.51 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Friedrich Reisinger von der ÖVP.

LTAbg. Reisinger – ÖVP (11.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Ja, die Frage der Biodiversität ist ein wichtiges Thema und ich glaube, dass auch das Bewusstsein in der Bevölkerung dafür ein sehr hohes ist und deshalb gibt es auch jetzt schon viele Aktionen, die bereits gesetzt wurden und auch in Umsetzung sind. Zum Thema Glyphosat, hier gibt es ein ganz klares Bekenntnis dazu, dass wir auch zum Verbot des Glyphosats stehen, wenn es dafür vernünftige Alternativen gibt und wenn es dafür auch ein EU-weites Bekenntnis gibt. Und ich werde Ihnen auch erklären, warum das so wichtig ist. Sie schreiben mehr oder weniger aufgeregt in Ihrem Antrag, „das Totalherbizid reduziert die pflanzliche Artenvielfalt auf dem Acker“. Ja, Gott sei Dank, ist das so. Deshalb wird es auch eingesetzt. Ein Kartoffelacker ist ein Kartoffelacker, ein Getreideacker ist ein Getreideacker, ein Maisacker ist ein Maisacker und ein Salatfeld ist ein Salatfeld. Und da kann sonst nichts wachsen und diese Frucht überwuchern. Wir haben auch den Auftrag, die Menschen zu ernähren und das geht eben nur einmal auf einem Acker, der auch mehr oder weniger eine Monokultur ist. *(LTAbg. Schönleitner: „Aber die Biobauern können es ja!“)* Die Träumerei von Perma-Kulturen sind schön, die können einzelne machen, aber damit kannst du die Menschheit ganz bestimmt nicht ernähren. Das, was wir aber sehr wohl können, das ist – und das machen unsere Bauern, vor allem in der Steiermark, und auch in Österreich, und ja, auch in großen Teilen Europas so –, es werden Blühstreifen neben den Äckern angelegt. Und in der Steiermark haben wir hier mehr als 3.800 Hektar an ökologisch wertvollen Flächen, wo sich diese Insekten vermehren können, wo Schmetterlinge fliegen können, wo Pflanzen blühen

können, wo sich auch die Hasen drinnen aufhalten können. Es gibt auch diese Flurgehölze um die Äcker herum, das sind alles Maßnahmen, die auch zur Biodiversität beitragen und die werden sehr wohl von unseren Bäuerinnen und Bauern sehr aktiv auch umgesetzt. Und selbstverständlich gibt es auch auf den Äckern eine Fruchtfolge, das ist auch ganz klar. Und wir sehen ja, wohin es führt, wenn man jetzt nur kleinregional gewisse Verbote macht. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass in Österreich derzeit die Kartoffeln – die Erdäpfel, wie wir sagen – knapp werden. Und, naja, was machen wir? Wir importieren sie eben aus jenen Ländern, wo es diese Verbote zum Pestizideinsatz nicht gibt. Das ist nicht unser Zugang. Wir wollen eine bäuerliche und kleinstrukturierte Landwirtschaft erhalten und da ist es wichtig, dass wir auch am europäischen Markt konkurrenzfähig bleiben. Ja, zu dieser Naturnutzungsabgabe in Ihrem Antrag, ja, als Regierungspartei müsste man eigentlich sagen, eine „Klasse“ Geschichte, da kommt ein wenig Geld herein. *(LTAbg. Schönleitner: „Genau richtig!“)* Da können wir dann wieder ein wenig verteilen. Nur, wir sehen das eben auch einen Schritt weiter, alles, was du an neuen Abgaben irgendwo lukrierst, das muss auch jemand bezahlen und am Ende des Tages bezahlt das immer wieder der Konsument. Und wir sind hier schon oft beisammengesessen, ich bin noch nicht so lange herinnen, aber ich glaube, es hat noch keine Sitzung gegeben, wo wir nicht über die hohen Wohnkosten gesprochen haben, über die steigenden Preise allgemein. Wenn man hier eine Naturnutzungsabgabe einführt, dann muss einem auch klar sein, dass damit Baugrund teurer wird. Wenn Baugrund teurer wird, wird der Wohnungsbau teurer und damit auch die Wohnkosten. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Nein, weil es ist meine Frage, wer diese Naturnutzungsabgabe bezahlt!“)* Vielleicht fehlt einfach nur die konkrete Angabe, wie diese Naturnutzungsabgabe geplant ist, dann ist es ganz klar, wir sagen nein zu neuen Steuern und zu neuen Abgaben. Zuerst schauen wir einmal, dass wir mit dem vorhandenen Geld, dass wir das sinnvoll und gut einsetzen zum Wohle der steirischen Bevölkerung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.56 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Sandra Krautwaschl. Bitteschön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.56 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Mir ist jetzt fast ein wenig schwindlig vor lauter Doppelbotschaften, die da von meinen Vorrednern auf mich eingetrommelt sind. Als Erstes darf ich zu dir kommen. Auf der einen Seite ist die Steiermark immer zu klein, um irgendetwas zu tun, oder man kann nur alles im

Großen lösen – sprich Glyphosat. Auf der anderen Seite Naturnutzungsabgabe: Wenn es die in acht anderen Bundesländern gibt, dann sind wir irgendwie die Einzigen, die es aus was für komischen Gründen auch immer nicht machen können – passt für mich ganz und gar nicht zusammen und ist, glaube ich, ein Teil des Problems. Man priorisiert einfach etwas Anderes. Und ich habe ja versucht, und ich glaube, ich bin ja damit nicht allein, die sich Sorgen macht, Claudia hat es auch genannt, es sind zunehmend mehr junge Menschen, die sich Sorgen um unsere Umwelt, um unser Klima machen. Und all das zusammen, lieber Hubert, natürlich, ich habe vielleicht diesmal, einmal, das Wort Klima nicht erwähnt, wobei ich es schon 100 Mal in dem Zusammenhang sicher erwähnt habe, gefährdet unsere Ökosysteme und unser Leben letztendlich auf diesem Planeten. Also, wenn ich eine Ursache heute vergessen habe, man möge mir das nachsehen, aber es ist die Summe der Faktoren. Es ist das, was wir hier auf diesem Planeten in der Steiermark, aber auch ganz konkret machen, was Lebensräume von Arten immer mehr einschränkt. Und du hast ganz viel aufgezählt, was ich total lobenswert finde, ja, was wir alles haben in der Steiermark. Ganz viel davon gäbe es nicht, wenn nicht massiv über Jahre und Jahrzehnte die Grünen sich dafür eingesetzt haben, was du jetzt lobst. Also lobst du uns eigentlich damit auch. (*Beifall bei den Grünen*) Ich nehme das auch als ein Lob für uns ein bisschen jetzt in Anspruch. Danke dafür, dass es das gibt – ist gut, richtig und soll natürlich auch weiter bestehen bleiben und mehr davon. Aber, und das ist das große Aber, wir sehen einfach, es reicht nicht, und jetzt bleibe ich bei dieser Artensache, es reicht nicht, um das Problem zu lösen und auch eine Biodiversitätsstrategie 2020 reicht nicht. Papier ist geduldig, das wissen wir, alle Strategien werden erst dann wirksam, wenn man sie mit Leben erfüllt, wenn man sie in die Tat umsetzt und wenn man das tut, was möglich ist. Und es hat mir jetzt trotz all eurer Bemühungen noch niemand hier im Raum erklären können, warum es nicht möglich sein soll, für die private Anwendung, und ich habe dezidiert nur von der gesprochen heute, wenn ich ganz genau aufpasse, dass ich ein gewisses Wort nicht in den Mund nehme, sondern nur von der privaten Anwendung spreche, um die es heute geht, das zu verbieten in der Steiermark, um ein klares Zeichen zu setzen für das, was wir wollen. Wo ihr immer sagt, das wollt ihr alle mit uns gemeinsam, ihr seid quasi ganz auf unserer Linie, warum soll das nicht gehen? Es ist in Kärnten gegangen, ich glaube nicht, dass da irgendetwas Schlimmes passiert ist, aber vielleicht weiß Herr Landesrat da dann Genaueres darüber. Ich habe noch nichts gehört, ich glaube, dort hat es funktioniert. Und die Erklärung ist ausständig, warum es hier nicht funktionieren soll. Und da bin ich auch in dem Fall ganz bei dir, Claudia. Da mögen wohl andere Gründe dahinterstecken, aber nicht der Grund, dass

es nicht gehen kann und dass es nicht ein wichtiges Zeichen wäre für unsere Bevölkerung, dass sich diese Landesregierung dafür ausspricht ganz klar dieses Glyphosat und andere entsprechend giftige Mittel für die private Anwendung endlich zu verbieten und es wegzulassen. Abschließend, es ist im Grunde von meiner Seite her alles gesagt, verstehe ich es nicht, was hier euch daran hindert, außer eben diverse andere hintergründige Interessen. Es ist, und es muss in einer Zeit wie dieser das größte und prioritäre öffentliche Interesse sein, Ökosysteme zu schützen und unsere Artenvielfalt zu erhalten und dazu könnten unsere beiden Entschließungsanträge, wenn Ihr sie heute annehmt, einen wesentlichen Beitrag leisten – die Naturnutzungsabgabe zweckgewidmet für Naturschutz und ein Glyphosatverbot für die private Anwendung. Ich bitte daher noch einmal, überlegt euch das, ob ihr dem nicht zustimmen könnt. Es wäre dann etwas, was eben nicht nur ein grünes Mäntelchen ist, sondern etwas, was wir hier konkret tun könnten. Danke. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 12.01 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet, Herr Abgeordnete Hubert Lang. Bitteschön, Herr Kollege.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (12.01 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Mein Wasserglas wird noch berühmt, liebe Frau Kollegin Klimt-Weithaler, liebe Claudia. Ich muss dir Recht geben, was das Wasserglas betrifft. Aber in einem gebe ich dir nicht Recht: Ich bin mit dem Tropfen nicht zufrieden, sondern wir brauchen die Gesamtlösung. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Dann fangen wir an mit dem Tropfen.“)* Wir brauchen die Gesamtlösung, wir müssen das gesamte Wasserglas betrachten und nicht nur uns einen Tropfen hier herausnehmen.

Meine Damen und Herren, es sind viele Dinge angesprochen worden, was wir tun können, was wir tun müssten, aber bei Weitem ist nicht alles angesprochen worden. Es ist das Thema Landwirtschaft angesprochen worden, es ist das Thema Klima angesprochen worden. Es hat niemand bis jetzt angesprochen – und Sie wissen das, das ist auch in der Abteilung dementsprechend dokumentiert, dass es wesentlich mehr Flächen gibt: Der Schutz der Almen, ein großes Anliegen, wir verlieren an Almflächen, die Bewirtschaftung der Almen ist ein entscheidender Faktor. Hier die dementsprechenden Blüten für die Insekten sicherzustellen, also Absicherung der Almen ein großes Thema. Die öffentlichen Einrichtungen, ob das jetzt

die Straßenränder sind, ob das Parkanlagen sind, sind nicht angesprochen worden. Liebe Sandra, warum forderst du nicht ein, dass in öffentlichen Einrichtungen die Grünflächen mit dementsprechender vielfältiger Saat ausgerichtet werden, dass Blühwiesen entstehen. (*LTA*bg. Schönleitner: „Das tun wir ja dauernd. Unglaublich!“) Bitte gar schön, es gibt viele Möglichkeiten, und darum lege ich darauf Wert, nicht nur einen Tropfen zu sehen, sondern viele Möglichkeiten. Die Mähzeitpunkte sind angesprochen worden. Liebe Sandra, warum wird nicht eingefordert, schauen wir uns das an, in öffentlichen Einrichtungen, können wir hier die Mähzeitpunkte möglicherweise uns anschauen, dass wir hier eine Regelung treffen, um die Blüten abblühen lassen zu können. Das sind Bereiche, die überhaupt nicht angesprochen worden sind, oder waren.

Jetzt soll man den Grünen in ihrer Strategie Tipps geben oder sie beraten, wie man Grüne Politik möglicherweise einfordert, aber das sind doch Dinge, die muss man in der Breite sehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die privaten Gärten sind nicht angesprochen worden (*LTA*bg. Krautwaschl: „Oh ja!“) – die privaten Gärten, die Mähroboter, ein hervorragend schöner, gestalteter Garten. Das ist doch tatsächlich auch ein Thema, wo hier jeder beitragen kann den Mähroboter, den Roboter, den Rasenmäher nur dann einzusetzen oder erst dann einzusetzen, wenn die wichtigsten Blüten abgeblüht sind. Das sind bewusstseinsbildende Maßnahmen. Ich bitte auch diese Maßnahmen in Betracht zu ziehen, wo jeder einzelne Bürger einen Beitrag leisten kann. Es ist nicht angesprochen worden, dass es gerade für die Insekten, für die Wildbienen, die Möglichkeiten gibt, mit dementsprechend Brutplätzen, Unterschlupfmöglichkeiten, wir haben das Thema hier schon einmal behandelt, Insektenhäuser. Insektenhäuser zu bauen ist eine relativ einfache Aufgabe, würde aber unsere Insekten in ihrer Weiterentwicklung nicht nur schützen, sondern auch eine Lebensgrundlage sichern. Das kann jeder von uns, jeder Balkonbesitzer, jeder Gartenbesitzer kann sich hier miteinbringen und aktiv für den Insektenschutz, für die Biodiversität hier aktiv werden. Darum ist jeder Einzelne von uns gefordert und das bitte nicht nur einseitig zu sehen, sondern die ganze Breite, wenn es darum geht, unsere Zukunft abzusichern und die Vielfalt der Insekten, der Artenvielfalt sicherzustellen. In diesem Sinne herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.05 Uhr*)

Präsidentin Khom: Zu Wort gemeldet hat sich nun Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitteschön, Herr Klubobmann.

LTabg. Schönleitner – Grüne (12.06 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Landesrat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Hubert, also, was du da immer lieferst bei diesen Debatten, das wird für mich immer unerklärlicher. Das muss ich dir ganz offen und ehrlich sagen. Erstens war schon einmal von Beginn an erstaunlich, dass Sandra von der Landwirtschaft heute ganz wenig geredet hat – eigentlich gar nicht. Sie hat von Glyphosat geredet, von der Naturnutzungsabgabe, aber ihr geht her, und das finde ich wirklich erstaunlich bei der ÖVP und bei den Bauernbundfunktionären, und zieht das Thema an euch und geht dann in die Verteidigung quasi des letzten Jahrtausends und Jahrhunderts. Nämlich, wo man noch einen ganz anderen Zugang gehabt hat, du verkörperst das voll und ganz zu 100 % für mich, wo man gesagt hat, es geht ohne Gift nicht, wir brauchen das Glyphosat, wir brauchen die Insektizide. Wir brauchen alles, sonst werden wir uns nicht ernähren können und verhungern. Das ist die Falle des vorigen Jahrhunderts. Weil, ich sage dir ganz ehrlich, auch eure Bauern, auch da in der ÖVP gibt es solche, Gott sei Dank gar nicht mehr so wenige, die gehen schon in eine ganz andere Richtung. Die gehen in die Qualitätsschiene, die sind den Bio-Weg gegangen, die verzichten auf Glyphosat. Freilich ist das nicht immer einfach, da bin ich ganz bei euch, das geht nicht von heute auf morgen, das ist ein Umstellungsweg. Aber das Gute ist doch, die haben sich dafür entschieden diesen Weg zu gehen, weil sie nämlich auf etwas draufgekommen sind, dass auch der Preis für das Produkt besser bezahlt ist, immer noch nicht gut genug, das wissen wir, da müssen wir noch viel tun, die Landwirte dabei zu unterstützen, dass sie den Preis kriegen, was sie an Qualität auch auf unsere Teller liefern. Aber den Weg zu gehen, den du dauernd gehst und den ihr geht, dass ihr sagt: „Das ist ja alles schlimm, das ist ja alles gegen die Landwirtschaft, das ist ja alles furchtbar“, weißt du, wo uns der Weg hingeführt hat? Der hat uns genau dorthin geführt, dass die Schweinebetriebe, zu denen wir noch vor zehn Jahren gesagt haben: „Ihr müsst auf 500 bis 1.000 Mastschweine gehen“, dass die heute schon wieder nicht mehr leben können, weil sie in den internationalen Wettbewerb der Quantität hineinkommen und nicht der Qualität, wo es um das Produkt geht, um die Qualität, und dann wieder vor die Hunde gehen. Ja, diese Betriebe können heute fast nicht mehr übernommen werden von den Hofnachfolgern, und das verdrängt ihr. Und darum verstehe ich das nicht, das war ja sogar in der letzten Legislaturperiode in der ÖVP schon besser, dass man hier einen innovativeren Weg gegangen ist und gesagt hat: „Wir müssen unterstützen.“ Und alle Dinge, die du dann da aufgezählt hast in der Steiermark, bis hin zum Wachtelkönig – warst du das, oder war es die Gabi, irgendwer hat den erwähnt, den

Crex crex, den kenne ich natürlich persönlich gut. (*LTabg. Schwarz: „Hast du den auch schon gesehen, Lambert?“*) Tut ihr jetzt auch schon so? Ja, weil der hat nämlich wirklich Handschlagsqualität im Vergleich zur Landesregierung, sage ich euch. Tut ihr auch schon so, als hättet ihr seinerzeit diesen Vogel geschützt, als wärst du ein Wachtelkönigschützer gewesen und die ÖVP. Jeden Nationalpark, jeden Naturpark hast du heute erwähnt, für das, was wir uns viele Umweltinitiativen, auch unabhängige, Jahrzehnte in diesem Land gekämpft haben. Ja, wer waren denn unsere Gegner? Ja, auch die ÖVP, Hubert Lang, falls es dir noch nicht aufgefallen ist. Aber dass du jetzt hergehst und sagst: „Das ist alles super, der Wachtelkönig, die Naturschutzpolitik, die ÖPUL-Flächen“, ja, da hat es ja auch Leute gebraucht, die Pioniere waren und ich würde mir ganz einfach wünschen, (*Landesrat Lang: „Das waren aber nicht die Grünen in der Steiermark!“*) ja, lieber Kollege Lang, das waren wir in vielen Bereichen, das kann ich dir sagen, das waren in vielen Bereichen die Grünen, die etwas weitergebracht haben, (*Landesrat Lang: „In welcher Verantwortung?“*) und sehr oft, Kollege Lang, und sehr oft waren es auch Schulterschlüsse zwischen der ÖVP und den Grünen. Ich darf dir hier ein Beispiel nennen, das nenne ich dir gerne, weil es vor meiner Haustür liegt, das war der Nationalpark Gesäuse, der eigentlich nach einer Befragung in Admont schon so gut wie Geschichte war, dann noch einmal gestartet wurde, weil Herr Landesrat Pörtl aus der ÖVP gemeinsam mit Grünen, auch mit mir, gesagt hat, das können wir doch nicht tun, dass wir dieses wichtige Projekt fallen lassen. Das war eine ÖVP-Grüne-Initiative und die hat dem Land gutgetan. Da haben wir für eine Mehrheit gesorgt. Ich könnte dir hier noch viele Beispiele sagen von Projekten in der Steiermark, wo man zuerst zehn Jahre lang gesagt hat, das darf alles nicht sein, das könnte ein Schaden für das Land sein, und am Ende, und das ist wichtig, haben wir es im Interesse der Bevölkerung und sehr oft, lieber Hubert, auch im Interesse der Landwirtschaft umgesetzt. Und ich finde das ja geradezu erstaunlich, weil Sandra Krautwaschl hat heute wieder einen sehr guten Antrag, den wir ja nicht das erste Mal einbringen, auch von der KPÖ ist es immer wieder gekommen, zur Naturnutzungsabgabe eingebracht. Das finde ich ja erstaunlich, dass wir in der Steiermark offenbar wirklich zum Schlusslicht im österreichweiten Vergleich werden. Das tut mir zum Beispiel weh. Als ehemaliges Umweltmusterland müssen wir heute hier einbekennen, dass wir das einzige Bundesland sind, wo es keine Naturnutzungsabgabe gibt. Was heißt denn das, lieber Hubert? Das Geld fehlt nicht nur für die Umweltmaßnahmen und für die Naturschutzmaßnahmen, auch da würden wir es brauchen, sondern weißt du, wo es noch fehlt? Das sage ich schon zehn Jahre da herinnen im Landtag, auch für den

Vertragsnaturschutz, dort, wo es darum geht, Landwirtinnen und Landwirten dabei zu unterstützen, wenn sie Flächen einbringen und ökologische Werte schaffen, dass wir ihnen eine Gegenleistung geben können. Aber ihr geht her, das ist alles des Teufels, das ist alles schlecht für das Land, schlecht für die Bauern. Und ich sage euch ehrlich, wenn ihr so weitermacht, (*LTabg. Hubert Lang: „Wir machen den Vertrag nicht!“*) dann macht ihr wirklich eine Kehrtwende ins letzte Jahrtausend und das ist eigentlich wirklich dramatisch und dreist. In der Politik gibt es immer einen Wert, Hubert, das weißt du, das ist wie in der Landwirtschaft, ja, das ist die Glaubwürdigkeit, und da drehe ich mich jetzt schon auch um, oder wo ist Frau Präsidentin Vollath, ich weiß nicht, ist sie jetzt herinnen, oder nicht, oder an den Hubert Lang, das ist schon das, dass man irgendwann dann auch, wenn man etwas ankündigt (*Landesrat Lang: „Lang, Lang!“*) und was sagen muss, Lang und Lang, genau, (*LTabg. Schwarz: „Aber Klavier spielen kann er nicht!“*) ja, genau, dass man es dann (*Landesrat Lang: „Den kann man sich nicht leisten!“*) der spielt aber gut Klavier, besser als ihr eure Politik macht, Kollege Schwarz, so ist das. (*LTabg. Schwarz: „Herrlich, herrlich!“* – *Landesrat Lang: „Aber darum sind wir in der Regierung!“*) Dass man in der Glaubwürdigkeit – ja, noch seid ihr in der Regierung, nur, wenn ihr so weitermacht, könnt ihr entweder der ÖVP beitreten, oder aus der Regierung austreten. (*Landesrat Lang: „Oder zu den Grünen!“*) Aber die andere Sache ist die, (*LTabg. Schwarz: „Oder in den Nationalrat!“*) und auf das wollte ich hinaus, dass ihr euch nicht noch weiter hineinverfehlt, weil dann kommen wir in eine Zwischenrufdebatte, die nicht schlecht sein muss, die kann auch von hoher Qualität sein, aber ich wollte sagen, dass die Glaubwürdigkeit in der Politik das Wichtigste ist. Und wenn die ÖVP dauernd sagt: „Wir sind für Umwelt, wir sind dafür, dass die Landwirte unterstützt werden sollen“, dann müsst ihr eben irgendwann auch einmal den Mumm haben und den Mut haben, auch, wenn ein guter Vorschlag von den Grünen kommt, (*LTabg. Schwarz: „Wenn einmal ein guter kommen würde!“*) oder von jemand anderem, machen wir es gemeinsam für das Land. Und ich erwarte mir genauso von der SPÖ, Kollege Lang, wenn Bettina Vollath und wenn Andreas Schieder landauf, landab predigen, jeden Tag, ich beobachte das derzeit in den Medien, (*Landesrat Lang: „Fleißig sind sie!“*) „Glyphosat ist schlimm, da müssen wir etwas dagegen tun“, die SPÖ versucht sich als Umweltpartei, wenn sie aber beim kleinsten Gegenwind hier herinnen ganz einfach umfällt – das ist ja auf 100 Meter im tiefen Bodennebel erkennbar, dass die SPÖ schon wieder umgefallen ist –, dann stimmt etwas nicht. Dann ist das keine Glaubwürdigkeit, dann ist die Regierung nicht glaubwürdig, aber das Schlimmste ist, das ist schlecht für die Steiermark. Ich möchte, dass die

Steiermark Nummer eins wird, dass wir wieder Umweltlandesrat Nummer eins werden, und derartige Debatten (*LTabg. Schwarz: „Der Umweltlandesrat Nummer eins ist da!“*) machen mich diesbezüglich nicht sehr zuversichtlich, Kollege Schwarz. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 12.13 Uhr*)

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich der zuständige Landesrat, Anton Lang. Bitteschön, Toni.

Landesrat Lang (12.14 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Spannende Debatte. Geschätzte Kollegin Krautwaschl, liebe Sandra, du stellst dich da heraus und agierst so, als ob du die Einzige wärst, natürlich mit deinen grünen Kolleginnen und Kollegen, und auch mit Unterstützung jetzt von Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, der diese Thematik bewusst ist, die sich bei dieser Thematik auskennt, und die Einzigen in der Steiermark sind, die auch ein Rezept haben, um dem entgegenzuwirken. Und, liebe Kollegin, ich sage dir hier wirklich mit ruhigem Gewissen, dem ist nicht so. Auch mir als zuständigem Landesrat ist diese Thematik bewusst, es ist der Landesregierung bewusst, es sind hier verantwortungsvolle Landtagsabgeordnete, denen das bewusst ist, das ist es auch diesen Stakeholdern, die heute hier mehrfach angesprochen worden sind, aber vor allem auch der Landwirtschaftskammer bewusst, dass man bei dieser Thematik etwas machen muss. Und ich sage hier ganz klar und deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor meiner Zeit, und ich darf jetzt knapp drei Jahre zuständiger Landesrat sein, auch vor meiner Zeit war das den Verantwortungsträgern bewusst und man hat auch damals schon viele, viele Projekte gemacht, Monitorings. Kollegin Gabi Kolar und Kollege Hubert Lang haben heute beispielhaft hier einige Projekte aufgezählt. Ich könnte jetzt ohne zu übertreiben dutzende Projekte sofort hier anführen, beschreiben, und auch über deren Auswirkungen dann letztendlich diskutieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist jetzt zum Schluss von Klubobmann Lambert Schönleitner immer das Land Steiermark als ehemaliges Vorzeigeland, was Umweltschutz, Klimaschutz, betrifft, angeführt worden. Wir vergleichen uns, natürlich vergleichen wir uns mit anderen Bundesländern. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Sie beruhigen, wir sind noch immer in vielen, vielen Bereichen Vorzeigeland was Umweltschutz, Klimaschutz, Tierschutz, Naturschutz betrifft, wir sind es noch immer – und das, meine Damen und Herren, verglichen

mit Bundesländern, wo die Grünen in Regierungsverantwortung sind, und da schneiden wir nicht nur gut ab, wir schneiden besser ab. Bei uns sind aber die Grünen nicht in Regierungsverantwortung. Jetzt kann vielleicht jeder daraus Schlüsse ziehen, was das bedeutet, aber wir brauchen uns nicht zu verstecken, wir sind in fast allen Bereichen und Themen ganz vorne dabei in Österreich. Und wenn hier das Naturschutzgesetz, das neue Naturschutzgesetz kritisiert wurde, dann darf ich auch dazu sagen, auch das ist ein Vorzeigeprojekt. Viele, viele andere Bundesländer, und es wäre vielleicht nicht schlecht, Kollege Schönleitner, wenn du dich einmal bei deinen Regierungskollegen der Grünen in anderen Bundesländern erkundigst, dass man da sehr wohl in die Steiermark schaut und sagt: „Ja, da ist etwas gelungen.“ Und meine Damen und Herren, es geht auch darum, dass man so ein Gesetz dann in der Praxis lebt. Und da ist es notwendig, dass man sich vielleicht auch Monate, Jahre, zusammensetzt, berät, und dann gemeinsam etwas einbringt, was auch dann umsetzbar ist in der Steiermark.

Und jetzt noch ein paar Aussagen zum Glyphosat, was ja heute hier ein wichtiges Thema ist. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der KPÖ, ich bin mir sicher, dass ihr es ohnehin wisst, aber ich wiederhole es noch einmal, ihr wisst genau, dass man sich geeinigt hat, dass hier über den Bund und die Länder eine Studie in Auftrag gegeben worden ist, wie es mit dem Glyphosat aussieht. Wenn Sie das weltweit beobachten, kann man sagen, da gibt es eine Mehrheit für Glyphosat, auf der anderen Seite gibt es eine Mehrheit gegen das Glyphosat. Also da werden Sie sagen, zwei Mehrheiten gibt es nicht, aber das ist so. Weil, wenn ein Gutachten bekannt, veröffentlicht wird, hat sofort die Gegenseite auch ein Gutachten parat, dann kann man sich selbst seine Meinung bilden. Ich persönlich, und, geschätzte Kollegen der Grünen, meine Meinung ist ja bekannt, habe 2016, da bin ich ganz kurz Landesrat gewesen, gesagt: „Im Straßenerhaltungsdienst der Steiermark, sprich, auf unseren Straßen, wird das Glyphosat verboten.“ Das war so. Das habe ich gemacht. Ich will es nur noch einmal in Erinnerung rufen. Und wir werden natürlich auch – und wir sind in Abstimmung mit dem Kollegen Seitinger, wenn diese Studie vorhanden ist – uns beraten und sagen, was können wir da in der Steiermark machen? Und wenn man heute hier sagt, naja, in Kärnten hat man doch auch ein privates Verbot von Glyphosat durchgesetzt, dann sage ich, ja, ist in Ordnung. Aber das kann bitte nur der erste Schritt für mich sein. Geschätzte Damen und Herren, es muss mir nur hier einmal jemand erklären, wie man so ein privates Verbot von diesem Glyphosat letztendlich kontrollieren wird? Es ist nur die Frage. Wir müssen, (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „Unverständlicher Zwischenruf!“) nein, Frau Kollegin, Sie müssen einmal

akzeptieren, dass wir auch eine Meinung haben dürfen. (*LTabg. Schönleitner: „Herr Landeshauptmann Kaiser ist ein sehr vernünftiger Mensch!“*) Ja, das ist ein sehr vernünftiger Mensch, und ich sage ja, das ist der erste Schritt. Ja, bitte, es kann ja nicht sein, dass wir den Privaten etwas verbieten, und dann sagen wir, das ist schon ein super Erfolg. Nein, ich gehe einen Schritt weiter. Wir müssen das Glyphosat nämlich europaweit im Verkauf verbieten, geschätzte Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und nicht in der Anwendung. Und das ist die Lösung, weil ansonsten werden wir immer wieder Glyphosat in Verwendung haben. Ich möchte nicht wissen, wie viel Glyphosat in den privaten Haushalten lagert und in welcher Form auch immer, und wie diese ganzen Artikel heißen. Da bin ich sicher, dass das in Kärnten genauso sein wird, und ich bin schon gespannt, wie man das Ganze kontrollieren wird. Aber, meine Damen und Herren, meine Meinung kennen Sie, ich bin für ein Glyphosat-Verbot und wir werden da auch nach dem Vorliegen dieser Studie entsprechende Beratungen in der Steiermark führen.

Was die Naturnutzungsabgabe betrifft, muss ich natürlich auch etwas sagen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in allen Bereichen, nicht nur in den von euch angeführten Bereichen – also was ihr da aufgezählt habt, ist natürlich ganz klar, man könnte immer mehr Geld gebrauchen. Aber, und das kann ich da jetzt von meinen drei Jahren sagen, wir haben bisher alle notwendigen Maßnahmen im Naturschutz, im Klimaschutz, in all diesen Bereichen, auch im Tierschutz, finanzieren können. Wir haben alles gemacht, wir haben also hier alle Zahlungen, die notwendig waren in diesem Bereich, der angeführt wurde, wo es also zu Grundstücksverkäufen, Ablösen, usw. gekommen ist, all unsere finanziellen Verpflichtungen erfüllen können. Meine Meinung kennen Sie, ich bin ein grundsätzlicher Gegner von neuen Abgaben, von neuen Steuern. Mich wundert es ein bisschen, Kollege Schönleitner, jetzt schaue ich wirklich in deine Richtung, (*LTabg. Schönleitner: „Bundes-SPÖ.“*) du hast mir da vorgehalten, es war bei der Debatte im Dezember, aber auch schon vorher, dass du gesagt hast: „Naja, das wird schon klar sein, wie ihr das wollt, den Landeshaushalt konsolidieren, weil da werdet ihr schon neue Steuern, neue Abgaben erfinden“, ich kann mich auf dieses Wort noch erinnern, (*LTabg. Schönleitner: „Das war nicht von mir. Nein!“*) das ist sicher von dir gekommen, und ich habe damals schon gesagt, nein, wir werden diesen Landeshaushalt konsolidieren ohne neue Steuern und Abgaben. Und genauso ist es beschlossen worden. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Debatte ist wichtig und ich bin in einem Punkt der gleichen Meinung wie Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, es ist richtig und wichtig, dass auch die

Jugend ihre Stimme erhebt. Genau richtig. Es ist richtig und wichtig, dass man hier also auf die Straße geht. Nur eines, geschätzte Damen und Herren, muss uns allen bitte bewusst sein: Umweltschutz, Klimaschutz, Naturschutz, Tierschutz, das ist nicht nur eine Aufgabe, eine Angelegenheit eines Landesrates oder einer Regierungspartei, oder von Parteien, das geht uns alle an. Wir alle können Vorreiter sein in all diesen Bereichen und wenn wir das ernst nehmen, dieses Thema, wir alle, dann wird es uns gelingen, diese Probleme, die wir am Tisch haben, und ich bin der Letzte, der sagt, wir haben keine notwendigen Schritte zu setzen, um das hintanzuhalten, dann werden wir das schaffen. Aber nur so sich hier herauszustellen und zu sagen: „Naja, nur wir Grünen kennen diese Thematik, wir haben Lösungsansätze, und die anderen harren und tun in Zukunft nichts“, gegen das verwehre ich mich, weil das ist einfach unfair. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.23 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3012/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und der ÖVP die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der GRÜNEN, Einl.Zahl 3012/6, betreffend „**Artenvielfalt erhalten: Mehr Mittel für den Naturschutz**“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der GRÜNEN, Einl.Zahl 3012/7, betreffend „**Glyphosat bedroht die Artenvielfalt und muss verboten werden!**“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 3076/3, betreffend Prüfbericht zu KFZ-Landesprüfstelle zum Bericht, Einl.Zahl 3076/2.

Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Franz Fartek. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Fartek – ÖVP (12.25 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zu diesem Prüfbericht der KFZ-Landesprüfstelle ein paar Anmerkungen. Es war der Prüfzeitraum von 2013 im Jänner, bis 2017 im Dezember. In diesem Bericht gibt es viel Positives, aber auch einiges, was zu korrigieren und zu verbessern ist. Es sind die Aufgaben der KFZ-Landesprüfstelle zum einen die Überprüfung von Fahrzeugen, die ein „Pickerl“ brauchen, und zum anderen die Überprüfung von Werkstätten, die die Pickerl-Überprüfungen durchführen. Dadurch ergibt sich eine budgetäre Belastung von ca. rund einer Million Euro, im Durchschnitt werden 22,6 vollzeitäquivalente Arbeitskräfte beschäftigt, es gibt natürlich auch Überzeiten. Das sind 2.700 Stunden jährlich, das sind auch umgerechnet 1,4 vollzeitäquivalente Arbeitskräfte. Zu den Arbeitsabläufen wird im Bericht auch festgehalten, dass ein Qualitätsmanagement für die Prüfstelle empfohlen wird, die auch verlässliche und gute Ergebnisse für die Kunden gewährleistet und zu den Pickerl-Überprüfungen ist vielleicht hinzuzufügen, dass hier nicht nur bei Landesfahrzeugen, sondern auch für Mitarbeiter der Prüfstelle und Angehörige kostenlose Überprüfungen durchgeführt wurden. Hier hat es bereits eine Dienstanweisung gegeben, das ist alles korrigiert und auch in der richtigen Richtung. Weiters wird festgehalten auch bei diesem Bericht die Überprüfungen gem. § 58 des Kraftfahrzeuggesetzes, das sind besondere Überprüfungen, Prüfungen vor Ort. Die sind stark rückläufig, hier müssen Gegenmaßnahmen auch ergriffen werden und bei den Verkehrskontrollplätzen wurde das vertraglich vereinbarte Kontrollausmaß eben auch nicht ganz erfüllt. Unter anderem wird auch darauf hingewiesen, dass bei der Anschaffung von neuen Prüfbussen auf Einheitlichkeit geschaut werden soll, um hier auch effizient arbeiten zu können und beim mobilen Prüfzug sollten die Einsatztage erhöht werden. Es waren 22 im abgelaufenen Jahr, um hier auch mehr Effizienz zu erreichen. Die Werkstätten, die derzeit zur Verfügung stehen, sollten ebenfalls mit Benützungsvereinbarungen gemacht werden, die gibt es noch nicht. Hier sollen aber vorab genaue Analysen durchgeführt werden. Der Rechnungshof hat hier zu diesem Bericht 42 Empfehlungen und Feststellungen festgelegt, die

nun abzuarbeiten sind. Einiges ist schon in Bewegung. Im Ausschuss wurde dieser Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Kenntnisnahme. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Werner Murgg. Bitteschön.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (12.28 Uhr): Werte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein paar Worte von mir auch. Warum? Weil ich ja im zuständigen Kontrollausschuss dieses Stück referiert habe. Ich will hier nicht alles wiederholen, es gehört letztlich in den Ausschuss. Ich möchte aber doch zwei, drei Bemerkungen noch machen. Einiges hat ja mein Vorredner gesagt. Das mit diesen Pickerl-Überprüfungen ist natürlich, ich sage einmal, traurig, dass auf meine Nachfrage hin mir gesagt wurde, diese Beträge, die das Land oder die Prüfstelle durch diese „illegalen Überprüfungen“, wo eben Mitarbeiter oder die Familien von Mitarbeitern ihre Autos überprüfen haben lassen, man nicht mehr zurückverlangen kann – ist traurig, aber wir werden das zur Kenntnis nehmen müssen. Es geht ja da hauptsächlich um diese § 57-Geschichten, nicht die § 56, das ist wieder etwas Anderes, aber es ist gut und richtig, dass es jetzt so ist, dass die 57er-Sachen nur mehr ausschließlich für Landesfahrzeuge gemacht werden und die § 56 natürlich gemacht wird, wenn jemand auf der Straße aufgehalten wird von der Polizei, die glaubt, dass das Auto nicht mehr fahrtüchtig ist, dann dorthin geführt wird und dann wird eben das in der Petrifelderstraße angeschaut. Was mich ein wenig betrübt hat, ist, du hast das jetzt erwähnt, dass diese Prüfzüge und auch die Autobahnplätze in Gersdorf und ich glaube bei Feistritz – da bei Ilz ist einer, dass die letztlich nicht so ausgelastet sind, wie sie ausgelastet sein könnten und wenn ich das richtig im Kopf habe, hat der zuständige Herr Landesrat Lang, so liest man ja in diesem Bericht, gemeint, das liegt hauptsächlich auch oder viel an dem Personalmangel. Ich glaube, wir sollten da schon schauen, dass man hier neues Personal aufbaut, damit man dann damit auch sehr vernünftige Sachen machen könnte. Ich glaube aber, es wird da in dieser Richtung auch nachgedacht.

Und zum Schluss, weil wir jetzt gerade beim Personal sind, noch eine Bemerkung. Das habe ich auch gefragt. In diesem Bericht lese ich, oder habe ich gelesen, dass keine weiblichen Bewerbungen für die technischen Dienste in dieser KFZ-Prüfstelle vorliegen. Und da habe ich gefragt ... – nein, anders, dass keine Frauen aufgenommen werden. Und ich habe gefragt, wie

ist das? Welche Bewerbungen gibt es eigentlich? Und da ist mir gesagt worden, das wird schon stimmen, null. Also das sollte man sich vielleicht anschauen, warum sich eigentlich auch für die technischen Felder in diesem Bereich keine weiblichen potentiellen Arbeitskräfte bewerben. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.31 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3076/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen, Einl.Zahl 3182/2, betreffend „Ergebnisneutrale Budgetänderung für die Jahre 2019 und 2020; Anpassung des Landesfinanzrahmens und der Angaben zur Wirkungsorientierung“ zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3182/1.

Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Fritz Reisinger. Bitteschön.

LTabg. Reisinger – ÖVP (12.32 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

In der betreffenden Regierungsvorlage geht es im Wesentlichen um formale Anpassungen, die aufgrund geänderter Zuständigkeiten notwendig sind. Es wurde mit 01.01.2019 das Österreichische Freilichtmuseum Stübing in den Gesamtbetrieb der Gemeinnützigen Universalmuseum Joanneum GmbH mit allen Rechten und Pflichten eingegliedert und die steirischen Landesgedenkstätten in Krieglach werden ebenso vom Universalmuseum Joanneum betrieben. Bisher waren die Zuständigkeiten, und daher auch der Budgetansatz bei Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, und diese sind daher, aufgrund dieser Änderungen, in Zukunft bei Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler. Dieser Vorgang ist, wie Sie auch aus der Regierungsvorlage ersehen können, ohne Auswirkungen auf das Budget, sie sind also budgetneutral. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch einige Gedanken zu den Gedenkstätten unseres großen Heimatdichters Peter Rosegger in Krieglach sagen. Peter Rosegger ist ja nicht nur ein Heimatdichter sondern war vor allem auch ein sehr

kritischer Journalist, ein Vordenker, ein Nach- und ein Querdenker, der sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts mit vielen gesellschaftspolitischen Themen wie beispielsweise dem Umweltschutz, der Landflucht, oder auch den Bildungsfragen sehr kritisch auseinandergesetzt hat. So war das Gedenkjahr 2018, der 100. Todestag und auch der 175. Geburtstag Peter Rosegger's von sehr vielen Veranstaltungen, Ausstellungen, und auch Aktivitäten geprägt, die in der ganzen Steiermark gefeiert wurden. Und so gab es auch beim Geburtshaus am Alpl und in der Waldschule oder auch beim Rosegger-Museum im sogenannten Landhaus in Krieglach sehr viele Besucher. Und ich darf in diesem Zusammenhang all jenen danken, die hier mitgeholfen haben, dass dieses Gedenkjahr ein derartiger Erfolg werden konnte. Es gab auch sehr viele Ehrenamtliche und Freiwillige aus den verschiedenen Vereinen und Organisationen, die hier tätig waren, und ich glaube, gerade sie verdienen sich alle unseren großen Dank und unsere Anerkennung. *(Beifall bei der ÖVP)* Ja, ich glaube, dass es eine gute Lösung ist, dass die beiden Einrichtungen – sowohl Stübing, als auch Krieglach – in das Universalmuseum Joanneum eingegliedert werden, damit sie damit auch der Öffentlichkeit weiterhin zugänglich sind. Beide Einrichtungen, wie Sie vielleicht wissen, sind von Anfang April bis Ende Oktober geöffnet und beide Einrichtungen können auch mit der Joanneums-Jahreskarte, die man um 38 Euro erwerben kann und damit 18 Museen besuchen und entdecken kann und auch viele andere weitere Leistungen in Anspruch nehmen kann, besucht werden. Ich denke abschließend, dass wir alle sehr gut beraten sind, wenn wir sowohl für das großartige Freilichtmuseum in Stübing wie auch für die Peter Rosegger Gedenkstätten in Krieglach immer wieder Werbung machen, damit diese auch in Zukunft entsprechend erhalten und weitergeführt werden können. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.36 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3182/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, den Grünen und der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen, Einl.Zahl 3214/2, betreffend „Steiermärkische Landesbahnen Darlehensübergang auf die Steiermarkbahn und Bus GmbH Haftungsübernahme“ zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3214/1.

Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Armin Forstner.

LTabg. Forstner, MPA – ÖVP (12.37 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat! Steiermärkische Landesbahnen – Darlehensübergang auf die Steiermarkbahn Bus GmbH – Haftungsübernahme. Die Steiermärkischen Landesbahnen haben zur Anschaffung von sechs Triebwagengarnituren ein Darlehen in der Höhe von 18 Millionen Euro bei der BAWAG PSK im Jahr 2010 aufgenommen. Aufgrund der im Juni 2018 erfolgten Umstrukturierung wurde der gegenständliche Geschäftsbereich der Steiermärkischen Landesbahnen in die Steiermarkbahn und Bus GmbH übertragen. Somit hat sich diesbezüglich des Darlehensvertrages eine entsprechende Änderung ergeben, zumal nunmehr die Bedingungen des Darlehens nicht mehr durch das Land Steiermark mittelbar über die Landesbahnen erfolgt, sondern diese Verpflichtung auf die Steiermarkbahn Bus GmbH vom Land Steiermark übertragen wurde. Zum gegenständlichen Zeitpunkt haftet noch ein Kapital in der Höhe von ca. 4 Millionen Euro aus, welches bis 2031 quartalsmäßig zurückzuführen ist. Daraus ergibt sich ein Wechsel des Darlehensschuldners, der naturgemäß in beidseitigem Einvernehmen der Vertragsparteien möglich ist. Die BAWAG PSK hat diesem Wechsel unter Beibehaltung der Bestimmungen des Darlehensvertrages zugestimmt. Also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es handelte sich hier lediglich oder eigentlich nur um eine Änderung der Namen im Darlehensvertrag, ansonsten bleibt darin alles gleich. Bitte Sie deshalb um Zustimmung. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.38 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3214/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 3213/2, betreffend Gesetz, „mit dem das Gesetz über den Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Steiermärkisches Vergaberechtsschutzgesetz 2018 – StVergRG 2018) geändert wird (StVergRG-Novelle 2019)“ zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3213/1.

Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Lukas Schnitzer. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Schnitzer – ÖVP (12.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, werte Damen und Herren hier im Landtag!

Ich gehe davon aus, dass der Tagesordnungspunkt 5, diese Regierungsvorlage, inhaltlich bekannt ist, zumal wir ja auch in einem Ausschuss uns diesem Stück inhaltlich widmen konnten. Ich darf aber gem. Art. 42 Abs. 3 der Steirischen Landesverfassung den Antrag stellen, dieses Stück zur dringlichen Beschlussfassung zu bringen und bitte um Zustimmung zum Tagesordnungspunkt 5. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.40 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor.

Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3213/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gleichzeitig wurde ein Antrag auf Dringlicherklärung gemäß Art 72 Abs 3 L-VG gestellt. Für diesen Antrag ist eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag auf Dringlicherklärung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Einl.Zahl 2948/5, betreffend „Neuaufgabe des steirischen Brauchtumskalenders“ zum Antrag von Abgeordneten der FPÖ, Einl.Zahl 2948/1.

Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Gerhard Kurzmann. Bitteschön, Herr Präsident.

Dritter Präsident LTabg. Dr. Kurzmann – FPÖ (12.41 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Einstellung von Brauchtumskalendern oder die Einsparungen im Bereich der Volkskultur nehmen wir Freiheitlichen immer mit großem Bedauern zur Kenntnis. In der vergangenen Woche fanden hier nur wenige Meter entfernt, nämlich im Rittersaal, die Aktionstage für Politische Bildung unter dem Motto statt „Europa – Zukunft braucht Erinnerung“. Wenn sogar Zukunftsveranstaltungen zur Europäischen Union mit Schülern auf dem sicheren Boden der Tradition begründet werden, wenn Politische Bildung mit historischen Grundlagen abgesichert wird, wäre es umso wichtiger, wenn auch die Landespolitik der Volkskultur und vor allem dem Brauchtum die notwendige Bedeutung beimessen würde. Am 11. Mai, meine Damen und Herren, jährt sich der Todestag des großen steirischen Prinzen, Erzherzog Johann, zum 160. Mal. Er war zweifellos einer der bedeutendsten Gestalten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und es wäre ein schönes Zeichen der Anerkennung gewesen, diesem Habsburger nicht nur einen Brauchtumskalender zu widmen, sondern ihn auch mit einem Symposium ein weiteres Denkmal in diesem Land zu setzen. *(Beifall bei der FPÖ)* Denn, meine Damen und Herren, der Erzherzog war ein, wie Sie wissen, unermüdlicher Erneuerer, der die industrielle Revolution in die Steiermark übertragen hat. Er war einer, der die Landwirtschaft weiterentwickelt hat, das Bergwesen entscheidend gefördert hat und trotz seiner adeligen Herkunft auch Reichsverweser und erster Vorsitzender des sogenannten Paulskirchenparlamentes in Frankfurt war. Jetzt verstehe ich den Herrn Landeshauptmann als Volkskulturreferenten, dass er, entsprechend beraten, auf die Neuen Medien in der Vermittlung von Tradition und Brauchtum setzt. Aber ich bezweifle auch, dass die Wirkung die gleiche sein wird, zumindest in den ersten Jahren, als würden Lehrer in den Klassen die Verteilung der Brauchtumskalender vornehmen und sie so zum Gegenstand des Unterrichts machen. Ich hoffe für den Herrn Landeshauptmann aber auch für das Land, dass das Projekt

„Volkskultur digital 2000“, Brauchtum und Volkskultur ebenso erfolgreich vermitteln kann, wie das die Volkskultur GmbH in der Vergangenheit getan hat.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch zu einer wichtigen Kulturveranstaltung der vergangenen Woche Stellung nehmen. Am vergangenen Donnerstag wurde im Schloss Eggenberg eine neue, eine wirklich großartige Ausstellung eröffnet. Der Titel der Ausstellung in der Alten Galerie lautete: „Zwischen Tanz und Tod – Episoden der frühen Neuzeit“. Rund 30 Meisterwerke der holländischen Malerei bilden den glanzvollen Kern dieser neuen Ausstellung, sie stammen alle aus der bekannten Kaiserschildstiftung des Dr. Riegel. Es sind wirklich beeindruckende Exponate, die in dieser Qualität bisher in Österreich zumindest nur in der Albertina oder aber im Ausland, im berühmten Reichsmuseum in Amsterdam, zu sehen waren. Nun haben wir Derartiges auch in der Steiermark. Ergänzt werden diese Kunstschatze mit Objekten aus den Beständen des Universalmuseums Joanneum, die Exponate religiöser Volkskunst ebenso umfasst wie Werke der Volkskultur oder berühmte Portraits der Habsburger Herrscher, die in Graz residierten. Der Zeitraum der Ausstellung umfasst insgesamt 3 Jahrhunderte, reicht also von 1500 bis 1800 und bietet hervorragende Einblicke in das Kunstschaffen, aber auch in die Weltsicht vergangener Generationen. Perfekt war diesmal auch die Werbung – beide großen Tageszeitungen haben über diese neue Ausstellung ausführlich berichtet. Frau Dr. Kaiser und Herr Dr. Becker, die durch die Ausstellung geführt haben, haben wirklich mit ihrem Fachwissen zu diesen Kunstobjekten geblüht. Auf diese Ausstellung, meine Damen und Herren, kann das Joanneum, kann die gesamte Steiermark zu Recht stolz sein. Danke. *(Beifall bei der FPÖ 12.46 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Wolfgang Dolesch. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (12.47 Uhr): Meine sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Was ist steirische Volkskultur? Und die Frage ist berechtigt. Diese Frage ist vermutlich auch nicht gleich so leicht zu beantworten, denn jede und jeder von uns hat hier möglicherweise zum Teil ganz unterschiedliche Zugänge zu dieser Volkskultur, zu diesem Thema und dazu kommt natürlich auch noch, dass die Steiermark durchaus ein größeres Bundesland ist, auch

flächenmäßig, und demzufolge ja auch in den unterschiedlichen Regionen der Steiermark hier die Traditionen zum Teil auch unterschiedlich gewachsen sind. Persönlich bin ich jedenfalls der Meinung, dass dieses Thema keinesfalls ein statisches sein kann, sondern jedenfalls ein dynamisches ist. Und demzufolge ist es zwar unbestritten auch interessant, immer wieder den Blick zurückzurichten, in die Vergangenheit also, um zu wissen, wo wir, wenn wir es so möchten, herkommen, wer wir sind im Allgemeinen, wie es historisch gewachsen ist – wie gesagt, auch in den einzelnen Regionen. Gleichzeitig gilt es aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Blick auch stets nach vorne zu richten. Und wesentlich erscheint es mir daher ganz persönlich, mit zeitgemäßen Ansätzen auch die steirischen Traditionen der einzelnen Regionen und jene unseres Bundeslandes in ihrer Gesamtheit entsprechend zu vermitteln. Die kulturelle Vielfalt der Steiermark auch mit Blick nach vor und nicht immer nur zurück entsprechend auch aufzuzeigen und damit durchaus auch einen Generationenvertrag zu erfüllen, nämlich jungen Menschen die Bedeutung von Geschichte, deren komplexe Zusammenhänge und auch Auswirkungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und damit auch einen Gesellschaftsstand zu vermitteln und damit auch einen gesellschaftsstabilisierenden Platz in der Gegenwart zu geben. Auf diese Art und Weise, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleibt die steirische Kultur, die Volkskultur, wenn man so möchte, spürbar, erlebbar, aber auch lebbar – einfach zeitgemäß, wenn man so möchte. Und wenn wir nun im Zusammenhang mit unserer steirischen Tradition, was immer wir auch im Einzelnen darunter verstehen, die Zeichen der Zeit inhaltlich wie auch technisch dahingehend erkennen bzw. anerkennen, dass das Spektrum hier auch ein entsprechend weiteres, ein entsprechend breit gefächertes ist, dann ist das wohl auch auf der Hand liegend, wenn wir sagen, wir müssen hier auch entsprechend zeitgemäß agieren. Es geht hier also nicht nur, wenn man so möchte, um die Inhalte, sondern auch um die Vermittlung der Inhalte, auch das Nutzen der modernen Möglichkeiten der heutigen Zeit, der medialen Möglichkeiten, auch der entsprechende Einsatz von Plattformen und auch entsprechender Formate. Wenn wir nun insbesondere den jüngeren oder auch ganz jungen Menschen auch stärker diese regional ausgeprägte Kultur, wenn man so möchte, und diese Entwicklungen näherbringen möchte, diese einbinden möchte, dann sollte man hier diese zeitgemäße lebendige Form entsprechend auch praktizieren, wie es, es wurde heute schon erwähnt, die Volkskultur Steiermark GmbH beispielsweise auch macht – den Schülerinnen und Schülern in den einzelnen Schulen und auch den Kindergärten diese Inhalte zu vermitteln, die können diese ja auch nutzen. Bekannt ist ja, dass die Kindergärten und die Schulen eine gewisse Anzahl an Unterrichtseinheiten

anfordern können, an ausgebildeten Referentinnen und Referenten für die einzelnen Module beispielsweise im Bereich des Brauchtums, der regionalen Traditionen mit Interaktionsmöglichkeiten wie beispielsweise Singen, Tanzen, Handwerken, Erzählen et cetera. Allgemein bekannt ist, denke ich, mittlerweile auch, dass seit Herbst 2018 die Volkskultur Steiermark GmbH auch an einem neuen Konzept arbeitet, mit entsprechend breitenwirksamerer Vermittlung dieser entsprechenden Inhalte, mit dem Arbeitstitel „Volkskultur Digital.2020“ – nicht 2000, wie wir es vorher gehört haben – und die darin festgelegten Schwerpunkte, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollen einerseits also allgemeine Informationen zur steirischen Volkskultur sowie auch entsprechende Erläuterungen zu den brauchtümlichen Handlungen liefern, aber auch einen Gesamtüberblick über sämtliche volksculturelle Vereine und auch Verbände, deren Leuchtturmprojekte, Projekte im Allgemeinen, die Veranstaltungshinweise auch einladen zum aktiven Mitmachen und Mitgestalten, Mitleben, wenn man so möchte, erleben, spüren, in den einzelnen Regionen und das auch in einer zeitgemäß digitalen Aufbereitung. Unabhängig davon, weil der Steirische Brauchtumskalender ja heute schon einmal ein Thema war, wo die Inhalte zwischen 2002 und 2011 ja nicht verloren gegangen sind, sie sind unverändert natürlich verfügbar, wengleich auch in entsprechend anderen Formaten – werden also interessierten Personen auch zur Verfügung gestellt. Und darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat die Volkskultur Steiermark GmbH auch einen ganz klar geregelten kulturpolitischen Auftrag und diesen erfüllt sie auch aus meiner Sicht sehr gut sogar. Hier werden entsprechend volksculturelle Themen aufbereitet, verbreitet, wie gesagt, aktiv mitgestaltet. Diese Möglichkeit gibt es, und damit werden auch die überlieferten, die tradierten Werte, wie man so schön sagt, vorangegangener Generationen auch entsprechend verankert – verankert auch im Bewusstsein, im Selbstverständnis der Menschen. Diese kulturelle Vielfalt unseres Landes wird also entsprechend damit zum Ausdruck gebracht und hier werden dann insbesondere auch junge Menschen, wie wir wissen, angesprochen. Sie werden mit diesen Bräuchen und Traditionen vertraut gemacht, auch mit all diesen Besonderheiten in den einzelnen Regionen, wenn man so möchte auch im Jahreskreislauf, und das ist gut und richtig so. Und diese moderne Form der Informationsaufbereitung und auch Weitergabe ist auch aus meiner persönlichen Sicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine ganz wesentliche. Zeitgemäß heißt auch, die Gegenwart entsprechend zu verstehen und den Blick auch nach vor und nicht immer nur zurück zu richten. Jedenfalls, und davon bin ich persönlich felsenfest überzeugt, nehmen die jungen Menschen die digitale Welt ungleich

leichter an. Sie partizipieren damit auch weltweit und nicht nur, wenn man einzelne gedruckte Formulare sozusagen an Schulen ausschickt, und das ist doch ein entsprechender Vorteil, denn als Steirerin und Steirer kann ich bekanntlich überall zu Hause sein, und wichtig ist es, hier weltweit auch entsprechend partizipieren zu können. Ich denke, dass dieser moderne Ansatz, dieser moderne Weg, der richtige ist, und bedanke mich dafür, dass Sie hier entsprechend zustimmen. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.54 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordnete Fritz Reisinger. Bitteschön.

LTabg. Reisinger – ÖVP (12.55 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Zuerst danke für diesen Antrag, weil es, glaube ich, eine gute Gelegenheit ist, auch über das so wichtige Thema der Volkskultur in der Steiermark hier in diesem Hohen Haus zu sprechen. Und ja, Sie haben natürlich Recht, Erzherzog Johann hat für die Steiermark Großartiges geleistet, welches auch eine laufende Würdigung verdient, und ich glaube, das ist auch der Grund, warum wir auch hier in diesem Saal ein Bild von ihm haben. Der steirische Brauchtumskalender wie auch das Jahrbuch der Volkskultur waren natürlich durchaus sehr wertvolle Publikationen, um die Geschichte unseres Landes, aber vor allem natürlich auch das Wissen über die Volkskultur entsprechend auch zu vermitteln und so gab es 2009 bereits den Schwerpunkt „Erzherzog Johann“ und auch 2013 den Schwerpunkt „Peter Rosegger“. Und ja, Publikationen, Broschüren, Hefte oder Kalender sind natürlich wichtig, weil sie volkskulturelles Wissen entsprechend weitergeben, aber auch archivieren und festhalten. Nur, viel wichtiger noch oder genauso wichtig ist es, glaube ich, dass Volkskultur auch entsprechend gelebt wird. Und diesbezüglich können wir in der Steiermark, glaube ich, sehr zufrieden und auch sehr dankbar sein. Wir können auch sehr stolz sein, dass es viele Menschen gibt, die mit viel Begeisterung, viel persönlichem Einsatz, mit großer Freude die vielen unterschiedlichen Bereiche der Volkskultur pflegen und auch leben. Denken wir nur an die vielen Bräuche mit kirchlichem Ursprung, denken wir an die Osterbräuche, oder an die Faschingsbräuche, oder auch, so wie heute, wo vielerorts wieder ein Maibaum aufgestellt wird. Denken wir aber auch an die vielen Blasmusikvereine in unserem Land, es gibt 391 Musikkapellen, wir haben 287 Gemeinden in der Steiermark, das heißt, es gibt viele

Gemeinden mit mehreren Musikkapellen. Auch in meiner Gemeinde, Neuberg an der Mürz, haben wir jetzt drei Musikkapellen. Es sind rund 20.000 MusikerInnen in diesen Musikkapellen tätig, wir haben über 130 Jugendkapellen, und ich habe mir ein wenig die Statistik angeschaut, es gibt 13.000 Ausrückungen dieser 390 Musikkapellen, das heißt, jede Kapelle rückt im Jahr im Durchschnitt 33 Mal aus. Oder denken wir auch an die vielen Trachtenverbände, an die Volkstanzgruppen, oder an die unzähligen Chöre, die mit viel Begeisterung auch das Volksliedwerk entsprechend leben und erhalten. Und da gäbe es bestimmt noch sehr vieles davon aufzuzählen. Und da dürfen wir durchaus auch ein bisschen stolz sein, dass wir in einem Land leben, wo es das noch alles gibt und wo das auch noch alles in dieser Art funktioniert. Dass es Menschen gibt, die die Volkskultur leben und diese vor allem auch mit Begeisterung weitergeben. Denn Volkskultur ist nicht nur etwas, das man archivieren soll, sondern Volkskultur muss man auch leben. Und ja, es gibt natürlich immer Luft nach oben, aber ich glaube, dass hier unser Land, das Land Steiermark, diese Aktivitäten sehr gut auch unterstützt. Ich glaube, aber gerade im Bereich der Kommunikation, der Weitergabe von Wissen und der Information, sollten wir auch am Stand der Zeit sein, um die Menschen, und vor allem auch um die Jugend entsprechend erreichen zu können, brauchen wir auch hier moderne und zeitgemäße Kommunikationswege und daher hat die Volkskultur Steiermark GmbH das Projekt „Volkskultur Digital.2020“ auch ins Leben gerufen und arbeitet sehr intensiv daran, um dieses volkskulturelle Wissen auch digital aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass hier ein sehr guter Ersatz zum damaligen Brauchtumskalender geschaffen wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.00 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2948/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ, den Grünen und der ÖVP die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.Zahl 3217/2, betreffend „Digitalisierung des Warn- und Alarmdienstes in der Steiermark; Errichtungskosten von Euro 23,5 Millionen und Betriebskosten von jährlich Euro 1,5 Millionen“ zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3217/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hofer. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (13.01 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Heute ist ein historischer Tag, mit dem ein neues Zeitalter für unsere steirischen Einsatzorganisationen beginnt. Der heutige Landtagsbeschluss nämlich läutet das Ende des analogen Warn- und Alarmsystems in unserem Bundesland ein. Dieses System, das seit den 1970er-Jahren das zentrale Einsatzmittel für Warnung und Alarmierung der steirischen Bevölkerung und unserer Feuerwehren ist, soll in einer drei- bis fünfjährigen Umsetzungsphase durch ein digitales System ersetzt werden. Basierend auf einer Machbarkeitsstudie der Technischen Universität Graz werden Leitstellen, werden Funknetze zur Signalübertragung und werden Alarmumsetzer auf Ortsebene erneuert und auch erweitert. Und das ist auch dringend notwendig, denn das derzeitige System ist veraltet und ist an seinen technischen Grenzen angelangt. Die moderne, digitale Technik bietet viele Vorteile, insbesondere auch die Rückantwortmöglichkeit der Geräte. Für das Land Steiermark bedeutet diese Umstellung auch eine enorme finanzielle Kraftanstrengung. So betragen die Errichtungskosten geschätzt 23,5 Millionen Euro, die Betriebskosten bis ins Jahr 2024, gesamt 3,45 Millionen Euro, und die ab 2024 zu leistenden Betriebskosten jährlich 1,5 Millionen Euro. Ich darf mich in diesem Zusammenhang auch bei Finanzlandesrat Anton Lang herzlich bedanken und auch den Gemeinden gebührt ein großer Dank, werden doch auch von ihnen Kosten übernommen werden. Geschätzte Damen und Herren, Schutz und Sicherheit sind ein wesentlicher Teil unserer Lebensqualität. Heute, und auch morgen. Mit dem neuen digitalen Warn- und Alarmsystem wird die Sicherheit erhöht, und die Einsatzbereitschaft unserer steirischen Feuerwehren gestärkt. Die Kameradinnen und Kameraden in unseren steirischen Feuerwehren leisten Großartiges und sind wahre Profis auf ihrem Gebiet. Für die optimale und professionelle Verrichtung ihres unverzichtbar wertvollen

Dienstes brauchen sie aber auch die passende Technik und die passende Ausstattung. Und dies wird nun sichergestellt. Ich bedanke mich auch beim Leiter der Fachabteilung für Katastrophenschutz im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Hofrat Mag. Harald Eitner und seinem Team, und vor allem bei unserem Sicherheitsreferenten in der Landesregierung, Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer, der nicht nur über die Sicherheit redet, sondern sich Tag für Tag dafür ernsthaft und beherzt einsetzt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Bernadette Kerschler. Bitteschön.

LTAbg. Mag. Kerschler – SPÖ (13.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer via Livestream!

Wie mein Kollege schon angeführt hat, ist das heute eine große Entscheidung und ein großer Tag, nicht nur für die 772 steirischen Feuerwehren mit ihren über 50.000 Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern im Land, sondern für die gesamte steirische Sicherheit. Warum ist es so wichtig, dass wir vom analogen System auf das digitale Alarmierungssystem übergehen? Das analoge System ist insofern an die Grenzen der Alarmierung gestoßen, die Alarmierung im steirischen Feuerwehrsystem, mein Kollege hat es schon angesprochen, funktioniert einerseits über die Sirenenalarmierung, andererseits funktioniert es offiziell über die Pager-Alarmierung. Die Pager-Alarmierung, d.h. das Funkgerät, den Pager, den die Feuerwehrfrau, der Feuerwehrmann, bei sich hat. So sollte es funktionieren. Mit dem analogen System kann es derzeit leider nicht mehr so funktionieren. Es gibt mit dem analogen System die Pager nicht mehr nachzukaufen bzw. gehen sie nicht mehr nachzurüsten. Das heißt, die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner, die in den letzten Jahren zur Feuerwehr gekommen sind – junge Jungfeuerwehrleute oder Quereinsteigerinnen/Quereinsteiger wie z.B. auch ich – sind nicht über das entsprechende Gerät ausgerüstet zur Pager-Alarmierung. Das heißt, hier gibt es noch die Möglichkeit der SMS-Alarmierung in unserem Land, die natürlich nicht 100%-ig sicher ist, weil ja das Netz, wie wir alle wissen, nicht ganz wetterunabhängig ist, oder es kann überlastet sein, z.B. an den Feiertagen oder über andere Netzschwankungen. Wir haben also noch die Sirenenalarmierung, die sehr gut funktioniert, aber wie wir gehört haben, keine Rückantwort geben kann im analogen System. Deshalb ist diese digitale Alarmierung,

auf die wir jetzt alle sehr warten, sehr wichtig und sehr notwendig. Und hier sind wir wirklich alle im Land sehr, sehr dankbar, dass dieser Start jetzt funktionieren wird und eintreten wird und in drei bis fünf Jahren der vollständige Umbau im Land umgesetzt sein wird. Wovon hängt es ab, wie schnell es funktionieren wird und welche Kosten auf die einzelnen Gemeinden und Feuerwehren zukommen? Einerseits natürlich von dem Gerät, das es jetzt schon gibt, von der Ausstattung, die es jetzt schon gibt, andererseits natürlich auch, ob z.B. auf den einzelnen Rüsthäusern bei den Feuerwehren schon andere Antennen aufgebaut sind, die dann stören könnten, dann müsste eine größere übergebaut werden. Aber auch hier wird eine Lösung gefunden werden und die Kosten für die einzelnen Gemeinden werden nicht so hoch sein und sind mit Gemeindebund und Städtebund bereits abgesprochen. Was ganz wichtig ist und ein großer Wunsch der steirischen Feuerwehren war, ist, dass es eine Übergangslösung geben wird für diese drei bis fünf Jahre, bis der digitale Funk vollständig in der Steiermark umgesetzt ist, und zwar eine solche Übergangslösung, die danach auch nutzbar ist für den neuen Digitalfunk. Diese Übergangslösung wird es geben. Ich denke mir, die steirischen Feuerwehren sind hier auch sehr dankbar, dass es diese Übergangslösung geben wird und auch ich möchte betonen, dass die großartige Zusammenarbeit mit der Abteilung Katastrophenschutz, mit dem Landesfeuerwehrverband Steiermark und mit unserem Katastrophenschutzreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer, in diesem Land wirklich so gut funktioniert, dass wir dieses System jetzt umsetzen können – im Sinne der steirischen Feuerwehren und im Sinne unserer Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger in der Steiermark. Ich selbst bin sehr dankbar, freue mich sehr darüber und freue mich persönlich auch, dass ich das neue System dann anwenden darf. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.09 Uhr)*

Präsidentin Khom: Danke, Bernadette, als aktive Feuerwehrfrau. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Herbert Kober.

LTAbg. Kober – FPÖ (13.09 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, werte Kolleginnen, werte Kollegen, Hoher Landtag!

Auch ich bin aktiver Feuerwehrmann und sehe das Ganze jetzt ein wenig aus der Praxis. Vorab, auch unsere Fraktion stimmt dieser Regierungsvorlage zu, da auch uns die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer sehr wertvoll ist. Man muss ganz ehrlich sagen, die

Digitalisierung des Warn- und Alarmdienstes war ja schon in einem Regierungsbeschluss aus dem Jahre 2005 beinhaltet. Lieber Landeshauptmannstellvertreter, ich weiß, du bist jetzt nicht so lange zuständig für das, aber jetzt hat man es verabsäumt, genau 14 Jahre, diese Digitalisierung umzusetzen und das stimmt mich sehr nachdenklich. Weiters muss man sagen, es wurden auch die Kosten der Gemeinden und der Feuerwehren angesprochen, und im Worst-Case-Szenarium fallen da pro Rüsthaus rund 16.000 Euro an. Wenn ich da jetzt ein praktisches Beispiel aus der Südoststeiermark hernehme, wo die Gemeinde Gnas zehn Feuerwehren zu bedienen hat und auszurüsten hat, sind das für das Gemeindebudget rund 160.000 Euro, die das Gemeindebudget sehr belasten. Auch hier hätte man von Seiten der Regierung eine Erleichterung für die Gemeinden herbeiführen können. Ebenso wurde, das stimmt, das veraltete System angesprochen, aber, man muss ganz ehrlich sagen, dieses veraltete System wird ja jetzt nur mehr einmal im Jahr, am ersten Samstag im Oktober, im Bereich des Zivilschutzalarmes überprüft und wir haben rund 1300 Sirenenendstellen, und von diesen 1300 Sirenenendstellen ist bis dato, oder war bis dato unter ein Prozent der Ausfall, sprich weniger als 13 Sirenen. Und so finde ich, dass auch das alte System für die Alarmierung sehr gut funktioniert hat. Nichtsdestotrotz, wie schon angesprochen, ist auch uns die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer etwas wert und wir unterstützen somit auch diese Regierungsvorlage zum Wohle der Bevölkerung in der Steiermark. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.12 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Armin Forstner. Bitteschön.

LTabg. Forstner, MPA – ÖVP (13.12 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat!

Die Digitalisierung des Warn- und Alarmdienstes in der Steiermark – Kollege Stefan Hofer hat mir schon viel vorweggenommen. 2016 wurde die Technische Universität Graz mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie für die Umsetzung der Digitalisierung im Warn- und Alarmdienst beauftragt. Was ist das Resümee daraus? Dass man bei einer Marktbeurteilung zum Schluss kommen muss, dass die Anbieter der Bandtechnologie jederzeit den Ausstieg aus der analogen Technologie und das Ende der Produktion von Ersatzteilen beschließen können. Mit einer langen Übergangsphase in die digitale Technologie ist jedoch nicht zu rechnen, da die nötigen Ersatzteile nicht mehr produziert werden. Der Analogtechnologie sind

dann natürlich, wie es der Herr Kollege Kober und auch die Frau Kollegin Kerschler schon erwähnt haben, Grenzen gesetzt. Was heißt das aber? Was heißt das für unsere Feuerwehren, was heißt das für unsere Bevölkerung, was heißt das für unsere Einsatzkräfte? Bei Alarmierung kann passieren, dass die einzelnen Sirenen natürlich nicht funktionieren. Das ist vielleicht im städtischen Raum jetzt nicht so das große Problem, aber Stefan Hofer wird mir wahrscheinlich beipflichten, bei uns am Land draußen ist das eher schwierig in den verlorenen Ortsteilen. Jeder Ortsteil hat eine Sirene meistens und wenn da eine ausfällt, kann es passieren, dass die Feuerwehr oder bzw. die dort ansässigen Einsatzkräfte nicht rechtzeitig oder gar nicht alarmiert werden. Dann wurde auch die Fachabteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung mit der Erstellung eines Gesamtkonzeptes, mit der Unterstützung natürlich durch ein externes Planungsbüro, beauftragt. Das Konzept sieht die Erneuerung der Weitung der Leitstellen des Funknetzes zur Signalübertragung und der Alarmumsetzung auf Ortsebene vor. Weiter beinhaltet das Konzept einen Zeitplan, einen Zahlungsplan und die laufenden jährlichen Kosten. Die Regierung hat im März dieses Jahres eine Regierungsvorlage betreffend die Digitalisierung, Sirenenalarmierung beschlossen. Die Richtungskosten für das Land, auch das wurde schon erwähnt, betragen sich bei ca. 23,5 Millionen Euro. Als Umsetzungszeitraum werden die nächsten drei bis vier Jahre angenommen. Das Alarm- und Warnsystem ist nach wie vor das zentrale Einsatzmittel für die Warnung oder für die Auslösung oder Alarmierung der Zivilbevölkerung, aber auch der Feuerwehren bei uns auf dem Land. Herr Kollege Kober, weil du das angesprochen hast wegen der Gemeinden, ich als Bürgermeister trage es natürlich sehr gerne mit, weil es natürlich auch, das hast du auch angesprochen, dem Wohle der Bevölkerung dient. Ich glaube, wenn man sich das anschaut, wie unsere Feuerwehren jetzt ausgerüstet wurden in den letzten Jahren und auch die Technik vorangeschritten ist, dann können wir eigentlich als Gemeinden Danke sagen, Danke an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter für die Unterstützung, aber Danke auch dem Herrn Landesrat Lang für die Unterstützung. Weil unsere Feuerwehren sind dementsprechend ausgestattet und mit dem neuen Abschnittsplan, den es da gibt, bei den Feuerwehren und die Ausrüstung für die Fahrzeuge, ist, glaube ich, ein guter Weg geschaffen worden, dass nicht die gleiche Ausrüstung in den gleichen Fahrzeugen innerhalb der eigenen Gemeinde bzw. innerhalb des Abschnittes vorhanden ist. Deswegen halte ich es auch, wie Stefan Hofer schon erwähnt hat, ein neues Zeitalter für unsere Einsatzkräfte ist eingetroffen. Ich glaube, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, die Digitalisierung des Warn- und Alarmdienstes in der Steiermark ist für uns alle wichtig, aber

vor allem für unsere Bevölkerung. Ich glaube, deshalb haben wir auch die volle Unterstützung dafür. Ein herzliches Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.15 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet unser Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer, bitte schön.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (13.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Kollege Lang, meine geschätzten Damen und Herren!

Die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer hat für mich absolute Priorität und Vorrang. Es ist gut zu spüren, dass diese Priorität hier auch im Landtag mit uns gemeinsam gesetzt wird. Wir haben in den letzten Monaten einige große Schritte in Richtung mehr Sicherheit für die Steirerinnen und Steirer gesetzt. Wir investieren ganz massiv in den Ausbau des Zivilschutzes. In allen Landesteilen wird die Bevölkerung vorbereitet, wie man mit Katastrophen umgeht, aber wie man auch mit alltäglichen Gefahrenlagen, wie beispielsweise Küchenbränden, umgeht. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir den Selbstschutz der Bevölkerung ausbauen und intensivieren. Ein zweiter großer Punkt, den wir in die Wege leiten konnten ist, dass ein dritter Notarzhubschrauber für die Steirerinnen und Steirer in Hinkunft Tag und Nacht fliegen wird. Sie haben das, wenn Sie vielleicht in der Zeitung gelesen haben, der Kärntner mit massiven Verbrennungen, wie wichtig es ist, dass man dann auch in der Nacht fliegen kann und möglichst rasch, in dem Fall auch, in das LKH Klinikum Graz kommen kann. Das sorgt für mehr Sicherheit, das schützt Leben und kann vor allem auch Leben retten. So wie die Maßnahmen im Zivilschutz, die Maßnahme mit dem dritten Notarzhubschrauber, ist auch die Digitalisierung der Alarmierung ein riesiger Schritt vorwärts im Sinne von mehr Sicherheit für die Steirerinnen und Steirer. Gott sei Dank, und das ist auch viel technischer Einsatz unserer Feuerweirkameradinnen und –kameraden, haben wir auch über das analoge System die Sicherheit weitestgehend gewährleisten können, vor allem mit der Unterstützung von Handyalarmierung und SMS-Alarmierung und natürlich unserer Pager, aber es ist an der Zeit, dass man einen Schritt geht, um noch rascher alarmieren zu können. Vor allem, was noch nicht angesprochen ist, das Wichtige dabei ist auch, dass die Betroffenen, wir haben ja über 50.000 Feuerweirkameradinnen und –kameraden, mit der digitalen Alarmierung auch rückmelden können auf Knopfdruck, dass sie bereit sind, in den Einsatz zu gehen. Wir wissen natürlich, wenn es um die Tagesbereitschaft geht, wenn es um die Nachtbereitschaft geht, wenn es auch um die Koordination mehrerer Feuerwehren geht,

wie wichtig es ist, sofort die Rückmeldung zu haben, ja, es ist möglich in den Einsatz zu gehen, ich komme, weil das natürlich auch die Disposition der Führung der jeweiligen Feuerwehr ganz massiv verstärkt und verbessert. Wir werden dieses System so rasch wie möglich zur Umsetzung bringen. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Zehntausenden Feuerwehrkameradinnen und –kameraden bedanken, die daran auch wieder sehr aktiv mitwirken. Bedanke mich auch vor allem auch beim Städte- und Gemeindebund, bei unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit denen ich nicht lange verhandeln musste, sondern die gesagt haben, auch für uns hat die Sicherheit absolute Priorität. Wir wollen, dass unsere Feuerwehrkameradinnen und –kameraden und unsere steirischen Feuerwehren bestens ausgestattet sind und daher tragen wir auch die Finanzierung über die Gemeinden mit. Dass sowohl der Herrmann als auch ich die Gemeinden immer über Bedarfszuweisungen unterstützt haben, wenn es um sinnvolle, um nachhaltige Investitionen gegangen ist, ist auch absolut klar. Ich sage das auch und es waren auch die positiven, konstruktiven und sehr raschen Gespräche mit unserem Finanzlandesrat. Wenn es um die Sicherheit geht, dürfen wir nicht lange herumdiskutieren, da geht es darum, dass man handelt, dass wir Prioritäten setzen und dass man natürlich auch die entsprechenden budgetären Mittel aufbringt. Und 23,5 Millionen Euro sind natürlich ein finanzieller Kraftakt, aber Gott sei Dank wie ich das auch aus der Breite des Landtages wahrnehme, für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir in die Sicherheit der Steirerinnen und Steirer investieren. In diesem Sinne danke ich all unseren Partnern, die über Monate und Jahre aktiv mitgearbeitet haben, denn an die tausend Kommandantinnen und Kommandanten, die ich in den letzten Monaten bei meiner Tour in die steirischen Regionen mit dem neuen Landesfeuerwehrkommandanten getroffen habe und die mir gesagt haben, also neben dem, dass sie sich natürlich gefreut haben, dass wir ihre Anliegen und Wünsche sehr intensiv diskutiert haben, die mir gesagt haben: „Wisst Ihr was das Wichtigste ist, was Ihr als Regierung, als Landtag tun könnt, das, was wir als Anliegen, was uns wirklich wichtig ist als Steirische Feuerwehren, auch rasch umzusetzen.“ Dieses Anliegen der Digitalisierung, der Alarmierung ist von allen steirischen Feuerwehren als eines der prioritären Anliegen neben der Dienstfreistellung und der Mehrwertsteuerbefreiung ganz zentral gekommen. Es ist, glaube ich, ein wichtiges und gutes Signal, dass der Steirische Landtag mit uns gemeinsam sofort darauf reagiert, handelt und damit für mehr Sicherheit in der Steiermark sorgt. Danke.

(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.22 Uhr)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3217/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Einl.Zahl 2953/7, betreffend Ärztliche Versorgung in den Regionen bewahren: Keine Kündigung von Kassenstellen aufgrund des Alters und Rahmenbedingungen für die Nachfolge bzw. Übernahme schaffen zum Antrag von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 2953/1.

LTAbg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (13.23 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, geschätztes Forum unseres Hohen Landtages!

Auch bei diesem Tagesordnungspunkt haben wir ein wichtiges Thema, die Gesundheit, wieder zu besprechen. Nicht nur die Gesundheit, sondern auch das große Thema des demografischen Wandels, das große Thema, dass unsere Gesellschaft immer älter wird und damit wir einerseits Personen mehr unter uns haben, die auch fit im Alter unterwegs sein können und wollen, andererseits aber auch dieser Übergang von erfahrenen Personen zu eben jungen, neuen, fachkompetenten Personen, das ist ein großes Thema, das wir sicher gemeinsam bewältigen müssen. Im vorliegenden Tagesordnungspunkt möchte ich aber vor allem, es geht ja um Rahmenbedingungen, die gesetzlichen Möglichkeiten kurz punktuell anführen und auch aufzeigen, wo entsprechend die Aktionslinie sein könnte, um eben die gestellte Thematik aufgreifen zu können. Dabei ist vor allem die Entwicklung, die gesetzliche Entwicklung in unserem Land im Bereich der Gesundheit eine ganz besondere. Wir haben im Bundesverfassungsgesetz die Kompetenzverteilung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden von Artikel 10 bis 15 entsprechend generell abgebildet. Der zentrale Kompetenztatbestand dazu, nämlich die Regelung des Gesundheitsrechtes befindet sich vor allem im Artikel zehn. Hier ordnet sich nämlich weitreichend die Weise, was jetzt dem Bund und den Ländern in der Gesetzgebung zugeordnet wird. Speziell im Artikel 12 regeln sich die Angelegenheiten, die der Grundsatzgesetzgebung der Bundessache und in der Ausführungsgesetzgebung und den Vollzug in der Landessache betreffen. Im Zuge unserer

Gesundheitsreform 2005 wurde mittels Vereinbarung gemäß Artikel 15a über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens die Bundesgesundheitsagentur bzw. der Gesundheitsfonds auf unserer Landesebene eingerichtet. Das passierte vor allem deshalb mit dem Ziel, die Überwindung von in der strikten Trennung einzelner Sektoren aufzuheben und damit eine bessere Abstimmung in Themenbereichen zu erreichen. Der nächste wichtige Schritt erfolgte dann in der Reform 2013, da einigten sich Bund und Länder und Sozialversicherung auf die Einrichtung eines partnerschaftlichen Zielsteuerungssystems, wo die Planung, Organisation und Finanzierung der österreichischen Gesundheitsversorgung dann abgebildet waren. Wir haben mit diesen Voraussetzungen eine klare Kompetenzverteilung. Die Kompetenz für den extramuralen Bereich beim Bund bzw. der Sozialversicherung. Wenn wir nun auf Landesebene den Wunsch haben und den Wunsch der Sozialversicherung aufgreifen, in enger Zusammenarbeit mit dem Land betreffend niedergelassene ärztliche Versorgung in den Regionen aufzugreifen und zu verbessern, dann wird es entsprechend in den Vorschlag gegossen und auch in eine Gesprächsbereitschaft übergeführt werden, wie viele Projekte, die wir auf Landesebene gemeinsam in der Gesundheitsplattform aufgreifen, so könnte man auch das vorliegende Thema aufgreifen und in einem konkreten Projekt gemeinsam angehen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.27 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor ich komme somit – zu Wort gemeldet die Frau Kollegin Gabi Kolar, bitte schön Gabi.

LTAbg. Kolar – SPÖ (13.28 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Selbstständige Antrag der Grünen lautet „Ärztliche Versorgung in den Regionen bewahren, keine Kündigung von Kassenstellen auf Grund des Alters und Rahmenbedingungen für die Nachfolge bzw. die Übernahme schaffen“.

Dieser Antrag hat mich natürlich auf den Plan gerufen hier mich auch zu Wort zu melden. Und zwar geht es hier schon um Kassenstellen, die jetzt, aus meiner Sicht, nicht so wie die Grünen es schreiben, hier auf Grund von Kündigungen nicht mehr nachbesetzt werden können, sondern auf Grund dessen, dass Ärzte hier wegziehen, dass der Anreiz eines Wahlarztes größer ist als ein Kassenarzt zu sein. Da möchte ich jetzt euch ein paar Beispiele bringen: Und zwar haben wir in der Steiermark aktuell 16 Praxen, Kassenpraxen, bitte, ich

unterscheide wirklich zwischen Wahlarzt und Kassenpraxen, 16 an der Zahl, die schon längere Zeit nicht mehr besetzt werden können. Im Speziellen jetzt meine Region, oder unsere, Frau Präsidentin, die Region Obersteiermark West mit den Bezirken Murau und Murtal, ist ganz unterversorgt, fast auf null heruntergefahren, mit einer Kassenstelle, was die Gynäkologen und Gynäkologinnen anlangt. Wir haben in der gesamten Region Obersteiermark West nur mehr einen Kassenarzt. Wir haben genug Frauenärzte, die Wahlarzte sind. Wir haben Fachärzte vor Ort, aber nur mehr einen Kassenarzt. Seit drei Jahren ist die Kassenstelle in Murau nicht nachbesetzt, seit zwei Jahren in Judenburg und seit einem Jahr in Zeltweg. Diese eine Stelle, die in Judenburg jetzt nicht nachbesetzt ist, ist nicht auf Grund dessen, bei dem Gynäkologen, dass er eben schon 70 Jahre alt ist, sondern, dass er sich gesagt hat, ich möchte – der ist relativ jung, so in meinem Alter, ja das wäre jetzt zum Lachen gewesen aber gut – er ist relativ jung und er hat sich jetzt herausgenommen, dass er sagt, er gibt seine Kassenstelle zurück, hat er auch getan und ist jetzt Wahlarzt. Ist auch im Krankenhaus beschäftigt, im LKH Judenburg und das sind nämlich auch Gründe. Es geht nicht nur darum, dass man sagt, man sollte das verlängern oder Anreize schaffen. Auch Anreize wurden geschaffen. Im heurigen Jahr hat die GKK und die Ärztekammer für eine Starthilfe gesorgt von 3,85 Millionen Euro ab März 2019 bis 2021, wo wirklich hier tolle Anreize für Kassenpraxen für schwer vermittelbare, für schwer nachbesetzbare Kassenpraxen ausbezahlt werden. Wir haben 70.000 Euro an Förderung von der GKK für Einzelpraxen, 35.000 für Jobsharing-Praxen an Förderung und 105.000 Förderung für Gruppenpraxen. Das ist sozusagen der erste Schritt, wo man sagt, es muss doch möglich sein oder es kann doch nicht sein, dass sogar finanzielle Anreize, dass wir es nicht schaffen hier Kassenärzte wieder in die Regionen zu bringen. Gerade auf dem Gebiet der Gynäkologie, das betrifft ja nicht nur Frauen, sondern es betrifft auch das Budget gesamt der Familien, es geht auch um Prävention, wenn hier junge Frauen oder auch Frauen, die jetzt nicht so viel Geld haben, sagen, sie gehen jetzt nicht mehr zum Frauenarzt, zu einer Gesundenuntersuchung, dann könnte das schwerwiegende Folgen haben für langfristige Krankheiten, weil die Prävention hier nicht getätigt wurde. Ich möchte Ihnen vielleicht noch sagen, das erscheint mir auch ganz wichtig: Wenn jetzt jemand einen Gynäkologen besucht, dann bezahlt er für diese Leistung einen gewissen Betrag, sagt der Gynäkologe, der Wahlarzt, soviel kostet es geschätzte Dame, ja und dann bekommen Sie eine Rechnung und er sagt, Sie können das bei der Gebietskrankenkasse wieder zurückfordern. Das heißt aber, dass es gewisse Kassentarife gibt. Die BVA hat z.B. 83 Euro einen Kassentarif, du zahlst natürlich beim Wahlarzt mehr, wesentlich mehr und

bekommst von diesem Kassentarif nur 80 % als Patient zurück. Das heißt, du musst wirklich extrem mehr bezahlen, als wenn du einen Kassenarzt besuchst. Bei der Gebietskrankenkasse ist der Kassentarif 60 Euro und von diesen 60 Euro bekommst du 80 % rückerstattet, wobei beim Wahlarzt dieser Tarif nicht 60 Euro beträgt, sondern um ein Vielfaches mehr. So, jetzt haben diese 16 unbesetzten Kassenpraxen in der Steiermark. Ich habe mit unserem Bürgermeister, natürlich bin ich ständig in Kontakt, wir haben hier in Judenburg und in Zeltweg bereits Praxen hier sozusagen am Plan, zur Verfügung als Anreiz zusätzlich zu dieser GKK-Förderung sind auch die Gemeinden bereit, einen mehrjährigen Mietnachlass zu erwirken bei diesen Ärzten, die sich hier melden um eben diese Kassenpraxen zu besetzen. Ebenso habe ich mit den Bürgermeistern aus Leoben und Bruck an der Mur gesprochen. Die sind seit x-Jahren auf der Suche nach einem Kinder- und Jugendarzt. Der Herr Bürgermeister Wallner hat sogar inseriert in der Zeitschrift *Ärzte Steiermark: Facharzt/Fachärztin für Kinder- und Jugendheilkunde* gesucht. Es ist eine Praxis vorhanden, seit Jahren ist hier die Region unterversorgt. Ebenso der Herr Bürgermeister Koch von Bruck an der Mur mit einer groß angelegten Information, Pressekampagne, sucht der Herr Bürgermeister von Bruck an der Mur, Peter Koch, einen Kinderarzt für diese freie Kassenpraxis. Das heißt, hier in der Region Obersteiermark Ost ist von den Kinderärzten nur mehr eine Dame hier, die betreut, eine zweite ist sozusagen wirklich jetzt auf den Sprung in die Pension, weil sie es einfach nicht mehr schaffen kann. Was können wir jetzt noch tun als außer Anreize zu schaffen, finanzielle, um Ärzte aus der Wahlarztsituation in die Kassenarztsituation zu bringen? Ich weiß es nicht. Wir haben viele, viele Anregungen finanzieller Natur. Wir versuchen alles. Wir haben jetzt, wie eingangs schon gesagt, in der Region Obersteiermark West noch einen Kassenarzt Gynäkologie, den Dr. Veit in Knittelfeld. Der hat mir gesagt, seine MitarbeiterInnen am Telefon sind schon so fertig, weil natürlich Frauen anrufen und sagen, sie wollen eine Untersuchung über eine Kasse haben, weil sie es sich anders nicht leisten können. Der Herr Dr. Veit sagt, er kann niemanden mehr aufnehmen und somit ist es ganz furchtbar auch für die MitarbeiterInnen in dieser Praxis, so das der Herr Dr. Veit, der heuer auch 60 Jahre alt wird, mir am Telefon gesagt hat, liebe Frau Abgeordnete, ich sage dir gleich, wenn das so weitergeht und ich da keine Unterstützung erfahre, werde ich die Kasse auch mit Halbjahr dieses Jahres 2019 zurücklegen und auch Wahlarzt werden. *(Unverständlicher Zwischenruf von LTAbg. Schönleitner.)* Er ist 60 Jahre alt – bitte Lambert, ich kann dir da jetzt nicht folgen, bitte komme heraus – er ist 60 Jahre alt und er sagt, auch er hat das Recht sozusagen, er kann nicht für die gesamte Obersteiermark West hier als

Kassenarzt fungieren. Wir haben große Probleme, was die Kassenarztstellen anlangt, ich rede jetzt ausschließlich hier heute über Kassenpraxen, 16 an der Zahl, in der Steiermark. 3,85 Millionen sind von der Gebietskrankenkasse bereitgestellt, also man hat wirklich versucht, seitens der GKK, der Ärztekammer und auch von Seiten der Gemeinden Anreize zu schaffen. Wir machen Werbung ohne Ende, wir machen Pressekonferenzen, wir reden mit Ärzten, die im LKH sind, ob sie nicht doch eine Kassenstelle annehmen wollen. Wir hoffen, dass das sehr bald und sehr rasch möglich sein wird, dass diese Landkarte der 16 unbesetzten Kassenpraxen kleiner wird. Schöner wäre es, wenn keine mehr frei wäre. (*LTabg. Schönleitner: „Wer ist dafür politisch verantwortlich?“ – Landesrat Mag. Drexler: „Der Selbstverwaltungskörper Sozialversicherung.“*) Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ – 13.38 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sandra Krautwaschl. Bitte schön Frau Abgeordnete.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (13.38 Uhr):

Ich habe gewusst, dass das kommen wird. Danke Frau Präsidentin, ich wollte eigentlich jetzt zu dem Punkt gar nicht reden, aber da ich die Antwort vom Herrn Landesrat kenne zu unserem Antrag und seine Haltung und auch das, was er wiederum gesagt hat, Selbstverwaltung Krankenkassen. Aber nachdem die Gabi Kolar das Problem, das wir haben, oder teilweise haben und ich rede nicht alles schlecht, sondern es ist halt ein Problem im niedergelassenen Bereich, jetzt so eindrücklich und so ausführlich auch geschildert hat, muss man förmlich auch darauf hinweisen, woher dieses Problem kommt und was auch die Intension meines Antrages war, nämlich, es ist von 16 Stellen, die jetzt unbesetzt im Kassenbereich sind, gesprochen worden, aber wir alle wissen, dass es in den nächsten Jahren ärger werden wird das Problem, weil eben so viele Medizinerinnen und Mediziner schon ein gewisses Alter erreicht haben. Darauf bezog sich ja auch mein Antrag, wo man weiß, wenn man da jetzt nicht schnell wen findet, dann ist das die nächste Kassenstelle, die nicht besetzt werden kann und nicht besetzt werden wird. Das war ja genau der Hintergrund für diesen Antrag. Jetzt gibt es da die Erklärung, wir sind nicht zuständig, wir reden aber letztlich im gesamten Kontext der Gesundheitsversorgung, den die Frau Kollegin Holasek sehr schön erklärt hat, davon, dass es da eine Gesamtverantwortung gibt über den Gesundheitsfonds, über das Herstellen. Wir haben heute schon über Bereitschaftsdienst gesprochen, von einer

Versorgung, die den Menschen Vertrauen gibt. Zu diesem Vertrauen gehört natürlich auch, wie du richtig gesagt hast liebe Gabi, dass kassenärztliche Leistungen in ausreichender Weise in Zukunft zur Verfügung stehen werden. (*LTabg. Kolar: „Das steht da.“*) Das werden sie aber nicht, wenn wir nicht jetzt hinschauen, dort, wo eben die Ärztinnen und Ärzte schon sehr alt sind und Verträge teilweise verlängert werden müssen, weil es keine Nachfolge gibt. Wie kann man genau und spezifisch dort Anreize schaffen, die eben nicht nur das Finanzielle anbelangen? Wobei, das finde ich gut, dass es da jetzt etwas gibt und das ist auch für die offenen Stellen vielleicht auch wirkliche eine Möglichkeit, Anreize zu schaffen, sondern auch im Sinne der Wissens- und Kompetenzweitergabe, wo unglaublich viel Expertise droht verloren zu gehen, wenn diese älter werdenden Medizinerinnen und Mediziner nicht einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin finden, wo sie vielleicht in einer gewisser Phase der Übergabe, wo man genau speziell noch zusätzlich etwas erleichtert, mit jungen MedizinerInnen etwas aufbauen zu können und dieses Wissen auch weitergeben zu können, damit gesichert wird, dass nicht noch viel mehr unbesetzbare Kassenstellen in der Steiermark entstehen werden. Genau das war die Intension meines Antrages. Daraufhin gab es inhaltlich gar keine Antwort, was ich sehr schade finde und das, weil du gefragt hast Gabi, ja was sollen wir noch machen, als Anreize setzen? Ja genauer und spezifischer noch Anreize setzen. Genau dort, wo die Versorgung in nächster droht, wirklich wegzubrechen. Da gibt es, denke ich, noch Möglichkeiten. Dazu hätte ich gerne eine Antwort vom Landesrat bzw. auch vom Fonds sonst gehabt im Zusammenwirken mit den Sozialversicherungsträgern, die ist leider nicht gekommen. Finde ich sehr schade und das wird das Problem möglicher Weise in Zukunft noch verstärken. Das wollte ich nur kurz anmerken. (*Beifall bei den Grünen – 13.41 Uhr*)

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet Landesrat Christopher Drexler, bitte schön.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (13.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen im Landtag, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es werden sich die Rahmenbedingungen zur Lösung des Problems auch nicht ändern, wenn wir es noch 27mal gleich aussprechen. Was meine ich damit? Wir haben eine Reihe von Herausforderungen im Bereich der Gesundheitsversorgung. Wir haben, aus meiner Sicht, mit Sicherheit, ist eine dieser Herausforderungen, dass wir im ausreichenden Ausmaß Ärztinnen

und Ärzte haben. Weil, wir sehen auf allen Bereichen, dass wir mehr Nachfrage nach Ärztinnen und Ärzten haben, als wir Angebot an Ärztinnen und Ärzten haben. Da kann mir der Rektor der Medizinuniversität tausendmal erklären, dass wir keinen Ärztemangel haben. Wenn ich immer mehr Nachfrage als Angebot habe, haben wir, aus meiner laienhaften Sicht, einen Mangel. Erste Feststellung. Zweitens, die Erklärungen, die seitens etwa der Medizinuniversitäten und anderer gegeben werden, ja aber Österreich hat im OECD-Vergleich am zweitmeisten Ärztinnen und Ärzte pro tausend Einwohner – hilft mir nichts. Weil mich interessieren nur Ärztinnen und Ärzte, die versorgungsrelevant sind. Es ist sehr schön, wenn eine Wahlärztin Freitagnachmittag am Glacis drei Stunden Traditionelle Chinesische Medizin anbietet, das ist gut, das soll so sein, es ist aber nicht versorgungsrelevant. (*LTA*bg. *Schönleitner*: „Richtig.“) Zweitens: Eine Statistik, wo wir zweiter sind bei den Ärztinnen, Ärzten pro tausend Einwohner, wo Griechenland an der Spitze steht, ist a priori verdächtig. Ich sage das zum wiederholten Male. Weil das ist wie bei der Lebenserwartung, da hat auch halb Europa gerätselt, warum die Griechen so eine lange Lebenserfahrung haben, ist das das Olivenöl, ist das der Feta, ist das die gesunde Meeresluft? Der Hintergrund war, dass die Leute, nachdem sie gestorben sind, nicht von der Pensionsversicherung abgemeldet worden sind. Eine Statistik, bei der Griechenland europaweit an der Spitze steht, findet bei mir zu allererst nicht nur uneingeschränktes Vertrauen. Das ist keine politisch inkorrekte Bemerkung gegenüber unseren griechischen Freundinnen und Freunden in der Europäischen Union. Also, wir haben natürlich mehr Nachfrage als Angebot. Es ist in allen Bereichen so. Wir haben unlängst gehört, dass wir zirka 80 ärztliche Dienstposten in der KAGES aktuell nicht besetzen können von 2.500. Wir sehen das beschriebene Problem der Sozialversicherung im Bereich der niedergelassenen Ärzte. Ich kann Ihnen sagen, auch wenn wir als Land im Rahmen dieser öffentlichen Sanitätsdienste Amtsärztinnen oder Amtsärzte ausschreiben, insbesondere für Bezirkshauptmannschaften, schwierig bis sehr schwierig. Reden Sie mit Reha-Zentren, reden Sie mit dem privatmedizinischen Bereich. Das heißt, da gibt es auch Beschlüsse, einstimmige Beschlüsse der Gesundheitsreferenten beispielsweise, dass es sinnvoll wäre, mehr Medizinerinnen und Mediziner auszubilden. Weil es ist ja ein bizarres Bild, wenn wir da 3.000 – 4.000 junge Menschen in der Stadthalle haben, die offensichtlich Ärztinnen/Ärzte werden wollen und dann nehmen wir 380 auf und alle andere schicken wir heim. Die müssen dann halt etwas anderes studieren oder sonst etwas machen (*Beifall LTA*bg. *Kolar*) Damit der Applaus von der linken Seite nicht zu heftig wird, ich könnte mir auch Studiengebühren vorstellen. (*Beifall*

LTabg. Dr. Murgg) Aber, dennoch zu dem jetzt konkret besprochenen Problem. Liebe Frau Abgeordnete Krautwaschl, es ist nun einmal so, dass der niedergelassene Bereich, der Bereich von, wie der Name schon sagt, Kassenarztstellen im Bereich der Zuständigkeit der Krankenkassen ist. Jetzt könnte ich nämlich auch einmal den Spieß umdrehen. Waren es nicht just Ihre Kolleginnen und Kollegen, die zwar nicht mehr im Parlament sind, aber dennoch noch die Innenpolitik kommentieren? Waren es nicht auch die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie und diese von dieser Gruppe, die jetzt den Namen „Jetzt“ hat, die erklärt haben, bitte, dass schon die Reform der Sozialversicherung, die der Nationalrat beschlossen hat und die die neue Bundesregierung vorgenommen hat, ein Angriff auf die Selbstverwaltung war, eine Verstaatlichung des Gesundheitssystems. Ja Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt müssen Sie sich dann bald entscheiden. Selbstverwaltungskörper ja, dann ist aber auch die Selbstverwaltung dafür zuständig, oder nein, dann machen wir aber eine weitgehendere Reform, als die, die bereits stattgefunden hat. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. *(Beifall bei der ÖVP)* Wir können nicht die Zuständigkeiten einfach herumschieben. Dennoch geht es um partnerschaftliche Bewältigung der Probleme, es geht um partnerschaftliche Bewältigung der Probleme. Deswegen gibt es ja eine Bundes- und eine Landeszielsteuerung seit 2013. Deswegen gibt es das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden, ja Bund, Ländern und Sozialversicherung. *(LTabg. Schönleitner: „Warum hat unser ausuferndes Wahlarztssystem niemand in den Griff bekommen, Herr Landesrat? Das ist das Problem.“)* Bitte? *(LTabg. Schönleitner: „Warum hat das ausufernde Wahlarztssystem niemand in den Griff bekommen?“)* Ja, das bringe ich ganz einfach in den Griff. Wenn wir morgen damit aufhören, dass wir den Wahlarztbesuch von der gesetzlichen Krankenversicherung rückerstatten lassen, haben wir übermorgen kein Wahlarztproblem mehr, weil dann jene, die dann ihr Heil in der reinen Privatmedizin suchen, werden überbleiben im Wahlarztbereich. Alle anderen werden sich bemühen einen Kassenvertrag zu bekommen. Das geht relativ einfach. Aber dazu braucht es auch einen großen gesellschaftlichen Konsens und den werden Sie zumindest mit der Ärztekammer nicht finden, den werden Sie wahrscheinlich auch mit weiten Teilen, der im Nationalrat vertretenen, im Unterschied zu Ihnen, im Nationalrat vertretenen Parteien auch nicht finden. Das ist einfach die Realität. Wir können daher nur Schritt für Schritt nach partnerschaftlichen Lösungen dieser Probleme suchen. Ich bin der Letzte der sagt, das geht uns als Landesregierung, das geht uns als Land, das geht uns oder mir als Gesundheitslandesrat nichts an. Ich muss Ihnen aber sagen, ich kann weder in die

Sozialversicherung eingreifen, ich kann nicht eingreifen in Verhandlungen zwischen Ärztekammer und Sozialversicherung, ich kann höchstens moderierend, bittend, vermittelnd, untertänigst um gute Lösungen bitten, aber ich kann nicht auf einen Knopf drücken und sagen: Gebietskrankenkassa mache jenes, Ärztekammer schweigt dazu. Das ist ja bitte schön um Himmelswillen, wie ich annehme, auch nicht jenes gesellschaftliche Modell, das im Kern Ihrer grünen Sehnsüchte steht. Bemühen wir uns gemeinsam, diese Dinge in den Griff zu bekommen. Gerne bin ich da Ansprechpartner und Ideensammler, wenn jemand sachdienliche Hinweise und gute Ideen hat, überhaupt keine Frage, aber ich bitte Sie schon, die Rechtsordnung, die Zuständigkeiten, die Kompetenzverteilung und dergleichen zumindest ansatzweise auch in Ihre Überlegungen miteinzubeziehen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 13.49 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2953/7, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 3218/2, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend „Prüfung für Aufwendungen der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m.b.H. für in Auftrag gegebene externe Beratungsleistungen“ (Einl.Zahl 2619/2, Beschluss Nr. 940) zum Bericht, Einl.Zahl 3218/1.

Es gibt keine Wortmeldungen. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3218/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, KPÖ und FPÖ und den Grünen die erforderliche Mehrheit. (*LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck: „Nein, wir haben nicht zugestimmt.“*) Also ohne die Grünen die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 10 und 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 3193/2, betreffend Jahresbericht 2018 – Gesamtkostenverfolgung zum Bericht, Einl.Zahl 3193/1.

und TOP

11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 3212/2, betreffend Tätigkeitsbericht 2018 zum Bericht, Einl.Zahl 3212/1.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Bernadette Kerschler. Bitte schön Bernadette.

LTAbg. Mag. Kerschler – SPÖ (13.52 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ganz kurz zu den zwei Berichten, zum Tätigkeitsbericht des Landesrechnungshofes und zum Jahresbericht der Gesamtkostenverfolgung. Die zwei Berichte sind sehr gute Berichte, sehr ausführliche Berichte und sehr gut strukturierte Berichte und ich möchte mich auch ganz zu Beginn gleich beim Landesrechnungshof bedanken für die sehr gute Berichtsarbeit. Grundsätzlich: Die Aufgaben des Landesrechnungshofes sind uns ja bekannt. Zum Bericht, zum Tätigkeitsbericht des Landesrechnungshofes, die Aufgaben sind ja in der Gebarungskontrolle, in der Projektkontrolle, in der Gesamtkostenverfolgung von Projekten, dazu gibt es ja auch den zweiten Bericht, den Tätigkeitsbericht in der Mitwirkung an unionsrechtlicher Finanzkontrolle, das sehen wir nicht so oft, das kommt uns nicht so oft

unter, in der Stellungnahme zu finanziellen Auswirkungen zu Gesetzesvorschlägen und in der Stellungnahme zum Entwurf des Landesbudgets und des Landesrechnungsabschlusses. Also Kontrolle und beratende Funktion, ganz viel Fortbildung können wir dem Bericht entnehmen. Ganz viel Vernetzungen im Land, transnational und international und das finde ich sehr erfreulich, dass unser Landesrechnungshof auch sehr viel Austausch pflegt und sehr viel Netzwerkarbeit leistet. Besonderes Augenmerk legen wir immer, wenn ein Bericht kommt, zur Gebarungskontrolle und Berichte und Stellungnahmen dazu. Hier schauen wir genauer hin, egal, ob es jetzt Landesgebarung oder Gemeindegebarung ist. Hier wird sehr gute Arbeit geleistet und wir sind natürlich nicht immer hoch erfreut, wenn es hiezu Rechnungshofberichte gibt, aber sie sind sehr wichtig und helfen uns mit ihren Stellungnahmen auch sehr gut weiter. Die Transnationale Arbeit und die Vernetzungsarbeit finden nicht immer so eine hohe Beachtung, wie ihnen vielleicht gebührt, aber auch hier bin ich sehr dankbar darüber, dass der Landesrechnungshof so eine gute und wertvolle Arbeit leistet. Weil, durch diesen Erfahrungsaustausch und durch diese Vernetzungsarbeit sehen wir erstens, wo der Landesrechnungshof Steiermark steht, wie gut die Arbeit ist und wie gut es sich weiterentwickelt. Ich denke, das Wissen, das daraus generiert wird und wieder für die Arbeit im Land geleistet wird und für die Arbeit des Landesrechnungshofes genutzt werden kann, bringt uns wieder weiter und wir sehen, wie hoch der Standard ist und wie gut hier weitergearbeitet werden kann. Ein paar Worte noch zum Bericht der Gesamtkostenverfolgung 2018. Aus diesem Bericht kann man ersehen, dass der Landesrechnungshof Steiermark die Gesamtkosten bei acht Projekten im Jahr 2018 verfolgt hat. In keinem der Projekte wurde eine zu erwartende Überschreitung der Sollkosten von mehr als 20 % festgestellt. Bei vier Projekten ist von einer Unterschreitung der Sollkosten auszugehen. Bei zwei Projekten zeichnet sich eine Überschreitung der Sollkosten ab. Auch bei diesem Projekt kann man die sehr hohe Qualität und Sorgfalt des Landesrechnungshofes Steiermark und seiner Arbeit ablesen. Ich möchte mich hier wirklich ausdrücklich bedanken als Kontrollsprecherin meiner Fraktion und ich denke mir, auch im Namen der anderen. Herzlichen Dank an den Landesrechnungshof und ich bitte um Kenntnisnahme. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.55 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Marco Triller, bitte schön.

LTabg. Triller, BA. – FPÖ (13.56 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin!

Ich glaube, ausführlicher als die Frau Kollegin Kerschler kann man es gar nicht mehr bringen. Vielen herzlichen Dank dafür, du hast wirklich alles gesagt, was auch ich sagen wollte. Ich möchte mich als Vorsitzender des Kontrollausschusses sehr, sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit bei allen Mitgliedern des Kontrollausschusses bedanken, vor allem auch beim Landesrechnungshofdirektor und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wirklich gute Zusammenarbeit bedanken. Wir werden ja im Juni dann eine Reise auch antreten. Ich glaube sogar, es ist die erste Reise in dieser Art und Weise, wo der Kontrollausschuss gemeinsam mit Vertretern des Landesrechnungshofes den Europäischen Rechnungshof auch besuchen wird. Ich glaube, das wird ebenfalls eine tolle Geschichte werden. Ich freue mich auf jeden Fall darauf und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit. Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei der FPÖ – 13.57 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schnitzer, bitte schön.

LTabg. Schnitzer – ÖVP (13.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, werte Damen und Herren!

Ich kann mich den Worten unseres Vorsitzenden nur anschließen, nämlich mich einerseits für das gute Klima im Kontrollausschuss zu bedanken, vor allem auch für die Tätigkeit des Landesrechnungshofes und vor allem auch seines Präsidenten und aller Mitarbeiter. Die Kollegin Kerschler hat ja inhaltlich zu beiden Stücken schon sehr, sehr ausführlich berichtet. Mir ist es aber wichtig, nur eine Zahl zu nennen. Wenn man den gesamten Tätigkeitsbericht liest aus dem Jahr 2018 beginnt man ja wie üblicherweise beim Vorwort und da steht eine ganz entscheidende Zahl drinnen, dass nämlich von der Zahl von 75 % der Umsetzungsempfehlungen aus dem Jahr 2017 im Jahr 2018 diese Zahl um 5 % auf 80 % gesteigert werden konnte. Das zeigt, dass die Arbeit des Landesrechnungshofes nicht nur wichtig ist, sondern auch gehört wird von den geprüften Stellen und damit natürlich auch einhergeht, dass es zu einer Verbesserung dient. Insofern ist es gut, dass wir als Landtag dieses Kontrollorgan haben, welches unabhängig und objektiv prüft und in diesem Sinne ein ganz, ganz großes Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an der Spitze den Herrn Direktor und aber auch an den Vorsitzführenden, ich glaube, das Klima in dem

Kontrollausschuss ist positiv und positiv zu beurteilen. In diesem Sinne vielen, vielen Dank.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.59 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Damit kommen wir zu den Abstimmungen:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3193/2 zu TOP 10 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3212/2 zu TOP 11 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, Gegenprobe.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfragen. Am Mittwoch, dem 24. April 2019 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3277/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „**Erster Stresstest für neuen Ärztebereitschaftsdienst offenbart umgehenden Handlungsbedarf**“ eingebracht. Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Mag. Stefan Hermann das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (14.00 Uhr): Danke schön Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Mit 01. April trat die Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Kraft, haben wir in der Früh schon diskutiert. Es kam zu einer gänzlichen Neuaufstellung, so wurde auch die Anzahl der Sprengel von 94 auf 24 reduziert. Warum brauchte man diese Reform? Wenn man den Gesundheitsfonds und der Begründung des Gesundheitsfonds auch Glauben schenkt deshalb, weil auch in der Vergangenheit Dienste nicht mehr zur Gänze besetzt werden konnten. Es kam dadurch zur persönlichen Überlastung von einigen Ärzten. Die Inanspruchnahme des Bereitschaftsdienstes sei nur zu einem geringen Ausmaß gegeben gewesen. Was sind die

Ziele dieser Neuregelung oder was sollten die Ziele sein? Eine verbesserte Versorgung der Bevölkerung, dann eben diese Einrichtung dieses steiermarkweiten Gesundheitstelefon mit der Nummer 1450. Eine zentrale Anlaufstelle für alle medizinischen Anliegen soll dadurch geschaffen werden und im Unterschied zum alten System sollen sich Mediziner freiwillig aussuchen können, in welchem Sprengel sie Bereitschaftsdienst auch ausüben sollen. Es soll dadurch ein größerer Pool an Ärzten geschaffen werden und das neue System soll für die Ärzte profitabler werden, da sie ein höheres Honorar pro Stunde bei gleichzeitigen geringeren Dienstzeiten erhalten. Es steht auch nach unserer Ansicht außer Zweifel, dass das alte System nicht überall in der Steiermark zukunftsfähig war und dass es auch Reformen braucht. Leider wurden, wie so oft, Bedenken und berechtigte Kritik am neuen System, die im Vorfeld geäußert wurden nicht gehört und fanden keine Zustimmung der Landesregierung. So wurde im Vorfeld kritisiert, dass die größeren Versorgungssprengel auch Probleme mit sich bringen werden. Es kommt nämlich zu mehr Patienten für die einzelnen Ärzte und zu längeren Fahrtstrecken. Einige Bezirke meinten im alten System eine gute Abdeckung gehabt zu haben und dass das neue System auf regionale Unterschiede nicht im nötigen Maße eingehen würde. Ein Monat, nach der Einführung dieses Bereitschaftsdienstes wurden die ersten Zwischenbilanzen in den steirischen Bezirken gezogen und diese fielen, gelinde gesagt, durchwachsen aus. So berichtete die Kleine Zeitung am 20. April von Fehlern und Lücken des neuen Systems. So äußerten Mediziner aus allen steirischen Bezirken durchaus heftige Kritik. In Bruck-Mürzzuschlag und Hartberg-Fürstenfeld war man noch vorsichtig optimistisch. Die Mediziner dort meinten, der Bereitschaftsdienst hätte noch Kinderkrankheiten und es war ausschließlich von zu großen Sprengeln die Rede. In der Südoststeiermark fiel das Urteil der Ärzteschaft äußerst negativ aus. So meinte Bezirksärztevertreter Kowatsch, es wäre kein Interesse bei Ärzten da, am neuen Modell teilzunehmen. Die Voraussetzung für konstruktive Arbeit der Ärzte sei schlichtweg nicht gegeben. In Leoben konnten nur 30 % der Dienste besetzt werden, meinte Bezirksärztevertreter Brauer. Er spricht von unattraktiven Rahmenbedingungen für die Mediziner. In Weiz sprach man davon, dass nur eine Handvoll Ärzte mitmachen würden, weil die Fahrtstrecken zu weit sein würden. Besonders vernichtend fällt das Urteil im Bezirk Liezen aus. So meint der Mediziner Dr. Georg Fritsch, die Abdeckung an Ärzten sei von 100 % auf 21 % gefallen. Das System sei falsch aufgesetzt. Lieber Herr Landesrat, offensichtlich erfreuen sich die gesundheitspolitischen Leistungen von Ihnen im Bezirk Liezen nicht gerade einer großen Beliebtheit. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber nicht nur die Ärzte melden sich kritisch zu Wort, es gab auch erste Berichte von Patienten, die

auch in den Medien bekannt wurden und so möchte ich eine Geschichte wiedergeben, die am 24. April in der Kleinen Zeitung Murtal zu lesen war. Es geht um ein Martyrium, das einer Fohnsdorferin am Karsamstag widerfahren ist. Ihr vierjähriger Sohn bekam Fieber und klagte über Ohrenschmerzen. Also hat sie das Gesundheitstelefon angerufen. Nach ewigem Läuten meldet sich ein Mitarbeiter des Roten Kreuzes und sagt, dass die Wartezeit aktuell mindestens zwei Stunden betragen würde. Sie verweist dann, leicht schockiert, auf die starken Schmerzen ihres Kindes und der Mann sagt, sie möge die Leitung freimachen, es könnte ein akuter Notfall hereinkommen. Der besorgten Mutter wurde dann die Telefonnummer der nächsten diensthabenden Ärztin, sieben Kilometer entfernt, von diesem Mitarbeiter mitgeteilt. Die Mutter ruft dort an und bei dieser Arztpraxis läuft ein Anrufbeantworter mit der Meldung, dass die Ordination ab 01. April am Wochenende nicht mehr besetzt ist. Verzweifelt wendet sich die junge Mutter an das LKH Leoben, dort erfährt sie, an diesem Tag nicht die Einzige gewesen zu sein, es hätten bereits sieben Anrufer aus der Region Hilfe gesucht, da man beim Gesundheitstelefon schlichtweg nicht durchkommt. Die Geschichte geht gut aus, sie fährt mit ihrem kranken Kind 45 Kilometer weit nach Leoben und das Kind wird dort versorgt. Die Mutter zieht Bilanz: „Für mich ist das neue Gesundheitstelefon ein Witz.“ Ein Vorfall, bei dem die Alarmglocken schrillen müssen. Eine Aneinanderreihung unglücklicher Umstände, oder ist es symptomatisch für das neue Bereitschaftssystem? Man darf auf jeden Fall nicht zur Tagesordnung übergehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Neben PatientInnen und Ärzten haben auch Vertreter der Kommunalpolitik Kritik an dem System geäußert. So meinte beispielsweise der Präsident des Gemeindeforums, Otmar Hiebaum, dass die Bereitschaftsmodelle den Gemeinden teilweise ohne Information auf das Auge gedrückt worden sind und dass dadurch funktionierende Modelle zerschlagen worden wären. Die Experimente werden ohne Vorwarnungen durchgedrückt worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem wir in der Früh schon breit diskutiert haben, möchte ich nicht zu lange werden. Ich möchte nur noch einmal betonen, dass die vielschichtige Kritik, die geäußert wurde und die Berichterstattung darüber in der Kleinen Zeitung zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führt und dieser Verunsicherung muss die Landespolitik entgegentreten. Frau Klubobfrau Riener hat in der Früh auch gesagt, es gehören diese Meldungen bearbeitet und diese Fehlentwicklungen abgestellt. Wir Freiheitlichen sträuben uns nicht gegen Reformen, die aufgetretenen Schwachpunkte müssen jedoch analysiert und ohne Denkverbote und ohne rasche Entscheidungen auch abgestellt werden. Das Thema ist, wie heute schon gesagt, zu heikel. Wir halten auch nichts davon, das oberösterreichische

Modell einfach über die Steiermark zu stülpen, da man auf regionale Unterschiede auch entsprechend eingehen muss. Der Hinweis, es handle sich um Kinderkrankheiten bei diesem neuen Modell, der soll auf jeden Fall ins Leere laufen, da die Gesundheitsversorgung zu wichtig ist um zuzuwarten, man muss rasch handeln. Die Verantwortungsträger sind also aufgefordert, das System im Sinne der Patienten rasch weiterzuentwickeln. Es stehen schließlich in den nächsten Wochen auch wieder verlängerte Wochenenden ins Haus und hier muss es das Ansinnen von uns allen hier sein, eine adäquate Gesundheitsversorgung auch an Fenstertagen und langen Wochenenden sicherzustellen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich komme schon zu den Fragen:

Frage eins:

Wie viele Ärzte haben sich in den jeweiligen Bezirken bisher in das neue Bereitschaftsdienst-System angemeldet und wie viele von ihnen haben bisher tatsächlich Dienste übernommen?

Frage zwei:

Wie viele Ärzte müssten in den jeweiligen Bezirken angemeldet sein, damit eine durchgehende Besetzung in sämtlichen Sprengeln mit hoher Wahrscheinlichkeit sichergestellt werden kann?

Frage drei:

Wie stellte sich die durchschnittliche Besetzung des neuen Bereitschaftsdienstes in den jeweiligen Sprengeln seit dessen Einführung Anfang April dieses Jahres bisher dar?

Frage vier:

In welchen Sprengeln war der neue Bereitschaftsdienst am Karsamstag durchgehend besetzt?

Frage fünf:

In welchen Sprengeln war der neue Bereitschaftsdienst am Ostersonntag durchgehend besetzt?

Frage sechs:

In welchen Sprengeln war der neue Bereitschaftsdienst am Ostermontag durchgehend besetzt?

Frage sieben:

Wie lange mussten die Anrufer beim Gesundheitstelefon seit Einführung des neuen Systems durchschnittlich warten, um abseits von Notfällen eine entsprechende Beratung zu erhalten?

Frage acht:

Wie lange dauerte die anschließende Beratung durch die Mitarbeiter des Gesundheitstelefons durchschnittlich?

Frage neun:

In wie viel Prozent aller Fälle erwies sich diese Beratung als ausreichend, wie viel Prozent wurden an einen diensthabenden Arzt verwiesen, wie viel Prozent wurden durch das Rote Kreuz versorgt bzw. an Spitalsambulanzen verwiesen?

Frage zehn:

Wie lange mussten Anrufer beim Gesundheitstelefon an den Osterfeiertagen durchschnittlich warten, um abseits von Notfällen eine entsprechende Beratung zu erhalten?

Frage elf:

Welche Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge seitens der Ärzteschaft hinsichtlich des neuen Bereitschaftsdienstes sind Ihnen bekannt?

Frage zwölf:

Welche Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge seitens der Patienten hinsichtlich des neuen Bereitschaftssystems sind Ihnen bekannt?

Frage 13:

Welche Maßnahmen bzw. Adaptierungen sind angedacht, um Ärzte für den neuen Bereitschaftsdienst zu gewinnen bzw. um die Besetzungsrate in den einzelnen Sprengeln zu erhöhen und wann werden diese Maßnahmen bzw. Adaptierungen umgesetzt?

Frage 14:

Welche Maßnahmen bzw. Adaptierungen sind angedacht, um die Wartezeiten für Anrufer beim Gesundheitstelefon insbesondere an Wochenenden und Feiertagen zu verkürzen und wann werden diese Maßnahmen bzw. Adaptierungen umgesetzt?

Frage 15:

Was entgegnen Sie der Kritik des Präsidenten des Gemeindeforums Steiermark Otmar Hiebaum, wonach größtenteils funktionierende Bereitschaftsmodelle ohne Information an die Gemeinden einfach außer Kraft gesetzt wurden?

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Beantwortung. (*Beifall bei der FPÖ – 14.11 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Ich erteile Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (14.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegin auf der Regierungsbank, meine verehrten Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Tatsächlich ist es ja so, dass wir heute bereits zu Beginn dieser Sitzung eine Aktuelle Stunde zu eben jenem Thema durchgeführt haben und ich werde mich daher auch bemühen, möglichst ohne Redundanzen und ohne zu ausführliche allgemeine Erwägungen hier zu antworten. Ich möchte daher gleich direkt zur Beantwortung der einzelnen Fragen kommen.

Zur ersten Frage:

Derzeit haben insgesamt 320 Ärzte ihre Teilnahmeerklärung beim Gesundheitsfonds Steiermark eingereicht. Da gibt es theoretisch auch Mehrfachnennungen, weil sich ja ein Arzt auch für zwei Regionen beispielsweise potentiell bereithalten könnte. Ich darf Ihnen sagen, genau jetzt beziehungsweise auf Ihre konkrete Frage. Region eins, Ausseerland: Bereit erklärt 35 mit Buchungen – Buchungen nennen wir die Teilnahme an einem konkreten Bereitschaftsdienst – 12 Ärzte. Raum Schladming: Bereit 28, teilgenommen acht. Raum Liezen: Bereit 32, teilgenommen sechs, Raum Murau: Bereit 31, teilgenommen neun, Judenburg: 35, sechs gebucht. Eisenerz: 23 bereit, drei gebucht. Knittelfeld: 42 bereit, 13 gebucht. Kapfenberg: 29 bereit, acht gebucht. Mariazellerland: 25 bereit, vier gebucht. Kindberg/Mürzzuschlag: 33 bereit, sechs bisher mit Buchungen. Hartberg/Joglland: 36 bereit, acht mit Buchungen. Weiz: 39, neun. Raum Fürstenfeld: 34, neun. Gleisdorf: 37, sieben. Bad Radkersburg/Gnas/Strass/Spielfeld: 41, acht. Leibnitz: 55, 19. Deutschlandsberg: 54, 19, Raum Wildon: 69, 15. Voitsberg/Köflach: 45, zehn. Graz: 79,30. Raum Laßnitzhöhe: 60,14. Gratwein/Frohnleiten: 46,11. Feldbach: 34, fünf. Leoben/Bruck/Mur: 44, acht. Macht inklusive Mehrfachnennungen 986 Gesamtmeldungen, 320 Ärztinnen und Ärzte sind das.

Ad zwei:

Eine Woche ohne zusätzliche Feiertage besteht derzeit aus 399 Diensten. 366 außerhalb von Graz, 33 in Graz. Wie viele Ärzte in den jeweiligen Bezirken eingemeldet sein müssen, ist nicht wirklich darstellbar, wenn nämlich beispielsweise in einer Region jeder Dienst in einer Woche durch unterschiedliche Ärzte besetzt wird, wären dies insgesamt 15 Ärzte um eine 100 %ige Abdeckung zu erreichen. Wenn aber schon nur ein Arzt mehrere Dienste übernimmt, brauche ich natürlich nicht mehr gleich viel Ärzte. Das ist irgendwie logisch, also insofern haben sie da eine gewisse Bandbreite. Man muss allerdings bedenken, dass die teilnehmenden Ärzte oft mehrere Dienste in einer Woche buchen, somit wird die Zahl der Ärzte, die den jeweiligen Bezirken eingemeldet sein müssen um eine durchgehende

Besetzung in sämtlichen Sprengeln mit hoher Wahrscheinlichkeit sicherzustellen, von Region zu Region variieren. Wenn sich z.B. ein Arzt beispielsweise das gesamte Wochenende einmeldet, also Samstag und Sonntag von 07.00 Uhr – 24.00 Uhr, solche Fälle gibt es sogar in der Realität, werden von einer Person sechs Dienste abgedeckt, logischerweise, weil das eben dann sechs Dienste wären.

Ad drei:

Kann ich Ihnen sagen, da geht es um die durchschnittliche Besetzung des neuen Bereitschaftsdienstes in den jeweiligen Sprengeln. Eins: Ausseerland – ich mache es, ich meine, das haben wir jetzt auf jede Woche nämlich sogar dargestellt, also im Ausseerland. Besonders erfreulich waren es in der ersten Woche schon 93,33 % und in der vierten Woche 100 %. Insgesamt waren in den ersten vier Wochen die Bereitschaftsdienste zu mehr als 70 % besetzt. Das variiert allerdings regional nicht unerheblich, weil, wie gesagt, erste Woche Ausseerland 93,33 %, Raum Schladming 53,33 %, Raum Liezen 66,67 %, Murau 26,67 %, Judenburg 4,55 %, Eisenerz, Land 73,33 %, Knittelfeld, Trofaiach 18,18 %, Kapfenberg 53,33 %, Mariazellerland 93,33 %, Kindberg/Mürzzuschlag 100 %, Hartberg/Joglland 22,73 %, Weiz 26,67 %, Raum Fürstenfeld 66,67 %, Gleisdorf 46,67 %, Bad Radkersburg/Gnas/Strass/Spielfeld 33,33 %, Leibnitz 86,67 %, Deutschlandsberg 86,67 %, Raum Wildon 100 %, Voitsberg/Köflach 100 %, Graz 78,79 %, Raum Laßnitzhöhe 46,67 %, Gratwein/Frohnleiten 46,67 %, Feldbach – eine bekannte Problemregion in diesem Zusammenhang – 6,67 %, Leoben/Bruck/Mur 66,67 %. Das war die erste Woche. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen jetzt zum Vergleich noch die letzte Woche, die vierte Woche geben. Da ist eben Aussee 100 %, Schladming 42 %, Liezen 73,7 %, Murau 68,4 %, Judenburg noch immer bescheidene 7,69 %, Eisenerz/Land 73,68 % - im Übrigen, das ist Eisenerz/Landl z.B. eine Region, wo die Bemerkungen bezüglich der langen Anfahrtswege zutreffen würde. Da müsste dann nach Ihrer Logik sich kaum einer melden. Melden sich aber relativ viele – Knittelfeld/Trofaiach 26,9 %, Kapfenberg 42 %, Mariazellerland 78,9 %, Kindberg 15,8 %, Hartberg/Joglland 23 %, Weiz 57,9 %, Raum Fürstenfeld 47,4 %, Gleisdorf 84,2 %, Radkersburg usw. 57,9 %, Leibnitz 84,2 %, Deutschlandsberg 94,8 %, Wildon 100 %, Voitsberg/Köflach 68,4 %, Graz 82 %, Laßnitzhöhe 78,9 %, Gratwein/Frohnleiten 78,9 % Feldbach 10,5 %, Leoben/Bruck/Mur 63 %. Gesamt 73 %, in der ersten Woche waren es gesamt 70 %. Das ist so ungefähr die Situation und Sie sehen, so deutlich die regionalen Schwankungen sind, dass ich nur kurz eines anmerken darf, das kann nicht nur das System sein. Wenn also in der Region Feldbach, und Feldbach ist auch nicht das weitläufigste

überhaupt, wenn in der Region Feldbach zwischen 6,7 und 10,5 % Teilnahme am Bereitschaftsdienst ist und eben im Ausseerland zwischen 93 und 100 % und in Eisenerz Land zwischen 73 und 100 % und im Mariazellerland zwischen 93 und 100 % oder im Raum Wildon überhaupt immer 100 % sind, dann gibt es hier schon ganz spezielle, auch regionale Befindlichkeiten, wo ich Ihnen auch sage, da werden wir natürlich in Gespräche eintreten. Da werde ich vor allem auch ersuchen, die Gebietskrankenkasse in Gesprächen mit ihren Vertragspartnerinnen und Vertragspartnern einzutreten. Wenn mir berichtet wird aus Besprechungen, dass ein Arzt, der sich sogar grundsätzlich bereit erklärt hat teilzunehmen, an seine Standesgenossen appelliert nur ja nicht teilzunehmen, weil die werden schon noch sehen, dass wir eine bessere Verhandlungsposition bekommen, nämlich wir als Ärzte, weil offensichtlich die Tarife noch immer nicht ausreichen oder was auch immer. Wenn ich so etwas höre, dann denke ich mir schon auch meinen Teil, ehrlich gesagt. Weil die Verantwortung dafür, dass wir dieses Vertrauen bei der Bevölkerung erreichen und die Verantwortung dafür, dass die Versorgung für die Bevölkerung im ausreichenden Maße aufrechterhalten wird, ich sage noch einmal zu ökonomisch durchaus attraktiven Bedingungen für die Ärztinnen und Ärzte. Die Verantwortung trifft nicht nur jene, die hier im Raum einen Eid auf die Verfassung abgelegt haben, sondern der trifft auch jene, die den hippokratischen Eid abgelegt haben, das möchte ich einmal in aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Damit mich niemand falsch versteht, ein großes Danke an die 320 Ärztinnen und Ärzte, die hier teilnehmen, ein großes Danke an all jene, die diese Bereitschaftsdienste übernehmen, ein großes Danke an all jene, die in den anderen Stufen der Versorgung, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr ihre Aufgabe übernehmen. Das ist großartiges Engagement, aber jene, die lediglich Cherry Picking betreiben, müssen wir in so einem System auch ausfindig machen. Das kann jeder machen, aber er soll keine Verträge eingehen, die er dann nicht entsprechend einhält und insofern werden wir viele auch solcher Gespräche zu führen haben.

Zur vierten Frage, das war die Frage bezüglich Karsamstag:

Voll besetzt waren: Ausseerland, Raum Liezen, Eisenerz/Landl, Mariazellerland, Weiz, Leibnitz, Raum Wildon, Voitsberg/Köflach und Graz.

Teilweise besetzt waren: Raum Schladming, Murau, Kapfenberg, Kindberg/Mürzzuschlag, Gleisdorf, Bad Radkersburg, Gnas, Strass, Spielfeld, Deutschlandsberg, Raum Laßnitzhöhe, Leoben, Bruck/Mur.

Nicht besetzt: Judenburg, Knittelfeld, Trofaiach, Hartberg/Joglland, Raum Fürstenfeld, Gratwein, Frohnleiten.

Was passiert bei Anrufen und nicht besetzten Bereitschaftsdiensten? Es gibt dann drei Möglichkeiten - bei Anrufen bei 1450, was passiert, wenn in der Region wo der ist, kein Bereitschaftsdienst in dieser Phase vorhanden war? Dann wird entweder erstens an eine geöffnete Ordination verwiesen. Das ist genau das, was im heute zweimal genannten Beispiel offensichtlich vorgefallen ist und dann ist es natürlich unerträglich, wenn die als geöffnet gemeldete Ordination nicht geöffnet ist. Ich glaube, dass wir jetzt, in diesem Monat April 2019 überhaupt zum ersten Mal wirklich draufkommen, wenn so etwas und wo so etwas der Fall ist. Das heißt natürlich, dass auch die von der Ärztekammer geführte Evidenz, wann welche Ordination offen hat, die im Internet ersichtlich ist und die natürlich auch die Basis für das Rote Kreuz darstellt, dass man das aktueller und schneller aktueller haben muss. Natürlich ist es so, dass auch die Gebietskrankenkasse sehr interessiert daran sein wird, wer Regelordinationen im Rahmen der Verpflichtung Ordination offenzuhalten eine Ordination nicht offenhält. Das ist sicher interessant. Weil ich sage ganz ehrlich, strenge Rechnung gute Freunde, Pacta sunt servanda, und offensichtlich muss man hier manche daran gewöhnen, wir halten gerne alles ein, aber dann müssen alle anderen auch alles einhalten. Die zweite Möglichkeit ist, dass die Visite, falls sie angezeigt ist, durch einen Arzt oder eine Ärztin, aus einer Nachbarregion übernommen wird. Das ist natürlich für die wieder unerquicklich, weil der ja dann in jedem Fall noch länger fahren muss, weils angeblich eh schon zu weit, wie manche kritisieren. Oder drittens, der Patient oder die Patientin wird zu einem Krankenhaus geschickt oder im Bedarfsfall von der Rettung in das Krankenhaus gebracht.

Zu fünftens, in welchen Sprengeln war der neue Bereitschaftsdienst am Ostersonntag durchgehend besetzt:

Also, nachdem Sie jetzt alle die Sprengel schon kennen, tue ich jetzt nur mehr die Nummer verlesen, sparen wir wieder eine Minute.

Vollbesetzt: eins, drei, sechs, neun, 15, 16, 17, 18, 20 und 22.

Teilweise besetzt: sieben, acht, elf, zwölf, 13, 14, 19, 21, 24.

Nicht besetzt: zwei, vier, fünf, zehn, 23.

Für Ostermontag, das ist die Frage sechs:

Vollbesetzt: eins, zwei, sechs, acht, neun, zwölf, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21.

Teilweise besetzt: drei, vier, zehn, 19, 22, 24.

Nicht besetzt: fünf, sieben, elf, 13, 23.

Also Sie sehen, auch hier entlang, dass die regionale Streuung einfach die gleiche ist, wenn ich jetzt nur so richtig gesehen habe, war Judenburg nie besetzt. Das kann irgendwie nicht ganz mit rechten Dingen zugehen, respektive genau diese Dinge werden wir uns natürlich anschauen.

Zu sieben:

Die Abhebezeit liegt derzeit im Mittel bei zirka 35 Sekunden. Es wird bei jedem Anrufer bzw. bei jeder Anruferin zuerst geklärt, ob er oder sie ein medizinischer Notfall ist oder ob nur eine Beratung benötigt wird. Die Auskunftserteilung zu geöffneten Ordinationen etc. wird auch sofort durchgeführt. Sie sehen, es gibt eine breite Spannbreite der Gründe für Anrufe. Ich habe mir das gestern Vormittag auch im Detail erklären lassen von jenen, die jetzt in der Praxis mit der Umsetzung zu tun haben. Vielleicht muss sich auch das ein wenig einspielen, wenn ich es Ihnen ganz ehrlich sage. Also wenn ich mich beim Nägelschneiden in den Nagel verschneide, weiß ich noch nicht, ob ich jetzt jedes Mal das Gesundheitstelefon ansteuern muss. Wenn ich mir natürlich die Fingerkuppe abtrenne mit dem Stanleymesser, dann ist es schon wieder etwas anderes. Aber da muss auch möglicherweise – also beides ist mir schon passiert, ich weiß nicht, was anderen Kolleginnen und Kollegen passiert. Das heißt, es gibt eine breite Spannbreite, die man aber zu Beginn eigentlich schon in wesentliche Fallgruppen unterscheiden kann. Die Wartezeit auf ein ausführliches Beratungsgespräch kann in Spitzenzeiten, in Spitzenzeiten, das sind aber nur die, von denen wir gesprochen haben, wo man 300 Anrufe in der Stunde hat, bis zu zwei Stunden dauern. Da das Problem der langen Wartezeiten in Spitzenzeiten evident ist, wurden als Sofortmaßnahme zwei weitere Lizenzen für Arbeitsplätze mit dem Triage-System angefordert.

Zu achtens:

Wie heute bereits ausgeführt, beträgt die durchschnittliche Beratungszeit, also dann wenn beraten wird, zirka 15 Minuten. Zum Vergleich: Die Pilotbundesländer Niederösterreich, Vorarlberg und Wien, die das seit zwei Jahren, glaube ich, zwei oder drei Jahren jetzt durchführen, liegen bei 14 Minuten.

Ad neun:

Ungefähr jeder fünfte Anrufer bekommt eine ausführliche Beratung durch das Gesundheitstelefon. Noch einmal: Wenn einer fragt, welche Ordination ist in meiner Nähe offen, wird er keine ausführliche Beratung brauchen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass in zirka 14 % der Fälle eine Visite angeordnet wurde. In zirka 10 % der Fälle das Rote Kreuz mit einem Patienten für einen Krankentransport zum Spital beordert wird und in

weiteren 15 % der Fälle Patienten an Spitalsambulanzen verwiesen wurden, sogenannte Selbstgeher. Der also so ist, dass er selber in die Spitalsambulanz sich bewegen kann. Der Rest wurde an niedergelassene Ärzte, allenfalls auch bei der nächsten regulären Öffnungszeit verwiesen, weil man gesagt hat, da können sie beruhigt heute noch schlafen, morgen in der Früh zum Arzt gehen.

Zu zehn:

Das ist bereits bei Frage sieben mitbeantwortet worden. Das war die Spitzenzeit nämlich.

Zu elf:

Teilnehmende Ärzte sind mit dem derzeitigen System grundsätzlich eher oder sehr zufrieden. Kleinere technische Probleme werden laufend behoben. Es ist heute am Vormittag auch schon von im Einzelfall vorhandenen technischen Problemen berichtet worden, das falsch gerootet wird. Bei 1450 rufen ja nicht nur Steirer an, sondern auch Niederösterreicher. So jetzt kann es passieren, konnte es passieren im Einzelfall durch technische Probleme, dass halt einer zum niederösterreichischen 1450 gekommen ist. Das ist aber in wirklich sehr geringer Anzahl passiert und hier wird in Zusammenarbeit mit der RTR, der Rundfunks- und Telekommunikationsregulierungsbehörde, an einer Lösung dieser Rooting-Probleme gearbeitet. Der Wunsch nach einer planmäßig geöffneten Ordination am Wochenende ist der häufig geäußerte Wunsch von Ärztinnen und Ärzten. Gespräche mit der Ärztekammer und unseren Partnern über eine Adaptierung in diesem Bereich finden statt. Allerdings wird das nur in unter speziellen Rahmenbedingungen eine Lösung sein können und ich wiederhole, es kann nicht sein, dass einer gleichzeitig seine Regelordination offen hat und Bereitschaftsdienstpauschale kassiert. Das ist nicht im Sinne des Erfinders. Wissen Sie, ich möchte niemanden etwas vorwerfen, aber wenn mir heute da in der Diskussion berichtet wird oder bzw. dem Zeitungsbericht zu entnehmen war, dass auf dem Tonband irgendeiner Ordination es plötzlich heißt, am Wochenende gibt es ab 01. April keine Ordination mehr, dann stelle ich mir schon ganz kurz die Frage, was war der Sinn dieser Ordination bisher? War das genau dieses doppelt-gemoppelt? Wenn ich mir dann gleichzeitig auch noch vor Augen führe, dass wir plötzlich jetzt wieder mit der Totenbeschau respektive vorher mit der Todesfeststellung Probleme haben, wo wir bisher beim alten Bereitschaftsdienstmodell verlangt haben, dass die Ärztinnen und Ärzte dann, oder angeregt haben, auch einen Vertrag mit der Gemeinde haben, der diese Dinge regelt, wenn ich also jetzt nicht mehr mit Ordination und Totenbeschau und Bereitschaftsdienstpauschale ausgestattet bin, könnte ich natürlich auch möglicherweise dorthin kommen, dass hier ökonomische Anreize vorliegen

oder vorgelegen sind, die meines Erachtens nicht ideal waren. Ich hoffe sehr, wir arbeiten daran, weil das heute auch angesprochen worden ist bei irgendeiner generellen Darstellung, wir arbeiten daran im Rahmen des Leichenbestattungsgesetzes, diese Geschichten, der in Vorbereitung befindlichen Novelle, hier jetzt endlich auch Ordnung hineinzubringen in die Geschichte Feststellung des Todes, Verbringung, Totenbeschau usw., usw. und sind da auch in Gesprächen, weil, das können Sie mir alle glauben, kann mir sogar der Abgeordnete Meißl glauben, mir geht das ja schon längst auf die Nerven. Ich meine, im Jahr 2003 hat der Hohe Landtag das Distriktsärztesystem abgeschafft. Aus gutem Grund möglicherweise, das war auch System, das überkommen war, das hat in der Sekunde niemand gemerkt, weil man hat ja die Distriktsärzte erst zu dem Moment abgeschafft, wo er oder sie in Pension gegangen ist. Natürlich ist das jetzt 15, 16 Jahre her, jetzt sind die meisten in Pension. Es gibt immer noch welche, weil ich unterschreibe noch immer gelegentlich in meiner anderen schönen Funktion als Personalreferent der Regierung Pensionsdekrete, sind bekanntlich die schlechtesten Pensionsdekrete für das Land, weil in dem Moment wo der Distriktsarzt in Pension geht, verdient er ein Vielfaches als Pensionist von dem, was er als Aktivposten verdient hat. Insofern bin ich da sofort für jede Anregung, das zu verlängern, aber es stehen halt grundsätzliche Züge dem entgegen. Seither wird herumgedoktert bei den immer gleichen Geschichten. Totenbeschau, Unterbringungsgesetz, zwischenzeitlich erreicht man Lösungen, zwischenzeitlich haben die Gemeinden Verträge mit Gemeindeärzten in weiten Teilen abgedeckt. So, jetzt tun wieder etliche zurückziehen, wollen nicht, können nicht, dann kommen Haftungsfragen auf. Ich kann Ihnen sagen, das ist insgesamt ein weites Feld, auch der öffentliche Sanitätsdienst im weiteren Sinne ein weites Feld. Aber wir werden das, wie ich hoffe, entsprechend klären. Also, Kritikpunkte der Ärzteschaft, ja, die technischen kleineren Wehwehchen haben wir zum Großteil schon in den Griff bekommen, werden auch laufend behoben und diskutiert. Zu den anderen Wünschen etwa allfällig geöffneter Ordination unter gewissen Rahmenbedingungen laufen Gespräche und Verhandlungen.

Zu zwölf:

Lange Wartezeiten am Telefon, welche teilweise – was ist von den Patienten an Kritikpunkten bekannt, lange Wartezeiten am Telefon. Einzelne sind nicht in der Steiermark aufgeschlagen, habe ich vorher beschrieben. Es gibt auch Probleme bei einzelnen Netzbetreibern gelegen, all diese Dinge werden wir natürlich hoffentlich in den Griff bekommen. Großer Kritikpunkt, der heute schon mehrfach genannte, Falschauskunft bezüglich geöffneter Ordinationen. Dazu habe ich schon Stellung genommen. Das wird mit den Verantwortlichen laufend diskutiert.

Ich habe heute Vormittag ja schon gesagt, dass wir einerseits mit unserem Partner Rotes Kreuz, was das Gesundheitstelefon anlangt, in permanenten Gesprächen sind, andererseits mit unseren Partner Sozialversicherung und Ärztekammer, wo es insgesamt das Bereitschaftsdienstmodell betrifft.

Zu 13:

Es werden derzeit eben bereits Gespräche mit der Ärztekammer geführt. In diversen Einladungen des Gesundheitsfonds Steiermark von Bezirkshauptleuten und Bezirksärztervertretern gab es klärende und erklärende Einzelgespräche. Solche Veranstaltungen haben bereits in Feldbach, Hartberg, Gleisdorf, Liezen, Voitsberg und Zeltweg stattgefunden. Grundsätzlich hoffe ich aber, dass sich auch in der Ärzteschaft das System gut weiterverbreiten wird und sich immer mehr Ärztinnen und Ärzte für den Bereitschaftsdienst melden werden, mit Ausnahme dieser einigen wenigen Regionen, die ich zum Teil schon genannt habe, wo sich da gar nichts rührt, sehen wir ja auch im ersten Monat eine durchaus positive Entwicklung.

Ad 14:

Es wurden bereits nach dem ersten Wochenende zwei weitere Lizenzen für die Arbeitsplätze mit Triage eingefordert, weitere zusätzliche diplomierte Fachkräfte ausgeschrieben und zusätzlich sogenannte Call-Taker, das würde dem Präsidenten oder gefällt dem Präsidenten sicher nicht, Call-Taker, mir auch nicht, das eint uns, aber das scheinen offensichtlich jene zu sein, die zuerst das Telefon abheben, werden eingestellt.

Zu 15:

Die Gemeinden wurden erstmals und grundsätzlich bei der Gesundheitskonferenz am 06. Juni 2018, also vor fast mehr als einem Jahr, vor dem Start informiert. Alle Bürgermeister wurden im Februar mit einem Schreiben über den neuen Bereitschaftsdienst informiert sowie mit einem Informationsfolder für die Homepage versorgt. Im März 2019 fanden zwei Veranstaltungen mit dem Gemeindebund und dem Städtebund in Leoben und Graz statt. Danach erfolgte eine weitere Übermittlung von Informationen über das Gesundheitstelefon 1450 an alle Bürgermeister, Ärztinnen und Ärzte, Fachärztinnen und Fachärzte, Apotheken und Krankenhäuser. Für Ärztinnen und Ärzte fanden eigene Informationsveranstaltungen statt in Bruck an der Mur im November 2018, Liezen November 2018, Graz November 2018, Leibnitz Dezember 2018, Judenburg Dezember 2018, St. Margarethen an der Raab Dezember 2018. Selbstverständlich gab es auch laufend persönliche Gespräche vor dem Start des Bereitschaftsdienstmodells. Ich selbst habe mit dem Präsidenten des Gemeindeforums

Steiermark, Otmar Hiebaum, ein ausführliches Telefongespräch geführt, in dem eine Reihe von Befürchtungen genommen werden konnten und im Anschluss an dieses Telefonat wurden weitere Detailinformation durch die Geschäftsführer des Gesundheitsfonds, Hofrat Mag. Michael Koren, mit dem Bürgermeister Hiebaum geklärt. Also auch das alles vor Inbetriebnahme des neuen Bereitschaftsdienstmodells.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen mitteilen, das, was ich am Vormittag gesagt habe, es wäre töricht zu sagen, dass es hier nicht das eine oder andere Problem gibt. Ich gebe Ihnen auch gerne zu, die eine oder andere Schwierigkeit hat mich persönlich auch überrascht. Ich meine, so technische Details, wie das einer nach St. Pölten geschaltet wird, weil irgendein Netzbetreiber einen Fehler macht (*LTA*bg. Forstner, *MPA*: „Grenznähe.“) – bitte (*LTA*bg. Forstner, *MAP*: „Grenznähe.“) – Grenznähe, kann natürlich auch Grenznähe auch sein, dass das passiert, bedenkt man möglicherweise nicht. Dass wir 9.000 Anrufe in einem Monat haben und in Niederösterreich 1.700 ist schon eine gehörige Diskrepanz. Also, wenn wir von mir aus 4.000 gehabt hätten und die Niederösterreicher 1.700, dann würde ich sagen, der Neuigkeitswert oder was auch immer. Aber insgesamt bleibe ich bei dem, was ich Vormittag gesagt habe, wir werden versuchen, all diese Kritikpunkte ernst zu nehmen, aufzuarbeiten, an den Stellschrauben zu drehen, Verbesserungen Einzug halten zu lassen, Optimierungen umzusetzen. Ich glaube, dass die Grundstruktur Visitendienst, die Grundstruktur Steuerung durch das Gesundheitstelefon, dass das eine gute Idee ist. Wir haben sie auch nicht erfunden, sage ich gleich dazu. Wir sind gerne Erfinder von Dingen, in dem Fall haben wir sie nicht erfunden. Das grundsätzliche Modell findet auch in anderen Teilen Europas und der Welt statt und in anderen Teilen Österreichs. Jetzt gilt es einfach wirklich, diese Optimierungen vorzunehmen und natürlich werden wir uns laufend diese Qualität ansehen und nicht aufgeben und nicht müde werden, Verbesserungen einzuführen. Wenn nach einem gewissen Zeitraum trotz aller Optimierungen, trotz allem drehen an den Stellschrauben der Grundsatz des Systems weiterhin in Kritik steht, werden wir mit unseren Partnern über neue Lösungen verhandeln. In diesem Sinne herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.42 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet ist die Frau *LTA*bg. Sandra Krautwaschl, bitte schön.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (14.42 Uhr): Danke Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Ja danke einmal für die ausführliche Beantwortung dieser Anfrage. Für mich ist es sehr erfreulich in gewisser Weise und daran sieht man ja auch, dass das gemeinsam an etwas Arbeiten manchmal doch etwas bringt, dass zumindest Teile der Vorschläge, die ich auch schon bei der ersten Diskussion zu diesem Thema gebracht habe, jetzt schon sozusagen Berücksichtigung finden. Ich finde es erfreulich, dass über ein verpflichtendes Offenhalten auch zusätzlich zu den Visitenbesuchen von Ordinationen mit der Ärztekammer gesprochen wird. Ich hoffe, dass hier eine Lösung gelingt, weil das eben aus meiner Sicht wirklich sehr viel dazu beitragen könnte, das System insgesamt gut ins Funktionieren zu bringen, weil eben in den Ordinationen dann auch viele Fälle effizient abgearbeitet werden können, zusätzlich zu den Visitediensten und weil das eben in Oberösterreich auch ein großer Faktor für das gute Funktionieren des Modells ist. Gleichzeitig, wie Sie es selbst gesagt haben, das auch von Anfang an von vielen Ärztinnen und Ärzten eine wichtige Forderung war, wo Sie gesagt haben, ja, wir stehen dazu, dass wir dieses neue System probieren wollen, aber das wird es einfach zusätzlich brauchen. In diesem Sinne bin ich da schon einmal zuversichtlich, dass es da in eine richtige Richtung weitergehen wird. Ganz wichtig finde ich dennoch auch noch den zweiten Vorschlag, den ich hier noch einmal mittels Entschließungsantrag auch einbringen werde, nämlich auch zumindest für die Zeiten, wo in der Nacht dann Ärztinnen und Ärzte alleine unterwegs sind, auch einen Fahrdienst wie in Oberösterreich zumindest für die Regionen anzudenken, wo es jetzt eben nicht funktionierende Systeme mal gibt, weil das genau in einer Zeit, wo die Medizin, wie wir immer wieder auch betonen, immer weiblicher wird, wo immer mehr junge Medizinerinnen auch in Praxen tätig werden und dann eben sich vielleicht auch an diesem System beteiligen würden, ein Fahrdienst, gerade in der Nacht, extreme Erleichterung wäre und auch für die Sicherheit von jungen Ärztinnen und Ärzten und für das, für die Bereitschaft teilzunehmen eine entscheidende Rolle spielt. Das weiß ich wirklich direkt auch aus Kontakten in Oberösterreich, wo mir eben einer, der dort dieses System auch mitentwickelt hat, gesagt hat, das war ganz entscheidend dafür, dass sie so eine gute Abdeckung haben, dass eben ein Fahrdienst zur Verfügung gestellt wird. Es wurde schon sehr viel gesagt, wir haben auch das selbe Fallbeispiel heute schon zweimal gehört, deswegen will ich es jetzt auch nicht länger in die Länge ziehen. Ganz wichtig finde ich auch, dass Sie zugesagt haben, die ganze Zeit weiter evaluierend dran zu bleiben und zu reagieren. Das war am Anfang ja auch noch nicht ganz so klar, für mich zumindest. Finde ich einen wichtigen

Aspekt, dass man hier wirklich genau hinschaut und das System weiterentwickelt. Unseren konkreten Vorschlag dazu bringe ich jetzt hier noch einmal per Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Zusammenwirken mit den anderen Partnern im Gesundheitssystem das steirische System des ärztlichen Bereitschaftsdienstes an die höherwertigen Strukturelemente in Oberösterreich anzupassen (zwei offene Ordinationen pro Sprengel und Fahrdienst mit bereitgestelltem Dienstfahrzeug), und

2. das neue System begleitend zu evaluieren und dem Landtag einen Bericht über die Auswirkungen zu übermitteln, insbesondere im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Rettungsdiensten, Ambulanzen und Notarzteinsätzen.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 14.46 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Zu Wort gemeldet ist als nächste Rednerin die Frau LTAbg. Dr. Sandra Holasek, bitte schön.

LTAbg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (14.46 Uhr): Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Damen Landesrätinnen, KollegInnen der Koalition, der eigenen Partei, KollegInnen der Opposition!

Gesundheit, das haben wir heute schon mehrmals festgestellt, ist ein wichtiges Thema - ein Thema, wo wir wohl Fakten und Gemeinsames voranstellen müssen. Die Gesellschaft verändert sich, die Lebenszeit von uns hat sich verdoppelt, aber auch die Medizin verändert sich in Bereichen mancher Fächer, wo sich das Wissen verfünffacht. Damit ist klar: Wir brauchen dringend Reformen, wir brauchen Reformen umgehend und es ist sicher nicht zehn Jahre zu früh, sondern es muss jetzt passieren, um in Zukunft nicht nur anzukommen in der Zukunft, sondern auch vorbereitet in diese neuen Situationen gehen zu können. Reformen brauchen eben auch starke Persönlichkeiten und fundierte Konzepte, die lange aufgesetzt sind. Und an diesem Punkt möchte ich ganz besonders unserem Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler für seine Durchschlagskraft, Hochachtung für das Konzept noch einmal konstatieren und gratulieren zum konsequenten Verfolgen dieses steirischen Weges. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich möchte an diesem Punkt Fairness durchaus einfordern – Fairness, aber vielleicht auch Hausverstand. Jeder von uns, der einmal Verantwortung getragen hat, ob das jetzt in der Familie ist oder im Beruf, der weiß, dass Veränderungen Zeit brauchen, ja, dass Zeit ein Teil jedes Konzeptes sein muss, die längerfristig und nachhaltig ein

Ergebnis bringen soll. Das, was hier in der Steiermark passiert, ist erstens kein Zufall, zweitens ein Konzept, das in starker Einbindung mit dem Bund passiert und in Absprache mit dem Bund. Im Rahmen der Zielsteuerung Gesundheit laufen über Jahre schon Evaluierungen, laufen Erfassungsmethoden und Konzepte, die ein modernes Gesundheitssystem für uns alle generieren sollen, damit wir in der Steiermark gemeinsam mit diesem Prozess auch unsere regionsspezifischen Konzepte aufsetzen müssen. Der Gesundheitsplan 2035 ist eben dieses Konzept, das langfristig, nachhaltig die Probleme aufgreift. Es gibt eine aktuelle Eurostat-Erhebung im Regionenbericht von 2018, wo es ganz interessante Daten zu Gesundheit und zur Gesundheitswahrnehmung, auch die Wahrnehmung der Versorgung in unserem Land nachzulesen gibt. Die Zufriedenheit z. B. mit ambulanten aber auch niedergelassenen ärztlichen Behandlungen, die bezieht sich vor allem auf die Wartezeiten, aber auch auf bessere Aufklärung und Information. Genau da setzt z. B. auch der telefonische Gesundheitsdienst an, als Teil und als ein Element der gesamten Versorgung, die fünf Elemente einnimmt: Nämlich den telefonischen Gesundheitsdienst, die Gesundheitszentren, die Facharztzentren, die Leitspitäler und den Notfalldienst. Es ist also ein Gemeinschaftsprojekt, das wir letzten Endes auch mit Frau Bundesministerin Beate Hartinger-Klein hier leben und aufgreifen, ein Stufenplan mit einer Pilotphase von 2017, der in Wien, Niederösterreich und Vorarlberg, und jetzt eben mit 18. März in Oberösterreich und 01.04. hier in der Steiermark entstand. Das alles passiert nach großen Vorbildern. Vorbildern im EU-Raum wie Dänemark, Großbritannien, Schweden, Niederlanden und der Schweiz. Vielleicht auch spannend, wenn wir uns die Anzahl der gesunden Lebensjahre in diesen Ländern anschauen: Das Paradebeispiel Schweden, das sind die Spitzenreiter an gesunden Jahren. Damit zeigt sich auch, dass die Konzepte greifen. Oder letzte Woche hatten wir hier in der Steiermark, in Graz, eine Konferenz, ein Meeting von Verantwortlichen unterschiedlichster Gesundheitssysteme international, und auch da hat man ganz interessiert und positiv auf unsere Konzepte reagiert.

Vielleicht zurück zum Gesundheitstelefon, es ist heute mehrmals schon angesprochen worden, es geht hier primär nicht um Diagnose, sondern eben um einen Wegweiser. Und genau das braucht es: Einen Wegweiser, um eben langes Warten am falschen Ort zu verhindern letzten Endes, um die sogenannte Scheinversorgung aufzulösen. Ganz wichtig ist aber auch das Personal, das jetzt neu an diesen Gesundheitstelefonen aktiv ist. Es gibt eigens geschulte Kranken-Pflegepersonen, neue Berufe, die müssen sich natürlich auch etablieren, wie vom Herrn Landesrat schon angesprochen. Es sind neue Positionen, die in ständiger

Evaluierung und in ständigem Abgleich optimiert werden und damit spezifisch an unsere Bedürfnisse auch angepasst werden. Also, wir brauchen keine Panikmache, wir brauchen ein gemeinsames zukunftsorientiertes Konzept, das haben wir, um eben ganz konkret die Situation in der Steiermark in die Zukunft zu führen. Die wichtigsten Punkte dabei vielleicht noch einmal: Der persönliche Austausch und damit die direkte Aufmerksamkeit in der Bevölkerung, die begleitende Evaluierung, die stattfindet, um eben schnell agieren zu können, und Entwicklungsprozesse gemeinsam im Austausch mit den Betroffenen und mit den agierenden Personen der Fachbereiche ermöglichen zu können. Die neue Aufstellung der Visiten, die das bringt was wir brauchen: Nämlich, dass wir den betroffenen Menschen, den Patienten in den Mittelpunkt stellen. Und genau das passiert in diesem neuen System. Die Qualität in dem Ganzen bringen Strukturen, die eben dieser Fragebogen, der international standardisiert ist und damit eben vor allem verhindert, dass man lebensbedrohliche Notfälle auch erkennt und hier die Weiterleitung entsprechend erfolgen kann. Die kurze Beobachtungszeit von einem Monat zeigt uns einen Erfolg. Die 15 Minuten Beratungszeit sind ein gutes Ergebnis und diese Erkenntnis aus dieser kurzen Zeit gibt uns Mut und weitere Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung. Und ich lade Sie weiterhin ein, diese Entwicklung gemeinsam zu gehen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.54 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3277/2, betreffend „Der Bereitschaftsdienst muss attraktiver werden, das Vorbild Österreichs umsetzen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ – wenn ich das richtig gesehen habe – nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Am Donnerstag, dem 25. April 2019 wurde von Abgeordneten der **KPÖ** eine weitere Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3286/1, an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend **„Abschaffung der Unterstützung bei Wohnkosten für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung durch die Bundesregierung“** eingebracht.

Ich erteile Frau Klubobfrau Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt. Bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (14.56 Uhr): Danke Herr Präsident!

Sie haben mich jetzt das erste Mal Klubobfrau genannt, ich freue mich sehr darüber. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen)*

Ich darf unsere Dringliche Anfrage begründen und möchte mit einem Zitat anfangen: „Mehr Chancen, mehr Fairness und mehr Gerechtigkeit“, mit diesen Worten hat die Sozialministerin Hartinger-Klein die neue Sozialhilfe, die anstatt der bisherigen Mindestsicherung am 25. April von allen FPÖ- und von allen ÖVP-Nationalratsabgeordneten beschlossen wurde, genannt. Nachdem dieser Beschluss ja nicht nur auf Bundesebene Auswirkungen hat, sondern die Länder auch betrifft und auch hier Tausende Steirerinnen und Steirer betroffen wird, halte ich es für ein Gebot der Stunde, dass wir bereits jetzt auch hier über diese neue Sozialhilfe bzw. über die Abschaffung der Mindestsicherung diskutieren. Die Sozialministerin hat u.a. auch noch Folgendes gesagt – und zwar nach Bekanntwerden des Entwurfes unter unmittelbar darauffolgender, sehr massiver Kritik -, da hat sie gemeint: „Hartz IV gibt es mit mir nicht!“ Eines kann ich jetzt vorwegnehmen: Dieses Versprechen hat Beate Hartinger-Klein gehalten. *(LTAbg. Triller, BA: „Nah geh!“)* Die Sozialhilfe Neu ist nämlich um einiges schlimmer als Hartz IV. Wir haben recherchiert, ist nachprüfbar. *(LTAbg. Mag. Hermann: „Ich hoffe, Sie haben gut recherchiert!“)* Naja, es ist nicht so schwer herauszufinden, wie Hartz IV in Deutschland aufgestellt ist. Da muss man googeln können, dann kommt man schon relativ weit. Wie gesagt, ich kann Ihnen dazu auch ein Beispiel geben: Künftig werden nämlich Familien mit einem Kind in Österreich 45 Euro weniger haben, als Hartz-IV-BezieherInnen in Deutschland, ab zwei Kindern 126 Euro weniger und ab dem dritten Kind dann 251 Euro weniger als Hartz-IV-BezieherInnen. Also, wie gesagt, es stimmt: Hartz IV gibt es mit Hartinger-Klein nicht, es ist schlimmer! Schon alleine dieser Vergleich macht offensichtlich, was die Kritiker und Kritikerinnen auch beweisen und belegen können, man muss sich ja nur die Zahlen anschauen und ein bisschen Kopfrechnen können: Die Abschaffung der Mindestsicherung durch die neue Sozialhilfe ist eine Kürzung. All jenen – und diesen Appell richte ich jetzt vor allem auch an die Medien, weil da in den letzten Wochen immer wieder Sachlichkeit eingefordert wurde und vor allem den Kritikern dieser neuen Sozialhilfe auch

immer wieder vorgeworfen wurde, man reagiere reflexartig aus der Oppositionsrolle heraus. Ich möchte Ihnen zwei sachliche Beispiele geben.

Das erste Beispiel, dem gebe ich die Überschrift: „Fleiß muss sich wieder lohnen“, weil das sehr oft auch mitgeteilt wird. Es geht um eine sehr klassische Familie, das ist ja etwas, was dem FPÖ-Bild sehr entgegenkommt, es geht um Mama, Papa und vier Kinder, er arbeitet, sie kümmert sich um Haushalt und Kinder. Es ist ja so, dass immer wieder argumentiert wird: „Jemand, der arbeitet, soll nicht weniger haben als jemand, der Sozialhilfe bezieht.“ Jetzt ist es aber so, dass sich an uns z. B. ein österreichisches Ehepaar mit vier minderjährigen Kindern gewandt hat. Der Mann arbeitet, verdient aber leider nicht sehr viel. Die Frau ist Hausfrau und Mutter, die Familie erhält derzeit monatlich zum Gehalt des Mannes 199 Euro Mindestsicherung, die Kinderrichtsätze für vier Kinder zusätzlich zweimal im Jahr, aktueller Stand. Die Familie erhält also derzeit jährlich 3.578 Euro an Mindestsicherung zum Gehalt des Vaters und zur Familienbeihilfe. Das ist das, womit diese Familie lebt. In Zukunft – selbes Beispiel durchgerechnet – mit dem niedrigen Sozialhilferichtsatz wird die Familie wie viel, glauben Sie, bekommen statt den 3.578 Euro? Nichts mehr, keine Leistung aus der neuen Sozialhilfe! Diese österreichische Familie mit vier minderjährigen Kindern verliert also künftig 3.578 Euro jährlich. Wenn es Sie interessiert, ich habe mit der Familie gesprochen, ich darf Ihnen dieses Beispiel allen gerne weitergeben, damit Sie selber nachrechnen können, weil ich nicht möchte, dass hier jemand denkt, ich würde hier irgendwelche Beispiele erfinden.

Zweites Beispiel: Österreicherin, 69 Jahre alt, Mindestsicherungsbezieherin im pensionsfähigem Alter – so nennt man das –, hat ein E-Mail geschickt, und zwar nicht an mich, sondern an die Frau Sozialministerin. Mir hat sie es in Kopie geschickt, ich nehme einmal an, der eine oder andere Abgeordnete wird es vielleicht auch bekommen haben. Ich darf Ihnen dieses E-Mail kurz vorlesen: „Ich bin Jahrgang 1950 und habe aus verschiedenen Gründen die 15 Beitragsjahre für Mindestpension nicht zusammenbekommen. Ich bin daher Mindestsicherungsbezieherin. Ich habe seit 13 Jahren Mindestsicherung. Anfangs, als es noch Sozialhilfe war sogar mehr als jetzt, damals war die Wohnbeihilfe 183 Euro und die Sozialhilfe 14 Mal im Jahr zirka 685 Euro. Nun streichen Sie die Wohnunterstützung von 143 Euro. Wie soll ein alter Mensch, der zirka 490 Euro monatlich Kosten für Heizung, Strom, Betriebskosten, Miete hat, ohne dieses Geld menschenwürdig leben? Und das ist mehr als eine günstige Wohnung, in der ich lebe: Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche, Dusche und WC. Jetzt ist da weder KFZ-Versicherung, Haushaltsversicherung, noch Handy, noch

Internet, noch Kleider, noch Essen berücksichtigt. In meinem Fall wohne ich am Land und benötige daher ein Auto. Das Auto ist 18 Jahre alt. Ganz zu schweigen von den Reparaturen in der Wohnung. Seien Sie so fair und sagen Sie die Wahrheit, dass es nicht nur um die Zugewanderten geht. Sie produzieren mit diesem Vorhaben Obdachlose und Kriminelle. Verändern Sie den Gesetzesentwurf so, dass jemand auch leben kann, der nicht mehr im Arbeitsprozess steht oder nicht mehr in den Arbeitsprozess gehen kann.“ Das sind die zwei sachlichen Beispiele, meine sehr verehrten Damen und Herren, die aufgrund Ihrer und Ihrer neuen Sozialhilfe, die Sie auf Bundesebene beschlossen haben, jetzt mehr oder weniger durch die Finger schauen. Jetzt wird im Zusammenhang mit dieser neuen Sozialhilfe immer sehr viel darüber gesprochen, dass der Abstand zwischen den Einkommen und den Sozialleistungen größer werden muss. Aber es wird sehr wenig darüber gesprochen, oder eigentlich kaum, dass es grundsätzlich eine Schande ist, dass man von dieser Höhe eines Einkommens überhaupt leben muss, weil man ja damit ohnehin armutsgefährdet ist. Es wird in diesem Zusammenhang auch immer wieder über sehr viel Chaosbereinigung – das ist, glaube ich, so Ihr Hauptwort oder Hauptbegriff – bei der Mindestsicherung gesprochen. Es wird aber wenig darüber gesprochen, ob man von dem, was dann unterm Strich übrigbleibt, leben kann. Laut Statistik Austria – ich darf Ihnen ein paar Zahlen liefern – waren in Österreich im Vorjahr 1,5 Millionen Menschen arm oder armutsgefährdet, davon 300.000 Menschen, die vollzeitbeschäftigt sind. Liebe ÖVP-Abgeordneten, das sind jetzt die, die zwar fleißig sind, es lohnt sich aber trotzdem nicht, weil Sie uns immer wieder sagen: „Das muss sich wieder lohnen!“ In der Steiermark leben rund 51.000 Kinder in Armut, wissen wir auch. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in Österreich ist zwischen den Jahren 2013 und 2017 um 2,2 % gesunken, gleichzeitig sind die Wohnkosten um 4,4 % gestiegen. Da brauche ich jetzt gar nicht besonders gut rechnen können, da merke ich ja schon beim Hinschauen: Da kann sich was nicht ausgehen. Und alle, die jetzt finden, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese neue Sozialhilfe so gerecht und so fair ist, dann frage ich Sie jetzt etwas, gerecht und fair, dann beantworten Sie mir jetzt bitte folgende Fragen: Wenn 300.000 Menschen in Österreich vollzeitbeschäftigt sind und trotzdem an der Armutsgrenze sind oder vielleicht sogar darunter und Anspruch sogar auf Ihre neue Sozialhilfe haben, sind diese 300.000 Menschen dann selber schuld, weil zu dumm, zu faul ... ich weiß nicht was? (*LTA*bg. Triller, BA: „Das sind überhaupt keine Argumente!“) Nächste Frage, Herr Triller: Wenn 51.000 Kinder in der Steiermark arm oder armutsgefährdet sind, sind die selber schuld, weil sie nicht arbeiten gehen, die „faulen Säcke“? Wenn das

Haushaltseinkommen in Österreich in den letzten Jahren gesunken ist und die Wohnkosten steigen, sind dann die Menschen schuld, die nicht mehr über die Runden kommen oder die politischen Rahmenbedingungen? Beantworten Sie mir diese Fragen bitte! Wer hat denn daran Schuld? Wenn die Bundesregierung nämlich argumentiert, und das ist ja diese Argumentation, die Sie und auch Sie eins zu eins übernehmen: „Man will mit dieser Reform die Menschen motivieren, wieder zu arbeiten“, dann kann ich Ihnen sagen: Das ist überhaupt nichts Neues. Auch die alte Mindestsicherung war kein Freibrief. Auch bei der alten Mindestsicherung mussten arbeitsfähige Bezieher und Bezieherinnen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, denn sonst gab es Sanktionen. Was jetzt allerdings neu ist, ist, dass man auf der einen Seite nach wie vor fordert: „Steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung“, durchaus berechtigt, aber gleichzeitig werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gekürzt. Das ist neu, das gebe ich zu: Aktion 2020, es gibt genug Dinge, die gekürzt wurden. Anderes Beispiel: Man koppelt ja jetzt die Sozialhilfe an Deutschkenntnisse. Gleichzeitig streicht man Deutschkurse - spannende Situation. Wer also arbeitsfähig ist und schlecht deutsch spricht, Pech gehabt, muss künftig von 575 Euro leben. Das gilt im Übrigen auch für Menschen, die nicht unter das Behindertengesetz fallen, aber trotzdem eine Lernschwäche haben, die können nämlich auch keinen Pflichtschulabschluss in Deutsch vorweisen. Auch für die gilt das: 575 Euro. Ich täte so gerne von Ihnen allen einmal hören, wie Sie mit 575 Euro im Monat leben können. Das würde mich wirklich interessieren. Die Frage geht vor allem an Sie, liebe Abgeordnete und Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP, aber natürlich auch an Sie, liebe Abgeordnetenkollegen von der FPÖ. Und an dieser Stelle sei es einmal noch erwähnt, wir haben es zwar eh schon hundert Mal gesagt, aber ich finde, es gehört sich: Überhaupt ein Drittel nur der Mindestsicherungsbezieher und –bezieherinnen können dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die anderen sind nämlich Kinder oder kranke oder alte Menschen. Das ist leider so. Das neue Bundesgesetz legt u.a. fest – und deswegen diskutieren wir jetzt auch hier –, dass die BezieherInnen der neuen Sozialhilfe keine Wohnbeihilfe oder Wohnunterstützung mehr bekommen können. Davon sind in der Steiermark Tausende Menschen betroffen. Im schlimmsten Fall kann es für die Betroffenen den Verlust der Wohnung bedeuten. Vielleicht ist es ja völlig naiv von mir, wenn ich Ihnen jetzt diese Frage auch noch stelle, aber: Habt ihr euch einmal überlegt, was da dann passiert, wenn man diese Leistungen streicht? Was das bedeutet, wenn Menschen ihre Wohnung verlieren? Ich weiß nicht, ob es sich die Einzelnen durchgedacht haben. Die Frage, die ich mir stelle, ist: Wollen Sie das wirklich? Wollen Sie, dass Sie Armut produzieren, in dem wir ... (*LTA*bg. *Triller*, *BA*: „Geh bitte!“) Nein, da hilft

kein lapidares „Bitte“. Ich möchte wissen, Herr Triller, ob Sie und Ihre Kollegen darüber nachgedacht haben, was die Streichung dieser Leistung letztendlich bedeutet? Die Wohnkosten in Österreich steigen seit Jahren. Sie stiegen seit Jahren und sie steigen in Österreich mehr als in jedem anderen Land der Europäischen Union. Vor allem in den Ballungszentren, wissen wir, haben wir jetzt schon die Situation: Viel zu wenig erschwinglicher Wohnraum. Das heißt, die Wohnunterstützung oder Wohnbeihilfe, oder wie immer man diese Leistung nennt, ist notwendig, weil wir jetzt schon Menschen haben, die sich das Wohnen nicht mehr leisten können. Haben Sie sich das durchgedacht? Haben Sie sich das durch den Kopf gehen lassen? Ich bin sehr froh, dass sich die SPÖ auf Bundesebene dazu entschieden hat, gegen dieses Sozialhilfegesetz vor den Verfassungsgerichtshof zu ziehen, denn dieses Gesetz – und ich darf die Bundesvorsitzende der SPÖ, Pamela Rendi-Wagner, zitieren: „Dieses Gesetz verschärft Armut“, da bin ich ganz bei ihr. Ich habe auch vernommen, dass in der Steiermark geplant ist, dass man die Härten dieses Gesetzes für die Steirerinnen und Steirer - das wird unmittelbare Auswirkungen haben auf unsere Bevölkerung -, dass man das abfedern will. In der Kleinen Zeitung vom 28. April hat Landeshauptmann Schützenhöfer gemeint, er sieht kein Problem darin, dass sich auch Landesrätin Kampus der negativen Stellungnahme zu diesem Sozialhilfegesetz angeschlossen habe. Er hat dazu gemeint: „Es ist ja eine eigenständig denkende Landesregierung.“ Das bietet ja endlich eine Chance, liebe SPÖ, denn da muss man sich nicht hinter diesem Koalitionsgedanken verstecken, sondern kann sagen: „Okay, wir schauen wirklich gemeinsam, welche Möglichkeiten es da gibt.“ Ich hätte mir sehr gewünscht, dass der Herr Landeshauptmann jetzt anwesend ist. Warum? Einige KollegInnen und ich waren gestern unter anderem oben in der Alten Universität, da wurde das Goldene Ehrenzeichen an verschiedene Steirerinnen und Steirer verliehen vom Herrn Landeshauptmann. Er hat in seiner Abschlussrede mehrmals darauf hingewiesen, wie wichtig es ihm ist, dass man vor allem jene Steirerinnen und Steirer ehrt, die sich im sozialen Bereich engagieren. Ich war dann relativ lange noch oben und habe mit einigen auch der Geehrten gesprochen, überwiegend mit jenen, die im sozialen Bereich tätig sind. Und kein einziger von ihnen – und das getraue ich mich jetzt zu verallgemeinern: Kein einziger von diesen Menschen, die im Sozialbereich tätig sind, kann dieses neue Sozialhilfegesetz gutheißen. Und ich frage mich, wie es einzelnen Abgeordneten geht, die auch im Sozialbereich tätig sind. Ich weiß z. B., dass die Frau Klubobfrau Riener ja aus dem Sozialarbeiterbereich kommt, ich kenne den Peter Tschernko schon so lange und kann mir nicht vorstellen, dass ihr, wenn ihr das ganz sachlich betrachtet, zu dem Schluss kommt und

sagt: „Bah, das ist toll. Jetzt haben wir es gerecht und fair. Jetzt haben wir Chancen für die Steirerinnen und Steirer geschaffen.“ Es ist unter Ihrem Bundeskanzler und unter Ihrer Sozialministerin Hartinger-Klein der schärfste Angriff auf sozialpolitische Errungenschaften. Es ist eine Kürzung vor allem für Familien und Kinder. Ich weiß schon, dass Sie das eigentlich nicht wahrhaben wollen und das ist jetzt in der Argumentation, vor allem, glaube ich, für die FPÖ schon ziemlich „deppert“, wenn es jetzt ganz viele ÖsterreicherInnen trifft. Aber ihr habt das beschlossen, gell? Es hat euch niemand dazu gezwungen. Ich stelle mir nur nach wie vor die Frage: Ist das wirklich euer Ernst? Ist das wirklich das, was ihr wollt? Ich kann es mir nicht vorstellen.

Deswegen stellen wir nun auch folgende Dringliche Anfrage, und zwar in dem Fall an die zuständige Soziallandesrätin des Landtages Steiermark:

- 1 Wie viele Kinder in der Steiermark verlieren die 13. und 14. Monatsrate der Mindestsicherung/Sozialhilfe?
- 2 Wie Menschen werden in der Steiermark von der Abschaffung der Wohnunterstützung für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung betroffen sein?
- 3 Was haben Sie unternommen, um zu verhindern, dass die im Bundesgesetz vorgesehenen Verschlechterungen gegenüber der derzeitigen Mindestsicherung – etwa die Abschaffung der Wohnunterstützung und die massiven Kürzungen bei Kindern – umgesetzt werden?
- 4 Ist, nach dem Vorbild Wiens, dessen Sozialstadtrat Hacker die Neuregelung einen „Wahnwitz“ genannt hat, eine Verfassungsklage gegen das Mindestsicherungsgesetz der Bundesregierung bzw. die Unterstützung dieser Klage geplant und wenn nein, warum nicht?

Ich bitte um Beantwortung der Fragen und ich möchte abschließend noch all jenen, die – und jetzt verwende ich auch das Wort – reflexartig vorhaben, sich jetzt hier herauszustellen und mir zu erzählen, was ich ohnehin schon weiß, nämlich das, was die Bundesregierung vorgibt und sagt: „Das ist es, das ist das Nonplusultra“, all jene möchte ich bitten: Gehen Sie einen Schritt zurück, machen Sie vielleicht einmal die Augen zu und dann noch einmal auf und sagen Sie mir Ihre eigene Meinung dazu. Das würde mich wirklich interessieren. Schauen Sie hin und sagen Sie mir, ob das, was Ihnen eine Frau Hartinger-Klein, die ihr Gesetz im Übrigen selber nicht wirklich kennt, wenn ihr Journalisten dann bei der Pressekonferenz erklären müssen, dass das 13. und 14. für die Kinder gestrichen wurde und sie dann behauptet: „Nein, das ist nicht so“ -, also schauen Sie einmal hin und sagen Sie mir dann vor allem, ob Sie das wollen. Ob Sie glauben, dass das das ist, was die Steiermark oder das Land

Österreich künftig braucht. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ, den Grünen und der SPÖ – 15.16 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Ich erteile Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (15.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege auf der Regierungsbank!

Geschätzte Frau Klubobfrau, liebe Claudia, danke für diese Anfrage. Es gibt mir die Möglichkeit, auch in diesem Hohen Haus wieder Position zu beziehen. Ich bewundere es immer und es ist dir gelungen: Du hast ein paar sachliche Beispiele genannt, ich werde mich auch bemühen, sehr sachlich zu sein, werde zwischendurch aber auch meine persönliche Betroffenheit zum Ausdruck bringen, das sei mir gestattet. Dieses Gesetz hat eine zutiefst menschliche Seite auch, da geht es um ganz, ganz viele Menschen, die auf die eine oder andere Art und Weise betroffen sein werden und ich werde das auch nicht verstecken, wenn ich betroffen bin. Es hat der Nationalrat letzte Woche dieses Gesetz beschlossen und ich sehe es kritisch. Ich habe das schon sehr oft gesagt, ich wiederhole es auch gerne: Ich sehe es kritisch, weil es die sozial Schwächsten in diesem Land betrifft. Deshalb muss man auch besonders aufmerksam und sorgsam sein. Sozialpolitik ist kein Politikfeld wie jedes andere auch, Sozialpolitik trifft immer ganz unmittelbar den einzelnen Menschen. Niemand kann erwarten und niemand darf erwarten, dass eine Soziallandesrätin zu diesem Gesetz applaudiert. Was dazukommen wird, ist, dass der Vollzug der neuen Sozialhilfe sicher noch komplexer werden wird und wir wissen – und ich habe es schon berichtet – wir wissen, dass wir auch beim Vollzug der jetzigen Mindestsicherung Herausforderungen haben. Deshalb habe ich auch eine Fachkommission eingerichtet, wo die Vertreter der Bezirksverwaltungsbehörden drinnen sitzen, von Landesabteilungen drinnen sitzen, wo die Probleme analysiert werden und Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Ich möchte Sie an dieser Stelle auch informieren, dass nun ein erster Zwischenbericht der Kommission an die Landesregierung vorliegt und dieser selbstverständlich dann auch dem Landtag zugeführt wird. Da sind u.a. Problemfelder definiert worden, wie die Verfahrensabläufe, die Komplexität des Systems – es wird, wie gesagt, komplexer werden -, die Schnittstellen zu anderen Behörden und Organisationen, Einsatz der Arbeitskraft und die Frage der Sanktionen

und des Mahnwesens. Diese Kommission wird nun Lösungsvorschläge erarbeiten, die natürlich dann auch in den Vollzug der neuen Sozialhilfe einfließen können. Aber ich möchte mich zuerst bei den Beteiligten bedanken, die Frau Fachabteilungsleiterin und die Frau Abteilungsleiterin sitzt auch hier, bitte diesen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 11 und an alle anderen Abteilungen weiterzugeben und vor allem auch an die Chefs der Bezirksverwaltungsbehörden, die alle in dieser Kommission mitarbeiten: Ein großes Danke von dieser Stelle aus. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Mir war es immer wichtig zu betonen, wenn es Probleme gibt hinzuschauen, nicht wegzuschauen, das habe ich als politisch Verantwortliche getan und wir werden natürlich auch Maßnahmen setzen. Aber ich werde es nicht bei diesen Maßnahmen in der Verwaltung belassen, sondern ich habe von Anfang an gewarnt, dass es mit der Sozialhilfe Neu zu schwierigen Situationen für viele Menschen kommen kann und kommen wird. Eine der Fragen war ja auch: Was wurde denn nicht alles getan? Und ich werde es auch im Detail noch auflisten, ich möchte aber an dieser Stelle eines tun: Ich möchte mich bei Christopher Drexler bedanken, der da Seite an Seite mit mir gekämpft hat, dass manche Giftzähne aus diesem Gesetz gezogen wurden. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich weiß dich bei diesem Thema an meiner Seite und das ist wichtig. Es ist gelungen – wir haben es Giftzähne genannt, man kann es Spitzen nennen, man kann es Probleme nennen, es ist egal -, es ist gelungen, zwei dieser Probleme zu bereinigen: Menschen mit Behinderungen können weiter über die Behindertenhilfe unterstützt werden, sie hätten sonst massiv verloren. Und es war tatsächlich geplant, wenn jemand eine Spende erhält und gleichzeitig Mindestsicherung, dass diese Spenden abgezogen werden müssen. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Das möchte ich auch dazusagen, da hat die Bundesregierung reagiert. Es wird aber weiter darum gehen, dass wir mögliche Probleme – und du hast ein großes Problemfeld aufgezeigt, das ist das Thema Wohnen -, dass wir dieses Problemfeld in guten, konstruktiven Diskussionen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner klären werden. Ich weiß, es wird beim Thema Wohnen Betroffene geben. Und ich höre ja jetzt – und ich sage das auch in aller Offenheit -, ich höre jetzt von vielen NGO's, die sich an mich wenden und sagen: „Wir haben jetzt dieses Gesetz und wir wissen, dass es zu Verschärfungen führen wird, also liebe Frau Landesrätin, bitte unternehmen Sie alles, um das abzufedern, damit es in der Steiermark nicht zu diesen Verschärfungen kommt.“ Das wird uns nur nicht gelingen, das auch in aller Offenheit, weil uns die Hände gebunden sind. Wir werden bis zum letzten Tag kämpfen und uns darum bemühen, für die Steirerinnen und Steirer das bestmögliche Gesetz zu verhandeln. Nur

manche Themen, wie z. B. ein 13. und ein 14. für die Kinder, eine Wohnunterstützung können wir nicht ändern. Da sieht das Bundesgesetz, das Grundsatzgesetz einen Rahmen vor, der natürlich auf Landesebene nicht veränderbar ist. Wir nehmen jedenfalls diese Koalition, wir nehmen unsere Verantwortung sehr, sehr ernst, wir nehmen das Thema Armutsbekämpfung sehr ernst und wir werden schauen und Maßnahmen definieren, wie es möglich sein wird, im Rahmen des Grundsatzgesetzes, dass es möglichst nicht zur Armutsverschärfung kommt. Wir haben - und du hast die aktuellen Zahlen der Statistik Austria angesprochen -, wir haben diese Untersuchung auch sehr genau analysiert: Die Alleinerziehenden sind zu 44 % armutsbetroffen, kinderreiche Familien zu 28 %, alleinlebende Frauen zu 32 %. Das heißt, es sind vor allem die Frauen und die Kinder, wo wir ganz genau hinschauen müssen, weil sie sonst zu den Hauptleidtragenden des neuen Gesetzes kommen werden. Und ich bekenne mich zu einem sozialen Netz und ich möchte das auch dazusagen, ich war gestern auch dabei: Das sind berührende Momente. Und weil es immer wieder die Diskussion gibt, die mich traurig und betroffen macht und ich zeige das auch: „Können wir uns den Wohlfahrtsstaat überhaupt noch leisten?“ Diese Frage stellen wir uns wirklich in Österreich: „Kann sich Österreich einen Wohlfahrtsstaat noch leisten“? Ja selbstverständlich können wir uns einen Wohlfahrtsstaat leisten. Die Frage ist: Wollen wir uns einen Wohlfahrtsstaat leisten?

Und das zweite Thema, mit dem ich sehr oft konfrontiert werde, und das auch in aller Betroffenheit: „Das bin ja nicht ich, das sind ja eh nur die anderen. Das sind eh nur die, die nicht wollen. Das sind eh nur die, die nicht genug ...“, und ich wiederhole das, was so oft gesagt wurde, es kann aber nicht oft genug gesagt werden: Wir hatten in der Steiermark in der Mindestsicherung in den letzten zwei Jahren einen Rückgang der Bezieher von 20.000 auf 16.000. Es ist gelungen, mehrere tausend Menschen in Arbeit zu bringen, weil das natürlich das wichtigste Ziel ist. Menschen wollen arbeiten. Und wenn wir sie in Arbeit bringen, ist es gut und richtig. Aber wir haben alleine jetzt in der Mindestsicherung 6.000 Kinder, und das sind, wie gesagt, Menschen, die betroffen sein werden, die aber an ihrer eigenen Situation nichts ändern können. Deswegen habe ich drei politische Ziele, die mir sehr wichtig sind und die auch die nächsten Wochen und Monate prägen werden. Das Ziel eins ist natürlich, genau zu beobachten, wie wir armutsverschärfende Maßnahmen mindern können oder erst gar nicht sozusagen zur Umsetzung bringen müssen. Wir werden mit unserem Koalitionspartner, im konkreten Fall mit Landesrat Drexler in konstruktiven Gesprächen schauen, dass wir für die Steiermark das bestmögliche Gesetz umsetzen. Und wir werden schauen – und das ist der

dritte Punkt -, wo jetzt der Bundesgesetzgeber Gott sei Dank reagiert hat, ich möchte das dazusagen, wie wir bei einzelnen Maßnahmen, wie einem Heizkostenzuschuss, wie wir die einsetzen können, um mögliche Härten abzufedern. Das heißt, das ist mein Ansatz, das ist mein politisches Anliegen und dafür werde ich auch kämpfen. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wir müssen den Steirerinnen und Steirern Chancen geben, wir müssen eine soziale Steiermark weiter leben, das wollen wir auch, eine soziale Steiermark ist dieser Regierung sehr, sehr wichtig. Deswegen wird die nächste Zeit von Verhandlungen zu diesem Thema geprägt sein. Ich bin aber, wie gesagt, guter Dinge, das haben die letzten Monate gezeigt, wo Christopher Drexler und ich wirklich Seite an Seite bei einzelnen Punkten versucht haben, die Bundesregierung zu überzeugen, dass manche Themen auf eine andere Art und Weise besser gelöst werden können. Ich komme nun zur Beantwortung der Fragen.

Zur Frage 1:

Es könnten rund 6.000 Kinder betroffen sein. Im März 2019 haben 4.148 Kinder diese Sonderzahlungen bezogen, weil sie die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

Zur Frage 2:

Auf Basis aktueller Zahlen werden ca. 11.000 Personen betroffen sein. Sie wissen ja, Wohnunterstützung, es gibt zwei Möglichkeiten, die das Gesetz vorsieht: Entweder Wohnunterstützung gar nicht mehr auszubezahlen an die Mindestsicherungsbezieher, an die 11.000, oder auszubezahlen und dann bei der Mindestsicherung wieder abzuziehen. Diese zwei Wege sind sozusagen offen. Aber es wird jedenfalls natürlich zu einem Wegfall der Wohnunterstützung kommen.

Frage 3:

Schon bei meinem ersten persönlichen Gespräch mit der Sozialministerin, das am 15. Jänner 2018 stattgefunden hat, habe ich vor sozialpolitischen Einschnitten gewarnt. Es kommt da jetzt sehr viel, aber wie gesagt, ich werde das jetzt trotzdem vortragen, damit Sie auch sehen, wie oft – und in sehr, sehr vielen Fällen haben wir das gemeinsam gemacht – wie oft wir versucht haben, da vor gewissen Dingen zu warnen oder die Konsequenzen gewisser Dinge aufzuzeigen. Ich habe mich als Vorsitzende der Landessozialreferentinnen und –referenten im Vorfeld des Treffens mit der Sozialministerin, das am 12. und 13. April 2018 in Leoben stattgefunden hat, massiv für eine Lösung auf Bundesländerebene eingesetzt. Ich habe mich im gesamten Jahr 2018 laufend öffentlich zum Thema Mindestsicherung zu Wort gemeldet und vor den Folgen der geplanten Reformen gewarnt. Ich habe dazu auch im Landtag mehrere Dringliche Anfragen eindeutig beantwortet. Bei einem weiteren Treffen mit

der Sozialministerin am 16. August des Vorjahres habe ich die Kritikpunkte abermals offen angesprochen. Wir haben die Punktation der Bundesregierung und auch den Begutachtungsentwurf genau analysiert und eine gemeinsame Stellungnahme als Land Steiermark abgegeben, die durchaus viele kritische Punkte beinhaltet hat. Ich habe massiv auf die Probleme aufmerksam gemacht, die die ursprünglichen Pläne der Bundesregierung für Menschen mit Behinderung in der Steiermark bedeutet hätten. Ich habe beim Treffen der Sozialreferentinnen und Sozialreferenten der Bundesländer gemeinsam mit Christopher Drexler am 14. Dezember 2018 nachdrücklich auf manche Punkte des Vorschlages und mögliche Verschlechterungen aufmerksam gemacht. Ich habe mich nochmals am 05. Februar 2019 mit einem Brief an die Sozialministerin gewendet, um auf mögliche Konsequenzen im Entwurf hinzuweisen, in dem Fall besonders, was die Situation von Menschen mit Behinderungen in der Steiermark betrifft. Ich habe beim Termin der Sozialreferentinnen und –referenten mit der Sozialministerin – und in dem Fall mit ÖVP-Klubchef Wöginger – am 08. April 2019 nochmals auf mögliche Konsequenzen der Reform aufmerksam gemacht. Damals ist es vor allem um das Thema Wohnkosten und Heizkostenzuschuss gegangen. Ich habe mich im Laufe des Jahres 2018 und auch im Laufe des Jahres 2019 mehrfach kritisch zu den Vorschlägen geäußert. Ich habe mit sehr, sehr vielen – um nicht zu sagen mit allen anderen – Bundesländern immer wieder Abstimmungsgespräche gesucht, wo auch das Thema Spenden und einmalige Beihilfen quer über alle Bundesländer, quer über alle Parteigrenzen hinweg zu einem gemeinsamen Anliegen formuliert wurde und es auch gelungen ist sozusagen, diesen einen wirklichen Giftzahn zu ziehen. Das heißt, es ist uns gelungen in all diesen Monaten des gemeinsamen Verhandels der Steirischen Landesregierung in Wien, das eine oder andere zu erreichen, aber es sind Punkte in diesem Gesetz geblieben – und ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen –, die zur Verschlechterungen für die Menschen führen werden. Und das sind Themen, die wir in der Steiermark diskutieren, verhandeln, umsetzen können und ich hoffe, auch werden, aber das sind auch Maßnahmen, die von uns nicht zu beeinflussen sind, wie z. B. ein 13. und 14. für die Kinder, das im Gegensatz zu einmaligen Zahlungen eben dem abgezogen werden müssen oder nicht mehr ausbezahlt werden dürfen.

Zur Frage 4:

Sowohl die Bundesländer als auch die Fraktionen des Bundesrates mit mehr als einem Drittel der Abgeordneten haben die Möglichkeit, Gesetze vom Verfassungsgerichtshof prüfen zu lassen, die Überprüfung der Verfassungskonformität des Sozialhilfegrundsatzgesetzes wird

nach gegenwärtigem Stand durch den Bundesrat eingeleitet werden. Wir werden diesen Prozess aufmerksam verfolgen.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.31 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Sandra Krautwaschl. Bitte schön.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (15.31 Uhr): Danke, Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich bin der Meinung, wir können es uns nicht mehr leisten: Wir können uns nicht mehr leisten, in einem der reichsten Länder der Welt, wie die Frau Landesrätin es gesagt hat, auf dem Rücken der Allerschwächsten herumzut trampeln, nur damit sich eine Partei oder im Bund zwei Parteien profilieren auf Kosten dieser Menschen, und unser System, unser bewährtes System, Menschen aus der Armut heraushelfen zu wollen, in Misskredit bringen auf Basis ihrer populistischen Politik, die so tut, als würden hier nur ausländische Menschen getroffen. Die im Übrigen, auch wenn sie hier leben und arbeiten wollen, dann die Chance bekommen sollten, aus einer misslichen Lage, die alle Menschen in Ausgrenzung bringt, egal woher sie kommen, auch eine Hilfe zu bekommen, herauszukommen aus dieser Lage. Das können wir uns nicht mehr leisten, so weiter zu tun und deshalb müssen auch wir heute hier ganz klar und deutlich Stellung beziehen gegen dieses Gesetz, das jetzt vorliegt, das schon in seinem Entwurf – die Frau Landesrätin hat es gesagt – bei allen Menschen, die im Sozialbereich arbeiten, die sich mit diesen Themen wie Armut und Armutsbekämpfung auseinandersetzen, zu einem riesigen Aufschrei geführt hat, und wo jetzt zwar Details etwas abgemildert worden sind in Bezug auf Menschen mit Behinderung – was im Übrigen der Ministerin Hartinger-Klein vorher gar nicht aufgefallen ist, glaube ich, was sie da gemacht hat, das spricht eh auch für sich – aber wo das grundlegende Problem ist, das Claudia auch schon sehr ausführlich geschildert hat, dass hier massenhaft Menschen und vor allem junge Menschen, Kinder getroffen werden von einer Verschlechterung, die rein überhaupt gar nichts für diese Situation können, in der sie mit ihren Eltern sind. Das ändert überhaupt nichts daran und wird jedenfalls das Problem, das sie vorgeben, bekämpfen zu wollen, eindeutig nur noch verstärken. Weil

eines ist ganz klar, und ich glaube – vielleicht haben manche von Ihnen auch gestern im Bericht in „Thema“ gesehen, da waren auch zwei Familien, ein alleinerziehender Vater und eine alleinerziehende Mutter mit drei Söhnen, wenn man solchen Menschen dann zuhört, wie die am Limit leben, wie die versuchen, ihren Kindern trotzdem noch ein Leben in einer Gemeinschaft zu ermöglichen, eine Teilhabe zu ermöglichen, Flötenunterricht zu ermöglichen und eigentlich immer mehr unter Druck und Bedrängnis kommen, und da geht es nicht nur um das Geld, sondern da geht es auch um die Situation in der man steckt, wenn man durch diese jetzt jahrelang geführte Debatte am Rücken dieser Menschen diese Menschen auch immer mehr in Misskredit bringt. Alle, die zeitweise oder für eine gewisse Dauer in ihrem Leben einfach Unterstützung brauchen und vor allem die Kinder dieser Menschen, und wenn Sie sich vielleicht das anschauen mögen - die Herrschaften von FPÖ und ÖVP speziell angesprochen -, kann man in der ORF-TVthek nachschauen, wenn ein sechs-, siebenjähriger Bub gerne Flötenunterricht hätte und es geht sich einfach nicht mehr aus, oder das Kaufen einer Linkshänder-Füllfeder schon zum Problem wird, dann möchte ich mir mal anschauen, was das dann noch damit zu tun hat, was Sie vorgeben hier machen zu wollen, nämlich sozusagen die Leute mit Hilfe von Gewaltmaßnahmen in irgendeine Arbeit zu bringen, die gar nicht, so wie es Claudia deutlich ausgeführt hat, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, weil sie nämlich Kinder und Jugendliche sind. Also das ist für mich blanker Wahnsinn, was hier angedacht ist und was jetzt auch kommen wird. Wir alle wissen, und das wurde im Armutsbericht der Steiermark unlängst bestätigt, ich habe da jetzt einiges nachgelesen, dass die Risiken für Kinder, die in Armut aufwachsen, in jeder Hinsicht auch in Zukunft dann benachteiligt zu sein, am allergrößten sind. Sie sind sowohl gesundheitlich benachteiligt, sie haben sogar ein viel größeres Verletzungsrisiko, sie haben deutlich weniger Bildungschancen und Möglichkeiten, sich aus dieser prekären Situation herauszubewegen von selbst, und sie werden zu 50 %, wenn sie nicht entsprechende Unterstützung erfahren, die Arbeitslosen der Zukunft. Mir scheint tatsächlich auch gar nicht nur auf Basis der Tatsachen, sondern auch so, wie Sie die Diskussion führen, dass es genau um das geht, eigentlich das zu erzeugen und diese Menschen immer mehr in Misskredit zu bringen, die in einem eigentlich sehr bewährten System bis jetzt Hilfe erhalten haben, um aus der Armut wieder herauszukommen. Dieser Ansatz ist ja auch aus dem neuen sogenannten Sozialhilfegesetz mehr oder weniger verschwunden, nämlich der Ansatz, wirklich auch Maßnahmen, die zur Überwindung der Armut dienen oder der ausgrenzenden Situation, ganz klar zu definieren. Es geht nur mehr darum – Hartinger-Klein hat „Im Zentrum“ jetzt wieder gesagt: „Ja, wenn die Waschmaschine

halt dann kaputt wird, kann man eh noch ein extra Ansuchen stellen.“ -, also es geht darum, diese Menschen einfach wieder als Bittsteller zu brandmarken, um letztlich den Druck auf diese Menschen noch mehr zu erhöhen. Das ist aus meiner Sicht einfach wirklich eine extrem abscheuliche Vorgangsweise, weil genau das dem gleichkommt, als würde man einem Bloßfüßigen sagen: „Geh über Glasscherben, und wenn du es halt nicht schaffst, dann lass dir Flügel wachsen. Wenn die Flügel nicht wachsen, dann hast du dich einfach nicht genug angestrengt.“ So scheint mir Ihr Zugang zur Sozialpolitik zu sein und Ihr Zugang zu Menschen und vor allem auch Kindern und Jugendlichen gegenüber, die am allerdingendsten unsere Unterstützung brauchen. Es ist einfach fatal, jetzt schon zu hören, wie die Frau Landesrätin gesagt hat, dass man gewisse Dinge sozusagen überhaupt nicht mehr verändern wird können. Deswegen habe ich in unserem Entschließungsantrag auch das formuliert, weil ich das für sehr wichtig halte, da jetzt ganz genau hinzuschauen, was das für Folgen hat, auf die Entwicklung der Armut und der Armutsgefährdung auch in der Steiermark, wenn wir dieses Gesetz hier herunterbrechen und umsetzen. Darauf bezieht sich u.a. auch unser Entschließungsantrag und natürlich wollen wir auch, dass alles getan wird von der Steirischen Landesregierung, um die Folgen dieses Gesetzes so gut es nur irgendwie möglich ist abzufedern und gegenzusteuern. Aber ich finde es auch extrem wichtig: Man muss sichtbar machen, was das anrichtet. Deswegen haben wir den Entschließungsantrag auch so formuliert, dass wir eben in diesem Bereich auch – jetzt habe ich ihn nur, glaube ich, vergessen, schaut so aus, danke – dass wir uns eben im Armutsbericht auch diese Folgen des Gesetzes genau anschauen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Bericht „Armut in der Steiermark – eine Bestandsaufnahme in unterschiedlichen Bereichen“ zu überarbeiten und
2. darin eine Analyse durchzuführen über die Armut und Armutsgefährdung spezifischer Armutsrisikogruppen (insbesondere Familien mit Kindern) vor dem Hintergrund des Bundesgesetzes über Grundsätze der Sozialhilfe, das starke Leistungskürzungen auf Länderebene vorschreibt, sowie
3. alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die aus dem Bundesgesetz folgenden Härten durch Maßnahmen auf Landesebene abzufedern.

Ich bitte wirklich, hier das rasch in Angriff zu nehmen, denn ich denke, man muss hier auch über die Zeit der Umsetzung hinaus dranbleiben und aufzeigen, was so ein unwürdiges Gesetz anrichtet und was es mit den Menschen in der Steiermark macht. Danke. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 15.40 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Stefan Hermann. Bitte schön.

LTAbg. Mag. Hermann - FPÖ (15.41 Uhr): Herzlichen Dank Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher!

Bevor man sich hier hinstellt, wie es die KPÖ und die Grünen auch tun, sehr einseitig argumentiert, und hier versucht, der Bundesregierung ÖVP und FPÖ soziale Kälte zu unterstellen, muss man sich sehr deutlich Zahlen und Fakten anschauen und sich dann auch einmal bewusst damit auseinandersetzen, was denn die Motivation war für diese große, wichtige Sozialhilfereform. Warum war die Reform notwendig? Schauen wir uns die Zahlen in Österreich an: In den Jahren 2012 bis 2017 ist die Zahl der Mindestsicherungsbezieher in Österreich von 221.000 auf 307.000 Bezieher gestiegen, das ist ein Plus von 39 %. Davon, meine sehr geehrten Damen und Herren - und das ist spannend, das ist jetzt total ausgeblendet worden -, sind 39 % keine Österreicher. Die Ausgaben für die Mindestsicherung haben von 2012 bis 2017 um mehr als 70 % zugenommen und sind jetzt mittlerweile österreichweit bei einer Milliarde Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da kann man als verantwortungsvolle Bundesregierung einfach nicht zuschauen. *(Beifall bei der FPÖ)* Jetzt blicken wir auf die Steiermark, schauen wir in die Steiermark: Im Februar 2019, haben wir von der Frau Landesrätin in der letzten Dringlichen Anfrage erfahren, gab es 16.728 Mindestsicherungsbezieher. Davon waren 48,34 %, also rund 8.000 Personen, keine Österreicher, somit Ausländer. Unfassbar daran ist, dass von diesen Beziehern 34,17 % Asylberechtigte waren. Genau das macht deutlich, was mit der Mindestsicherung passiert ist. Das ursprüngliche System, nämlich Auffangnetz für jene zu sein, die unverschuldet aus dem Arbeitsmarkt fallen, dieses System hat sich wegentwickelt zu einer sozialen Hängematte für Sozialtouristen aus aller Herren Länder. Da können wir als ÖVP und FPÖ auf Bundesebene nicht zuschauen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Voll unterstützte Mindestsicherungsbezieher, also jene, die in der Steiermark 885 Euro im Monat kassieren, waren 4.388 Personen, davon 63,4 % Ausländer und der Anteil von Asylwerbern

liegt bei 48,17 %, d.h. jeder zweite vollunterstützte Mindestsicherungsbezieher in der Steiermark ist ein Asylwerber, ein anerkannter Asylant, also jemand, der noch nie einen Cent in das Steuersystem, geschweige denn in ein Sozialsystem einbezahlt hat. Und die Frau Landesrat hat gesagt: „Diese Sozialdebatte hat eine zutiefst menschliche Komponente!“ Ja, genau, die hat es: Erklären Sie den hart arbeitenden Menschen, die das System am Leben erhalten diese Ungerechtigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ – Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ und KPÖ)* Sie würden am liebsten das Füllhorn über all jenen Personen ausschütten die noch nie in das Sozialsystem einbezahlt haben. Und liebe Kollegin Klimt-Weithaler, erklären Sie das, erklären Sie das jenen Personen, jenen österreichischen Familien, die Sie in Ihren Beispielen genannt haben. Denen kommt das Grausen, und deshalb ist zu Recht und zum Glück *(Durcheinanderrufen bei den Abgeordneten der KPÖ und SPÖ)* die letzte Bundesregierung abgewählt worden, weil sich die Österreicher für ÖVP und FPÖ, für mehr Fairness und soziale Gerechtigkeit ausgesprochen haben. Das müssen Sie auch akzeptieren, bei allen Unkenrufen, die Sie auch da hier immer tätigen.

Die Gesamtkosten in der Steiermark beliefen sich auf 68 Millionen Euro für die Mindestsicherung, 40 Millionen Euro trägt das Land, den Rest die Gemeinden. Und dieses System der Mindestsicherung hat eben – und ich sage es noch einmal – wie ein sozialer Magnet gewirkt, der Wohlfahrtstouristen aus aller Herren Länder zu uns gezogen hat. Damit macht die Bundesregierung Schluss. Und die Bundesregierung – und das lasse ich mir sicher nicht von den Grünen oder der KPÖ madig machen – bekennt sich zum Sozialstaat Österreich und wird weiterhin Hilfe leisten, wo es notwendig ist. Und wo ist es notwendig? Bei Menschen, die jahrelang gearbeitet haben und plötzlich vor dem Aus stehen, bei Menschen, denen eine Krankheit übel mitgespielt hat und nun hart um ihre Zukunft kämpfen, und bei Menschen, die wirtschaftlich hingefallen sind und jetzt wieder eine Starthilfe brauchen, um zurück ins Erwerbsleben zu kommen und sicher nicht für Sozialtouristen, die zu uns kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Offensichtlich haben Sie die Debatte nicht verfolgt, denn wo sind die Schwerpunkte dieser Reform auf Bundesebene? Es soll der Zuzug in unser Sozialsystem eingedämmt werden. Volle Mindestsicherung soll es nur bei ausreichenden Deutschkenntnissen geben. Jetzt sage ich hier: Deutsch ist eine Bringschuld und wem 575 oder 530 Euro im Monat zu wenig sind um in Österreich zu leben, wenn er nicht Deutsch kann, der hat das Land wieder zu verlassen. *(LTAvg. Schweiner: Unverständlicher Zwischenruf)* Es zwingt ihn keiner hier zu sein, meine sehr geehrten Damen

und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und künftig – und das wollen Sie auch nicht wahrhaben – soll der Lohnabstand zu einem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt auch besser berücksichtigt werden. Man setzt auch vermehrt auf Sachleistungen, um es treffsicher zu machen. Weil auch die Wohnkosten angesprochen worden sind: Es wird auch eine Wohnkostenpauschale geben, wo bis zu 30 % Überschreitung auch möglich sind, die sollen aber als Sachleistung und nicht mehr als Geldleistung ausbezahlt werden. Und meine sehr geehrten Damen und Herren der KPÖ, der Grünen und auch der SPÖ auf Bundesebene, bis heute hat man ja von Ihnen, außer dem beherzten Kampf von Doris Kampus, nicht viel gehört. Jetzt die Kinderarmut hier auszurufen ist schlichtweg unseriös und entbehrt jeder Grundlage, sehr geehrte Damen und Herren. Es wird zukünftig 133 Euro pro Kind geben. Und Frau Klubobfrau Klimt-Weithalter, ich habe auch ein Rechenbeispiel für dich: *(LTAbg. Ahrer: „Ihr könnt ja nicht einmal rechnen!“)* – Sie können sich gerne zu Wort melden – ein Paar mit drei Kindern, vier, sieben und zehn Jahre alt, wird ein monatliches Haushaltseinkommen bestehend aus Sozialhilfe und Familienleistungen in der Höhe von 2.270 Euro haben können. Rechnet man die möglichen Überschreitungen hinzu - und da liegt es an uns in der Steiermark, das auch zu machen -, sind 2.762 Euro im Monat möglich. Also, was Sie hier fabrizieren ist Angst- und Panikmache und hat mit der Realität nichts zu tun. *(Beifall bei der FPÖ)* Und Frau Klubobfrau, Sie haben in Ihrer beherzten Rede ein paar Dinge vergessen: Sie haben vergessen, dass morgen im Ministerrat eine große Steuerentlastung auch beschlossen wird, Sie haben den Familienbonus Plus ausgeblendet, Sie haben ausgeblendet, dass auch der Alleinverdiener-Absetzbetrag erhöht wurde, all diese Dinge blenden Sie aus. Und ich weiß schon, was morgen passieren wird: Sie werden eingehängt mit der SPÖ marschieren. Auch Ihr Landesparteiobmann, der Michi Schickhofer, hat im Interview gesagt – das übrigens politisch ein brillantes Interview war in der Kleinen Zeitung, oder die Aussage in der Kleinen Zeitung, aber das müsst eh ihr euch ausmachen -, da hat er gesagt, sie werden überall im Land marschieren, die Sozialdemokratie, und auf diese soziale Kälte und Ungerechtigkeit der Bundesregierung aufmerksam machen. Meine lieben Damen und Herren, ihr könnt morgen marschieren, bis euch der sprichwörtliche Drehwurm einholt, es glauben euch die Menschen nicht mehr, es nimmt euch keiner mehr ab. *(Beifall bei der FPÖ – Durcheinanderrufen bei den Abgeordneten der SPÖ und KPÖ)* Weil das haben wir schon erlebt, ich kann mich ... Herr Klubobmann Schwarz, *(LTAbg. Schwarz: „Sie marschieren wahrscheinlich im Kreis, wir marschieren nach vor!“)* Sie sind nicht im Kreis marschiert das letzte Mal, wie ich Sie marschieren gesehen habe, Sie haben einen Sprung zurück gemacht.

(Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der SPÖ) Sie sind in Wien marschiert ... Herr Klubobmann Schwarz, wenn Sie ein Nervenleiden haben, rufen Sie 1450 an, da beruhigt man Sie vielleicht mit irgendeinem Pulver. *(Beifall bei der FPÖ – LTAvg. Schwarz: „Ist das Ihr Stil hier herinnen?“)* Ist das Ihr Stil, dass Sie permanent dazwischenrufen? Melden Sie sich zu Wort. *(LTAvg. Schwarz: „Ist das Ihr Stil?“)* Ich lass mir von Ihnen sicher keine großen Stilempfehlungen auch geben. Gut, was ich sagen wollte, Herr Klubobmann Schwarz, als Sie das letzte Mal marschiert sind bzw. demonstriert haben, war das in Wien gegen die ach so böse Arbeitsflexibilisierung, da können wir uns alle daran erinnern, wie man mit Plakaten marschiert ist, wie man das Ehrenamt abschaffen wollte. Jetzt wissen wir, dass gar nichts passiert ist und Sie haben dann zwei Tage später im Landtag diesen Sprung zurückgemacht, den ich genannt habe. Sie waren nicht einmal soviel, den Antrag der KPÖ gegen diese Arbeitszeitflexibilisierung zu unterstützen, gegen die Sie zwei Tage vorher demonstriert haben. So viel zum Marschieren. Lieber Herr Klubobmann Schwarz, bitte hören Sie mir jetzt zu, weil vielleicht, das, was Sie auch machen, Sie werden heute auch einen Antrag gemeinsam mit der ÖVP einbringen und den hoffentlich auch mitbeschließen, wo Sie sich auch für die Umsetzung dieses Gesetzes in der Steiermark aussprechen. Also ich weiß nicht, wo da Schein und Sein ein bisschen liegt. Wir werden den Antrag nicht unterstützen, sehr geehrter Herr Kollege Schwarz.

Ich bringe deshalb einen eigenen Entschließungsantrag ein: Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag bekennt sich zum wegweisenden Sozialhilfe-Grundsatzgesetz der türkis-blauen Bundesregierung und damit zur seit langem notwendigen Mindestsicherungsreform und fordert die Landesregierung auf, das Grundsatzgesetz in der Ausführungsgesetzgebung möglichst strikt umzusetzen, um Sozialtourismus aus anderen Bundesländern zu verhindern. Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 15.50 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klaus Zenz. Bitte schön.

LTAvg. Zenz - SPÖ (15.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Sehr geehrter Herr Klubobmann Hermann, also, wenn Sie davon reden, dass Sie den „kleinen Mann“ vertreten, dann können Sie wirklich nur den im Innenministerium meinen und sonst keinen anderen. Ich denke, Sie werden noch sehen, wie die Reaktion auf dieses – Ihr – Gesetz ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem bestehenden, jetzt gültigen Mindestsicherungsgesetz verfügt die Steiermark über ein gutes, sozial ausgewogenes und auch treffsicheres Gesetz. Ein Gesetz, das seine Aufgabe als Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt immer besser erfüllt, wie die Frau Landesrätin in ihrem letzten Bericht auch sehr gut darstellen konnte, ein Gesetz, das gegen Armut und Armutsgefährdung auftritt und entgegentritt, und auch ein Gesetz, das eine Verantwortung als letztes soziales Netz in unserer Gesellschaft auch wahrnimmt. Mit dem Beschluss des neuen Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes letzte Woche im Parlament wird das Land Steiermark, wie auch andere Bundesländer, gezwungen, dieses Gesetz zu ändern und sogenannte Anpassungen in einem neuen Ausführungsgesetz vorzunehmen. Es wird daher enorm wichtig sein, darauf zu achten, dass die steirische Intention, die Intention dieser Landesregierung für eine soziale Steiermark, einer Armut und Armutsgefährdung entgegentritt und dass diese Intention auch weiterhin beibehalten wird.

Ich möchte daher folgenden Entschließungsantrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erarbeitung einer Regierungsvorlage für die Erlassung des Ausführungsgesetzes zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, im Sinne der Gegensteuerung zur Armutsgefährdung, alle Möglichkeiten zu prüfen und Maßnahmen zu erarbeiten.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.53 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (15.53 Uhr): Danke Herr Präsident!

Ich möchte zuerst auf die Wortmeldung vom Klubobmann Hermann eingehen. Du hast gesagt, wir hätten hier einseitig argumentiert. Nein, das muss ich klarstellen, ich habe nicht einseitig argumentiert, ich habe das Sozialhilfegesetz hergenommen und zwei Beispiele

durchgerechnet und das Ergebnis verkündet. Du hast gesagt: „Es gab ein Plus von 39 % an Mindestsicherungsbeziehern und –bezieherinnen, und ein großer Teil davon“, habe ich mir jetzt nicht aufgeschrieben, „waren keine Österreicher.“ Wisst ihr, was euer Problem ist? Ihr habt ein Gesetz gemacht, wo ihr das eine wolltet und sozusagen das „Kind mit dem Bade ausgeschüttet“ habt, weil es ging ja offensichtlich darum, das schließe ich jetzt aus deiner Argumentation - nein, was heißt, das schließe ich, das hast du wortwörtlich gesagt: „Kein Sozialtourismus“, und „wem 575 Euro zu wenig sind, der soll sich“, schleichen hast du nicht gesagt, „der soll wieder gehen“. Aber wenn ich das nachvollziehe, das war offensichtlich die Intention dieses Gesetzes, ob euch das jetzt passiert ist oder ob das jetzt bewusst gemacht wurde. Ihr habt das Pech, das trifft halt jetzt nicht nur die Zugewanderten, das trifft eben alle. Dieses Beispiel – wie gesagt, ich leite das gerne weiter, um es nachzurechnen – von der österreichischen vierköpfigen Familie, das ist eben das Problem, dass ihr den Richtsatz verändert habt. Die Familie, wo der Vater so wenig Gehalt hat, dass ihm vorher eben eine Mindestsicherung in der Höhe von 199 Euro zugestanden ist, der bekommt jetzt keine mehr. Das ist jetzt eben das Problem. Auch noch einmal, um auf die Österreicherin, die 69 Jahre alt ist und ihre Pensionszeiten nicht zusammengebracht hat und deswegen Mindestsicherungsbezieherin ist, die hat auch das Problem, das ist auch keine zugewanderte Sozialtouristin, ebenso wenig wie der Familienvater. Aber ihr trifft mit diesem Gesetz alle, damit müsst ihr leben. Das ist das Problem. (*Beifall bei der KPÖ*) Und dieses Beispiel, also von mir könnt ihr alle Beispiele haben und nachrechnen, und wenn ich mich wo verrechnet habe, weiß ich nicht, dann gehe ich öffentlich auf den Hauptplatz und entschuldige ich mich, aber ich hätte auch gerne euer Beispiel. Ich würde mir das gerne anschauen, denn ich würde mich freuen, wenn ich mich verrechnet hätte, ich würde mich wirklich freuen. Ich hätte das Beispiel gerne, das ihr genannt habt. So, und ich habe auch nicht die Kinderarmut ausgerufen, es ist leider tragisches Faktum, da braucht man nur als Abgeordneter den Sozialbericht des Landes Steiermark lesen, den Armutsbericht lesen, dann weiß man, dass ich hier von Fakten gesprochen habe. Ich erfinde keine Zahlen, und es wäre mir zehn Mal lieber, ich müsste hier nicht über Armut reden und schon gar nicht über Kinderarmut.

Zwei Stichworte noch: Steuerentlastung und Familienbonus. Darüber kann ich mich nicht ausbreiten, dafür ist die Zeit zu kurz – zwei Sätze nur. Das klingt immer so toll: „Wir müssen die Leute, die brav und fleißig sind entlasten, weil denen geben wir jetzt eine Steuerentlastung und damit bleibt ihnen etwas.“ Das ist nichts Unredliches, überhaupt nicht. Die Einzigen, an die ihr nie denkt – und jetzt schau ich auch ganz bewusst in eure Richtung: Wir haben leider

einen großen Teil an Menschen, die haben so wenig Einkommen, dass sie gar keine Lohnsteuer zahlen, die trifft die Steuerentlastung dann halt nicht. Und das Problem – jetzt bist du da, liebe Barbara Riener, gerade du wirst mit ganz vielen solchen Menschen in deiner Sozialarbeit ja auch zu tun gehabt haben und du wirst auch wissen, dass die Leute nicht deswegen so wenig verdienen und geringfügig angestellt sind, weil sie alle zu faul oder zu dumm sind. Viele davon haben ein Schicksal und ein „Packerl“ zu tragen und deswegen arbeiten sie nur in einer Gruppe, wo man nicht einmal so viel hat, dass man Lohnsteuer abführen muss. Die haben weder vom Familienbonus was, noch von einer Steuerentlastung was. Und wir brauchen nicht so tun, als wären das nur fünf, sechs Leute. Die werden leider immer mehr und das ist das, was mich so nervt an der ganzen Debatte. So zu tun wie: „Das sind halt ein paar arme Hascherl und die bekommen“, so wie es Sandra gesagt hat, „wenn die Waschmaschine kaputt ist, eh eine neue.“ Man muss sich einmal in die Lage dieser Personen versetzen und nicht immer so tun, wie: „Die sind halt alle selber dran schuld“, nein, sind sie nicht! Und wenn es nur das Schicksal einer Scheidung ist oder sonst irgendetwas, wo man von heute auf morgen plötzlich in einer Situation gefangen ist, wo man selber vielleicht noch vor einem Monat geglaubt hat, dass einem das nie passieren könnte. Es könnte Sie alle treffen und dann müssen Sie mit Ihrem Sozialhilfegesetz leben.

Jetzt zu der Beantwortung der Fragen: Ich danke dir, Frau Landesrätin, und ich bin jetzt sehr froh über diese Antwort, weil ich davon ausgehe, dass man sich da ernsthaft bemüht. Mein Dank geht auch in Ihre Richtung, Herr Landesrat, und ich denke, da kann man schon etwas zustande bringen. Ob man jetzt, was das Wohnen betrifft, sich diese 30 %, die da angesprochen wurden, sozusagen überlegt, oder ob man sagt, man zahlt irgendetwas in einer Einmalleistung aus, wie auch immer. Da ist, glaube ich, Kreativität gefordert. Lieber Klaus Zenz, wir sollten vielleicht wieder einmal einen Unterausschuss zum Thema Altersarmut machen. Vielleicht gibt es ja da auch Ideen, wie man mit dem umgehen kann, denn offensichtlich kann man das Gesetz so nicht lassen, wenn man nicht völlig in die falsche Richtung gehen will.

Jetzt gibt es mehrere Entschließungsanträge, jetzt gibt es einen Entschließungsantrag von den Grünen, es gibt einen von uns, es gibt einen von der FPÖ, es gibt einen von SPÖ und ÖVP. Also dem von der FPÖ werde ich sicher nicht zustimmen, das ist wirklich das Allerallerletzte, was ich machen würde, diesem Antrag meine Zustimmung zu geben. Ich weiß nicht, was ich da vorher alles tun würde. Jetzt stimme ich dem von den Grünen zu und ich stimme natürlich unserem eigenen zu, aber ich gehe einmal davon aus, dass die SPÖ und die ÖVP unserem

oder dem der Grünen nicht zustimmen werden und deshalb diesen eigenen haben. Jetzt kann ich mich daran aufhängen und sagen: Ganz so klar oder dieses klare Bekenntnis, das ich mir gewünscht hätte, ist da nicht drinnen. Aber ich sage jetzt so: Die Hoffnung stirbt zuletzt, wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung geben, weil ich glaube, hier nicht angelogen zu werden. Davon gehe ich aus, dass man sich ernsthaft um eine Lösung bemühen wird. Denn, wie gesagt, was jetzt da passiert mit diesem neuen Sozialhilfegesetz, man erreicht ja im Grunde nicht das, was man will. So, wie die Frau in ihrem E-Mail geschrieben hat: „Geben Sie doch zu, dass es nicht nur die Zugewanderten trifft.“ Wie gesagt, ob es gewollt ist oder nicht, weiß ich nicht, es trifft halt alle, das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist der, dass man da jetzt etwas schafft, wo man sagt: „Na ja, man will die Leute in die Arbeit bringen.“ Jetzt spreche ich wieder dich als Sozialarbeiterin an, du weißt ganz genau: Je mehr Druck man jemanden macht, der nicht in der Situation ist, völlig gesund zu sein und auf verschiedene Ressourcen zurückgreifen zu können, je größer der Druck ist, desto weniger wird der das schaffen, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Und da wird es nichts helfen, wenn ich ihm sage: „Da gebe ich dir jetzt noch ein bisschen weniger, und jetzt gebe ich dir noch ein bisschen weniger, und jetzt gebe ich dir noch ein bisschen weniger!“ Den Satz: „Wem 575 Euro zum Leben zu wenig ist ...“, das kommentiere ich jetzt nicht einmal mehr, weil ich glaube, das ist unter jeder Würde dieses Hauses, darüber zu reden. Und in Summe möchte ich Ihnen abschließend nur sagen: Ich glaube, dass diese Entwicklungen da wirklich ein explosives Gemisch sind, was da zustande kommt. Entweder entscheidet man sich, da dagegen zu steuern, weil man sagt, dass man das eigentlich nicht will, oder man sagt, man lässt es darauf ankommen. Und was ich mit diesem explosiven Gemisch meine, ist Folgendes: Verschlechterungen in der Sozialhilfe, die eben nicht nur, so wie es die ursprüngliche Intention war oder wie man es kommuniziert, um Wählerstimmen zu gewinnen, sich gegen Zugewanderte richtet, sondern alle trifft. Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik, Streichungen von Deutschkursen und auch so im Hinblick auf die bevorstehende oder geplante oder in Schweben befindende Abschaffung der Notstandshilfe. Das war auch in Deutschland, alle vorbereitenden Arbeiten, Maßnahmen, die letztendlich dann zu Hartz IV geführt haben, das können Sie alles nachlesen. Dagegen, glaube ich, muss ein Kraut gewachsen sein. Von unserer Seite her kann ich nur in jede Richtung sagen: Wer uns als PartnerInnen braucht, wenn es darum geht, soziale Absicherung zu betreiben und für diejenigen da zu sein, die es brauchen, die haben uns im Pott. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen - 16.03 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes hat sich Landesrat Mag. Christopher Drexler zu Wort gemeldet.

Landesrat Mag. Drexler - ÖVP (16.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren im Plenum, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Erlauben Sie mir, dass ich, nachdem ich sehr interessiert dieser auch strukturell sehr interessanten Debatte gefolgt habe, einige Anmerkungen zu dieser Diskussion. Weil ich glaube, dass in der Hitze des Gefechts hier ein paar Dinge übersehen werden und insofern möchte ich mich bemühen, das Thema des Umgangs mit dem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, das auf Bundesebene beschlossen wurde, hier in der steirischen Umsetzung ein wenig sozusagen wieder von der Hitze des Gefechts auf den Alltag der täglichen politischen Arbeit und der täglichen politischen Umsetzung herunter zu bringen. Eines vorweg: Die Sozialhilfe – oder in der Terminologie des BVG das Armenwesen – ist eine Artikel-12-Materie, d.h. es steht dem Bund selbstverständlich zu, Grundsatzgesetzgebung auszuüben. Die Ausführungsgesetzgebung ist dann Aufgabe der Länder. Im konkreten Fall muss man ja auch noch eines hinzufügen, dass nach dem Auslaufen der alten 15-a-Vereinbarung über die bedarfsorientierte Mindestsicherung, zu der sich Bund und Länder etliche Jahre zuvor entschlossen haben, wo man eine gewisse Vereinheitlichung der Sozialhilfe, der alten Sozialhilfe in der bedarfsorientierten Mindestsicherung angestrebt hat – das „Zuckerl“ des Bundes damals war die Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge -, dann ist das ausgelaufen und es ist nicht gelungen, eine neue 15-a-Vereinbarung herzustellen. Das heißt erst recht: Wenn man dem grundsätzlichen Ziel etwas Positives abspricht, dass die Verhältnisse im untersten Netz der sozialen Versorgung, wie immer es auch heißt, Mindestsicherung, Sozialhilfe, österreichweit relativ gleich sein soll, muss man, wenn es zu keiner 15-a-Vereinbarung kommt und auch nicht durch Zufall die neun Landesgesetzgebungen ähnliche Bedingungen schaffen, ja sogar froh sein, dass der Bundesgesetzgeber von seinem bundesverfassungsrechtlichen Rahmen und seiner Möglichkeit, ein Grundsatzgesetz zu erlassen, Gebrauch macht. Das ist meine erste Vorbemerkung. Zum Zweiten: Ein Grundsatzgesetz bildet den Rahmen, von dem aus die Länder in der Ausführungsgesetzgebung die konkreten Bedingungen in ihren Ländern gestalten können. Das ist auch die Schwäche, Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, Ihres Beispiels. Weil wenn Sie jetzt hergehen, und Dinge aufgrund des Grundsatzgesetzes

berechnen und apodiktisch feststellen: „Aufgrund der Beschlussfassung auf Bundesebene verschlechtert sich die Situation für X, Y oder Z in der Steiermark“, dann ist das sachlich nicht richtig, solange Sie nicht wissen, wie das konkrete Ausführungsgesetz in der Steiermark die Bedingungen gestalten wird. (*Beifall bei der ÖVP – Unruhe bei den Abgeordneten der KPÖ*) Schauen Sie, ich habe gesagt, ich will nur von der Hitze des Gefechtes ein bisschen herunter. Dr. Murgg, da brauchen Sie nicht den Kopf schütteln, weil Sie haben ja einen Teil Ihrer Argumentation in der zweiten Wortmeldung gleich selbst dekonstruiert. Natürlich ist das so, dass die Wohntangente, die in der Mindestsicherung abgebildet wird, bis zu, ich glaube, 30 % tatsächlich erhöht werden kann. Das ist z. B. eine der Möglichkeiten, deren sich der Landesgesetzgeber bedienen kann im Rahmen des Grundsatzgesetzes. Wir sind hier auch im Wesentlichen übereingekommen, dass wir etwa diese Option mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit – in welcher konkreten Gestalt auch immer – ziehen werden. Aber erst, wenn das Gesetz vorliegt, können Sie einen konkreten Vergleich mit der Ist-Situation vornehmen und nicht jetzt auf Basis dessen, was das Grundsatzgesetz vorschreibt, weil dann müssten Sie zumindest, würden Sie redlich argumentieren, sagen: „Wenn ich mir nur das Grundsatzgesetz hernehme und davon ausgehe, dass die Steiermark die strengste Variante, die das Grundsatzgesetz vorschreibt, umsetzt, dann ist es so!“ (*LTAbg Klimt-Weithaler: „Ja, was glauben Sie, warum wir diese Dringliche gemacht haben?“*) Das ist eben nicht so, weil zu einem anderen Thema, das angesprochen worden ist: Sie können sich vielleicht erinnern, als die Bundesregierung das Grundsatzgesetz präsentiert hat, hat sogar der Bundeskanzler davon gesprochen, dass es zu einer Verbesserung der Situation der Behinderten kommen wird. Warum war es dann dennoch notwendig, oder wie kann das damit übereinstimmen, dass hierorts beklagt wird oder die Gefahr gesehen worden ist, dass das nicht so ist? Das wissen Sie ganz genau, weil wir in der Steiermark die Aufwendungen für den Lebensbedarf der Behinderten nicht über die Mindestsicherung, sondern über die Behindertenhilfe vollziehen. Das hat dieser Gesetzgeber so beschlossen. Und diese steirische Behindertenhilfe versetzt viele Menschen mit Behinderung in der Steiermark in eine bessere Situation als jene in anderen Bundesländern. Das heißt, das, was im Grundsatzgesetz für acht Bundesländer als Verbesserung für die Behinderten gelten hätte dürfen, wäre in der Steiermark eine Verschlechterung gewesen. Daher musste es auf Drängen von Doris Kampus – und wir haben das gemeinsam in einer Aussprache zwischen der Frau Bundesministerin und den Sozialreferentinnen und –referenten der Länder sehr herzlich diskutiert – sozusagen zu einer Lex Styria kommen, die es den Ländern ermöglicht – ist aber nur für uns interessant -, wenn

aus anderen gesetzlichen Grundlagen eben etwa diese Mittel für die Behinderten zur Verfügung gestellt werden, dass das vom Grundsatzgesetz unberührt bleibt. Das ist das, was herauskommt, wenn man solide verhandelt und wenn man ohne Schaum vor dem Mund auch in strukturell schwierigen Themenfeldern zu guten Lösungen zu kommen versucht. Und das ist einmal jedenfalls gelungen, weil das ja schon dem Grundsatzgesetz zu entnehmen ist, dass wir bei unserer steirischen Regelung für die Behinderten – und ich nehme nicht an, dass irgendjemand im Raum eine Verschlechterung der Lebenssituation der Menschen mit Behinderung in diesem Land im Auge gehabt hätte, und dieses Thema ist bereits ... *(LTAbg Klimt-Weithaler: „Wir wollen für niemanden eine Verschlechterung der Lebenssituation!“)* Ja, das ist Ihr kommunistisches Ideal, das im Endeffekt zur Verschlechterung für alle führt, *(LTAbg Klimt-Weithaler: „Nein, das ist nicht kommunistisch, Herr Landesrat, wir schauen auf die Steiermark!“)* weil Sie nie etwas verändern wollen. Schauen Sie, die irrlichternden Experimente mit Abermillionen Menschen, die Ihre Ideologie auf diesem Kontinent verwirklicht hat, disqualifizierte Sie eigentlich, an solchen Diskussionen teilzunehmen, Frau Klubobfrau! *(Beifall bei der ÖVP)* Ich darf Sie auch, Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, davon in Kenntnis setzen, dass die systematische Schwäche, wenn man lediglich Steuerentlastungen vornimmt, dass dann natürlich jene, die keine Steuern zahlen, keine Steuerentlastung bekommen können, auch schon außerhalb Ihrer politischen Fraktion Einzelnen aufgefallen ist und es wird daher Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, dass eine der ersten sozialpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung just eine Maßnahme war, die die niedrigsten Einkommen betroffen hat, die keine Steuer zahlen, nämlich die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Und Sie haben auch mit Sicherheit bemerkt, dass auch Teil des morgen zu beschließenden Entlastungspakets wiederum zum Teil die Senkung der Beiträge sein wird und mithin auch Menschen, die keine Steuern zahlen, Entlastung bringen wird. Also, auch hier sind Sie nicht im Alleinbesitz sozusagen der Wahrheit.

Ja, ich glaube jedenfalls, dass wir fernab der zum Teil aufgeladenen Debatten rund um das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz uns bemühen werden, dem möglicherweise dann beschlossenen Entschließungsantrag nachzukommen, nämlich zügig eine qualitätsvolle Umsetzung im Ausführungsgesetz zustande zu bringen. Zügig verhandeln und eine qualitätsvolle Umsetzung zustande zu bringen, das wird das Ziel sein und dann können auch alle Vergleichsrechnungen angestellt werden. Im Übrigen wissen Sie auch ganz genau, dass beispielsweise trotz aller Degression bei den Kindern formal die ersten zwei Kinder derzeit bei uns schlechter gestellt

sind als im Mindestsicherungsgesetz. Also müssen wir uns das Sozialhilfe-Grundgesetz dann genau anschauen, tun wir uns das im Detail anschauen, was wir dann haben. Maßnahmen waren notwendig, es hat auch eine Reihe von Entwicklungen gegeben, die nicht in die richtige Richtung gezeigt haben. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, dass wir einen steirischen Weg finden werden, nicht zur Zufriedenheit aller, aber wie ich hoffe, zur Zufriedenheit vieler. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.14 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Dr. Werner Murgg von der KPÖ.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ (16.14 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde jetzt die Debatte nicht künstlich verlängern, ich möchte nur noch einen Entschließungsantrag einbringen. Aber bevor ich den einbringe, möchte ich doch noch ein Wort – mir würden drei oder vier einfallen, die zu sagen wären – zur letzten Wortmeldung des Landesrates Drexler sagen. Wenn ich das richtig verstehe – vielleicht verstehe ich es falsch, aber klären Sie mich dann auf -, dann dient ja dieses neue Sozialhilfe-Grundsatzgesetz dazu, eine absolute Obergrenze einzuziehen, was über die Sozialhilfe ausbezahlt werden darf, und das kennen wir. Das ist, sowohl was die Richtsätze betrifft, aber auch was die Zuschläge für Kinder betrifft - vor allem, wenn man bedenkt, dass der 13. und 14. den Kindern jetzt gewährt werden konnte, wegfällt -, schlechter als bisher. Dann erklären Sie mir bitte, wie das möglich sein soll mit irgendwelchen Kunstgriffen, die Sie sich dann – hoffentlich sage ich – hier und da noch ausdenken werden, über diese absolute Grenze zu kommen, wenn jetzt schon eines klar ist, dass der Hauptbrocken der zusätzlichen Unterstützung, nämlich der Wohnunterstützung, in dieser Form nicht mehr gewährt werden kann. Das einzige was Sie machen werden können, ist, einige „Pro-Samen“ vermutlich noch auszustreuen, um von der Differenz, da wo wir jetzt hier sind bei der neuen absoluten Grenze vielleicht noch dazukommen. Das wird alles sein, was Sie machen können als Landesregierung, aber wir werden dann sicher noch öfter darüber debattieren, wenn tatsächlich das Land Steiermark, der Landtag, diesem neuen Ausführungsgesetz zugestimmt hat.

Jetzt komme ich zu unserem Unselbständigen Entschließungsantrag, der folgendermaßen lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit die negativen Auswirkungen des neuen Sozialhilfegesetzes in der Steiermark neutralisiert und der Entfall der Wohnunterstützung für SozialhilfebezieherInnen ausgeglichen wird, etwa durch jährliche Einmalzahlungen oder durch neu einzuführende Unterstützungen, deren Auszahlung an Bezieherinnen und Bezieher der neuen Sozialhilfe ab 2020 im Rahmen der bundesgesetzlichen Grenzen möglich sind. *(Beifall bei der KPÖ - 16.17 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 3286/5 betreffend Auswirkungen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 3286/4 betreffend Bekenntnis zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz und strikte Umsetzung desselben ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 3286/2 betreffend Auswirkungen der Kürzungen bei der Mindestsicherung auf die Armut in der Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche schlussendlich die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 3286/3 betreffend Maßnahmen zur Armutsverhinderung in der Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat mit den Stimmen von Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 28. Mai 2019 statt. Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung: 16.20 Uhr